

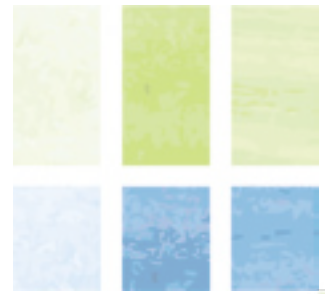


Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz

Antworten europäischer Städte und Gemeinden

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**
Brandenburg





**Bürgerbeteiligung im
kommunalen Klimaschutz**

Antworten europäischer
Städte und Gemeinden



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Brandenburg



Education and Culture DG

'Europe for Citizens' Programme



© Mesto Kopřivnice



INHALT

Vorwort	KRISTINA DELY	6
Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Mehrwert für Bürger/innen und Verwaltung?	INKA THUNECKE und TINA BÄR	8
I. Partizipationsmodelle und europäische Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung		
Ist die städtische Öffentlichkeit in Mittel- und Osteuropa bereit für partizipativen Klimaschutz?	STEFAN BOUZAROVSKI und SASKA PETROVA	14
Den Bürgern entgegengehen: Verschiedene Modelle und Konzepte der Bürgerbeteiligung	ANDREAS KARSTEN	22
Die Kriterien erfolgreicher politischer Bürgerbeteiligung im Rahmen nachhaltiger Entwicklung	CÉCILE CUNY	36
Nachhaltige Energiepolitik und gesellschaftliche Akzeptanz in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union	MAREK MUISTE und HECTOR PAGAN	42
Erfolgreiche Umsetzung der Aarhus-Konvention auf lokaler Ebene? Eine Analyse von UVP, SUP und Flächennutzungsplanung in der Tschechischen Republik	ZUZANA DRHOVÁ	48
Wirtschaftliche Beteiligung im kommunalen Klimaschutz – Energiegenossenschaften: Bürgerbeteiligung an der kommunal organisierten Energiewende	BURGHARD FLIEGER	58
II. Erfolgsbeispiele aus europäischen Städten		
Lokale Klimapolitik und die Rolle des Bürgers – Fallstudie Potsdam (Deutschland)	FRITZ REUSSWIG und MIRJAM NEEBE	68
Engagement und Beteiligung im Klimaschutz – Drei Beispiele aus Mittel- und Osteuropa	JANA CICMANOVA	76
Bürgerbeteiligung beim städtischen Klimaschutz – Das Beispiel Bielsko-Biala (Polen)	Ein Interview von KATHARINA ABRAMOWICZ mit ZBIGNIEW MICHNIEWSKI	80
Beispiele für die Partizipation von Bürgern und anderen lokalen Akteuren in Kopřivnice (Tschechische Republik)	Ein schriftliches Interview TINA BÄR mit IVANA RAŠKOVÁ	86
Das Workshop-Projekt Danube der Stadt Straßburg (Frankreich)	CÉCILE CUNY	92
Bürgerbeteiligung für eine nachhaltige lokale Energiepolitik – Das öffentliche Forum zu intelligenter Energienutzung in Sofia (Bulgarien)	RUMEN PETROV	98
Die Gründung der ersten Energieagentur Estlands	MAREK MUISTE	102
Bürgerbeteiligung in der Freiburger Klimaschutzpolitik (Deutschland)	Ein Interview von LASSE BRAND mit GERDA STUHLIK	110
Die Autorinnen und Autoren		116
Interessante Links		119

KRISTINA DELY

Büroleiterin des Konvents der Bürgermeister

Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges und manchmal unterschätztes Thema für den kommunalen Klimaschutz. Der direkte Einfluss der Städte auf den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen innerhalb der Stadtgrenzen ist zwar vergleichsweise gering – nur etwa 10 bis 30 Prozent der Emissionen stammen aus Aktivitäten der öffentlichen Hand. Dennoch können die lokalen Behörden in hohem Maße indirekten Einfluss nehmen: Nicht nur, weil sie Verbraucher und oft auch Energieerzeuger sind (Fernwärme, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen), sondern auch, weil sie die örtlich geltenden Regeln und Vorschriften aufstellen, finanzielle Anreize setzen können, Baugenehmigungen erteilen und ihnen die Stadt- und Mobilitätsplanung zufällt. Die enge Beziehung zwischen lokalen Verwaltungen und den Bürgern bedeutet, dass Erstere gute Möglichkeiten haben, mit gutem Beispiel voranzugehen (z. B. durch umweltfreundliche Beschaffung) und durch lokale Kampagnen ein öffentliches Bewusstsein zu schaffen. Die Zusammenarbeit mit Bürgern und örtlichen Interessenvertretern ist daher entscheidend für eine erfolgreiche Klimapolitik.

Der Konvent der Bürgermeister empfiehlt den Städten ausdrücklich, ihre Bürger und lokalen Interessenvertreter in alle Phasen

des Aktionsplanes für nachhaltige Energie einzubeziehen, angefangen vom Entwurf bis hin zur Umsetzung. Die Bürger sollten so früh wie möglich eingebunden werden, und zwar nicht nur in Form einer Einbahnstraßen-Kommunikation zur Bewusstseins-schaffung, sondern auch, indem Möglichkeiten der aktiven Beteiligung angeboten werden. Alle Städte werden ange-regt, zu Anfang des Prozesses einen lokalen Energietag zu organisieren und grundsätzlich in dieser Phase auch ein öffentliches Beratungs-verfahren abzuhalten.

Das Büro des Konvents der Bürgermeister (The Covenant of Mayors Office, CoMO) umfasst fünf europäische Städtenetzwerke, deren Mitglieder eng zusammenarbeiten und unter anderem die Bürgerbeteiligung fördern. Die meisten von ihnen organisieren spezielle Initiativen, Kampagnen und Prozesse, um Bürgerbeteiligung zu ermöglichen und lokale intelligente Energieforen zu schaffen. Zum Beispiel messen lokale Behörden bei der europäischen Display-Kampagne (www.display-campaign.org), die von Energy Cities gestartet wurde, die Energieleistung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen und lassen die Ergebnisse auf Tafeln anzeigen. So werden die Kinder einbezogen und entwickeln ein Energiebewusstsein. Auf ähnliche Weise wurde, aufbauend

auf einer lokalen, in Heidelberg gestarteten Kampagne für mehr Bürgerbeteiligung beim Klimaschutz, eine europäische Kampagne namens ENGAGE (www.citiesengage.eu) entwickelt, die bei örtlichen Interessengruppen einfache, kostenneutrale und kostengünstige Umweltmaßnahmen bewirbt.

Der Konvent der Bürgermeister kann die lokalen Regierungen nur aktiv ermutigen, ihre Bürger/innen und örtlichen Interessenvertreter/innen an ihren Maßnahmen zu beteiligen; wir wollen und können sie jedoch nicht dazu zwingen. Die Städte haben natürlich jeweils ihr eigenes kulturelles Erbe und ihre eigene politische Kultur sowie eigene traditionelle Formen der Zusammen-

arbeit mit lokalen Akteuren. Daher ist die Offenheit für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlich ausgeprägt. Erfahrungsgemäß haben nordische Städte und weniger zentralistisch verwaltete Länder wie Dänemark mehr Erfolg bei der Beteiligung ihrer Bürger und lokalen Interessenvertreter als zentralistisch verwaltete Länder. Im großen Ganzen treiben aber die meisten der Unterzeichnerstädte des Konvents den Prozess der Bürgerbeteiligung voran: Sie organisieren lokale Energietage oder öffentliche Anhörungen, die für sie wichtige Instrumente im Hinblick auf die Akzeptanz und das allgemeine Verständnis der gesetzten Ziele sowie die Überwachung künftiger Maßnahmen sind.

Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

© Mesto Koprivnice



Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Mehrwert für Bürger/innen und Verwaltung?

TINA BÄR und INKA THUNECKE
Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Klimaschutz braucht engagierte Städte. Internationale Klimapolitik und multilaterale Abkommen wie das Kyoto-Protokoll sind wichtig, reichen aber zur Erreichung der Klimaziele nicht aus. Auch die EU hat sich auf ambitionierte Klimaziele verständigt. Die Mitgliedsstaaten sind von deren Erreichung jedoch weit entfernt. Für diese Ziele sind die Städte und Kommunen zentrale Orte, um sie zu erreichen und die Klimawende langfristig zu schaffen. Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt bereits in Städten, bis Mitte dieses Jahrhunderts werden es voraussichtlich mehr als zwei Drittel sein. In Europa ist der Anteil mit heute schon über 70 Prozent Stadtbevölkerung und voraussichtlich über 80 Prozent in 2050 sogar noch höher. Städte sind die Orte, in denen ein Großteil der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen entsteht, wo am meisten Energie verbraucht wird. Gleichzeitig sind Städte und Kommunen flexibler und schneller in ihrer Entscheidungsfindung. Städte und Kommunen – gerade die mittleren und kleinen – sind halbwegs überschaubare Einheiten, Entscheidungen sind daher unmittelbarer, fassbarer und oft schneller umgesetzt, als auf nationaler, supranationaler oder internationaler Ebene. Die Städte und Kommunen sind in ihrer Selbstverwaltung und administrativen Struktur die kleinste Einheit im demokratischen

Gemeinwesen und damit den Bürger/innen ganz nah. Vor Ort bestimmt sich deren Lebensqualität, aber auch deren Möglichkeit zur Mitwirkung, die für die Erreichung der Klimaziele unentbehrlich ist.

Die Zukunft des Klimawandels wird in den Städten entschieden werden. Viele Städte in der EU sind sich ihrer Verantwortung bewusst und nehmen sie wahr. Das zeigt sich unter anderem darin, wie viele Städte sich inzwischen in Klimanetzwerken organisieren. Bei den Energy-Cities sind mittlerweile 1000 Städte und Kommunen Mitglied, im Klimabündnis Europäischer Städte 1600. Der Konvent der Bürgermeister zählt inzwischen über 2700 Unterzeichnerstädte, von denen bereits 500 den für die Mitgliedschaft notwendigen Aktionsplan für nachhaltige Energie eingereicht haben und sich damit nicht nur zu aktivem Klimaschutz bekennen, sondern konkrete Maßnahmen zum Klimaschutz formulieren und umsetzen. Auch immer mehr Städte aus Osteuropa engagieren sich in diesen Netzwerken. Zu den Unterzeichnern des Konvents der Bürgermeister beispielsweise zählen 16 Städte aus Polen, 20 aus Rumänien, 10 aus Bulgarien, sechs aus Ungarn, fünf aus Lettland, sieben aus Litauen, drei aus Estland und weitere aus der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien. Mitglied

in den Netzwerken werden Städte durch die Beschlüsse ihrer Selbstverwaltungen und ihrer Verwaltungen, ihrer Bürgermeister/innen. Mit der Entscheidung für eine aktive Klimapolitik wird eine Veränderung in der Herangehensweise von Verwaltung und politischer Selbstverwaltung jedoch unabdingbar notwendig sein.

Die wichtigsten Akteure für Klimaschutz in einer Stadt sind ihre Bürger/innen, ihre Zivilgesellschaft, ihre lokale Wirtschaft. Der Erfolg der städtischen Klimaschutzmaßnahmen hängt maßgeblich von der Beteiligung der Bevölkerung und anderer Akteure, wie der lokalen Wirtschaft und den Verbänden ab. Das hat vor allem zwei wesentliche Gründe. Da die Emissionen der Kommunalverwaltung in der Regel nur einen kleinen Teil der Gesamtemissionen einer Stadt ausmachen, ist dieses Handlungsfeld begrenzt. Gleichzeitig ist kommunale Klimaschutzpolitik oft so weitreichend, dass sie auf breite Akzeptanz der Bevölkerung angewiesen ist. Die Klimaschutzmaßnahmen, die Kommunen direkt im Einflussbereich der Kommunalverwaltung ergreifen können, stellen nur ein Teil der Möglichkeiten dar. Sie kann die städtischen Immobilien energetisch sanieren lassen. Doch was ist mit den unzähligen Häusern im Privatbesitz? Die Kommune

kann Anreize für klimafreundlichere Mobilität setzen und Fahrradwege ausbauen. Doch das Auto stehen lassen müssen vor allem die vielen Bürger/innen. Die Kommune kann energiesparende Geräte anschaffen, das Energieverhaltensverhalten ihrer Angestellten beeinflussen. Aber was ist mit dem Energieverbrauch der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung? Wenn die Kommune es nicht schafft, ihre Bürger/innen und die lokale Wirtschaft einzubeziehen und zum mitmachen zu motivieren, dann können die notwendigen CO₂-Einsparungen nicht erreicht werden.

Andererseits sind städtische Klimaschutzmaßnahmen mit weitreichenden Veränderungen verbunden. Veränderungen der städtischen Energieversorgung hin zu erneuerbaren Energien sind beispielsweise oft mit einem Wandel der lokalen Energieinfrastruktur verbunden, energetische Sanierungen verändern das gewohnte Stadtbild. Und obwohl sich viele Klimaschutzmaßnahmen über langfristig gesparte Energiekosten und Klimafolgekosten amortisieren, muss in vielen Fällen erst einmal Geld in die Hand genommen werden, um die Stadt klimafreundlicher zu gestalten. Für all das benötigt es in einer Demokratie die Zustimmung der Bürger/innen. Ohne deren Rücken- deckung werden sich die bestgemeinten

Klimaschutzmaßnahmen nicht realisieren lassen. Beispiele zum Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland zeigen etwa, dass trotz großer genereller Zustimmung zum Umstieg auf emissionsarme Energieträger und Technologien sich vielerorts von den Entscheidungsträgern unerwartet Bürgerinitiativen gegen Windparks, Gaskraftwerke oder Solaranlagen formieren, nicht weil sie etwas gegen erneuerbare Energien hätten – auch nicht vor ihrer Haustür – sondern weil sie zu wenig einbezogen worden sind.

Die Kommunalverwaltung und Selbstverwaltung stehen am Anfang des 21. Jahrhunderts vor der Herausforderung, die Polis in einem demokratisch funktionierenden Gemeinwesen neu zu erfinden und entscheidend weiterzuentwickeln. Dazu gehört zunächst sich nicht von den Bürger/innen abzuschotten, sondern mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie zu informieren, sie zu beteiligen und mitentscheiden zu lassen, wie die Zukunft der eigenen Stadt klimafreundlich gestaltet werden soll. Neue Verfahren, die den Kriterien eines demokratischen Gemeinwesens standhalten, sind hierzu notwendig. Das klingt einfacher, als es in der Praxis oft ist. Die erste Hürde, an der Beteiligungsverfahren oft scheitern, sind die sich hartnäckig haltenden Vorurteile von beiden Seiten. Die Verwaltung nimmt noch allzu oft Bürgerbeteiligung eher als zusätzliche Last war, denn als langfristige Erleichterung, und hält die Materie oft für zu komplex, als dass Fachfremde sie ausreichend beurteilen könnten. Darü-

ber hinaus sind die Verfahren häufig nicht ausreichend entwickelt oder gar verankert. Werden dann Bürger/innen beteiligt, sind die Organisatoren oft genug enttäuscht darüber, dass sich so wenige Menschen oder immer die gleichen beteiligen. Viele Bürger/innen andererseits scheinen Vorbehalte zu haben, sich an politischen Prozessen zu beteiligen, weil sie das Gefühl haben, ihnen werde ohnehin nicht richtig zugehört und sie könnten bestenfalls ihre Meinung sagen, aber dann doch nichts mitentscheiden, wodurch sie schnell die Lust verlieren. Auf beiden Seiten lastet zudem in Osteuropa das Erbe der Diktatur, die zwar seit über 20 Jahren überwunden ist, jedoch durch den Erfahrungshintergrund der Beteiligten die Prozesse im politischen Leben immer noch prägend beeinflusst.

Es geht also nicht nur darum, dass Bürger/innen beteiligt werden, sondern wie. Dazu will diese Publikation einen Beitrag leisten. Sie ist im Rahmen des Projekts „Participation in Urban Climate-Protection“ der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg in Zusammenarbeit mit Projektpartnern in Polen, Estland, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Bulgarien, Deutschland und Frankreich entstanden. Die Publikation richtet sich an europäische Städte und Gemeinden, Mitarbeiter/innen von Verwaltungen, ehrenamtliche Gemeindevertreter/innen, engagierte Bürger/innen und weitere kommunale Akteure wie z. B. kommunale Wohnungsbaugenossenschaften. Kommunen finden Anregungen, Partizi-

pation gewinnbringend zu organisieren. Bürger/innen werden ermuntert, bestehende Beteiligungsmöglichkeiten optimal auszuschöpfen und Partizipation einzufordern. Im ersten Teil der Publikation geht es um die Rahmenbedingungen von Beteiligung und im zweiten Teil um konkrete Erfolgsbeispiele aus europäischen Städten. Die Beiträge nehmen dabei insbesondere die Situation in den Transformationsländern in Mittel- und Osteuropa ins Visier und sind neben Englisch, Deutsch und Französisch auch auf Polnisch, Estnisch, Tschechisch, Slowakisch und Bulgarisch verfügbar.

Im ersten Teil widmen sich Stefan Bouzarovski und Saska Petrova in ihrem Beitrag den transformationsbedingten Herausforderungen für Bürgerbeteiligung in den Städten Osteuropas. Andreas Karsten zeigt unterschiedliche Beteiligungsmodelle und Konzepte im Spannungsfeld von lokaler Demokratie bzw. ihren Institutionen und den Bürger/innen, die sie tragen sollen, auf. Cécile Cunys Beitrag widmet sich den Kriterien für erfolgreiche Beteiligungsprozesse und insbesondere der Frage von Repräsentation in Beteiligungsverfahren. Marek Muiste und Hector Pagan weisen in ihrem Beitrag auf die Herausforderungen hin, die sich aus einer bisher mangelhaft ausgeprägten Kooperationskultur zwischen Verwaltung und Bürger/innen in vielen osteuropäischen Ländern ergeben und thematisieren die Frage von gegenseitigem Vertrauen als Basis für Beteiligung und gelungenen kommunalen Klimaschutz. Zu-

zana Drhová untersucht in ihrem Beitrag, wie erfolgreich die Aarhus-Konvention, welche die Öffentlichkeitsbeteiligung in Entscheidungsverfahren zu Umweltangelegenheiten regelt, auf städtischer Ebene in Tschechien umgesetzt wird. Abschließend ergänzt Burghard Flieger die politische Dimension von Bürgerbeteiligung im letzten Beitrag des ersten Teils um die Perspektive der konkreten wirtschaftlichen Beteiligung am kommunalen Klimaschutz am Beispiel von Energiegenossenschaften.

Der zweite Teil dieser Publikation stellt eine Sammlung von Erfolgsbeispielen aus europäischen Städten, vor allem aus Ländern Osteuropas, dar. Diese Beispiele zeigen, wie Städte ganz konkret Beteiligungsprozesse organisiert haben, wo die Erfolgsfaktoren und wo die Herausforderungen lagen und bieten damit wertvolle Anknüpfungspunkte für ähnliche Aktivitäten in anderen Städten.

Die Publikation zeigt, dass intensive Beteiligung von Bürger/innen und anderen lokalen Akteuren gut organisiert für beide Seiten ein großer Mehrwert sein kann. Die Verwaltung kann die kollektive Intelligenz der engagierten Bevölkerung nutzen und sich die Rückendeckung für langfristige Klimaschutzmaßnahmen einholen, kann in Kooperation mit Bürger/innen, Vereinen und der lokalen Wirtschaft gemeinsame Klimaschutzziele und Maßnahmen vereinbaren, die dann von allen auch mitgetragen werden und als gemeinsame Ziele und

Vorhaben mehr Verbindlichkeit schaffen. Die Bürger/innen können sich andererseits mit ihren Ideen einbringen, können die Zukunft ihrer Stadt aktiv mitgestalten und einen wichtigen eigenen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Die Einbeziehung der Bürger/innen in formalen Beteiligungsprozessen und im ganz konkreten Engagement für Klimaschutz ist die große städtische Herausforderung der nächsten Jahre – und der Faktor, an dem sich Erfolg oder Misserfolg des europäischen Klimaschutzes entscheiden wird.



© Mesto Koprivnice

Ist die städtische Öffentlichkeit in Mittel- und Osteuropa bereit für partizipativen Klimaschutz?

STEFAN BOUZAROVSKI und SASKA PETROVA

Institut für Geographie, Geo- und Umweltwissenschaften,
Universität Birmingham

Einführung

Weltweit werden Klimaschutzpolitik und die Anpassung an den Klimawandel zu einem zentralen Politikfeld. Es gibt einen zunehmenden Konsens darüber, dass es hinsichtlich der Funktionsweise von Staat und Verwaltung grundlegender Änderungen bedarf, um möglichst wirksame politische Strategien zu entwickeln. Dies betrifft auch die Reglementierung der Beziehungen zwischen dem Staat, dem privaten Sektor und Nichtregierungsorganisationen sowie den Einsatz staatlicher Finanzen und Subventionen. Die Erkenntnis, dass „zur Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels die Aufmerksamkeit nicht nur auf die internationale Ebene gerichtet sein darf, sondern auch darauf, wie Klimaschutzpolitik auf kommunaler Ebene Gestalt annehmen kann“ und dass „Gemeinden zunehmend selbstverwaltete und selbstverantwortliche Ansätze zur Emissionsminderung einsetzen“ (Bulkeley und Kern 2006: 2237), lässt auf eine in den letzten Jahren gestiegene Bedeutung des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft auf städtischer Ebene schließen. Auch darüber, dass die Städte sich in Zukunft als zentraler Schauplatz für den Umgang mit Klimawandelthemen erweisen werden, besteht weitgehend Einigkeit.

Eine der Regionen, in denen diese Thematik zunehmend an Bedeutung gewinnt, ist das Gebiet der früheren kommunistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa (MOE). Die Stadtgebiete in diesen Staaten haben einen zweifachen Wandel durchlaufen: von einer zentralistischen Planwirtschaft hin zu einer Marktwirtschaft und von einem CO₂-intensiven und verschwenderischen Energiesektor hin zu nachhaltigeren Energietechnologien und Formen der Energienutzung. Daher werden die nachfolgenden Generationen die heute getroffenen Entscheidungen über die Transformation des Energiesektors noch lange spüren. Die MOE-Staaten sind bereits an zahlreichen, für zukünftige Entwicklungen ausschlaggebenden „Wegabelungen“ angelangt, welche sich wiederum aus dem spezifischen Vermächtnis und den vom vorherigen System übernommenen Vorgehensweisen ergeben. Aus der Verknüpfung zukünftiger und vergangener Abhängigkeiten sind oft institutionelle Fallen und so genannte „Lock-in-Effekte“ entstanden, also Situationen, in denen wirtschaftliche, politische oder soziale Ineffizienzen trotz externem Veränderungsdruck bestehen bleiben.

Sozialwissenschaftler haben vielfach die Vorstellung in Frage gestellt, dass sich postkommunistische Regionen und Städte

linear von einem Stadium in ein anderes wandeln, und heben stattdessen die Existenz diverser „Transformationskurven“ hervor. Allerdings wurde der Themenkomplex des Übergangs zu einer kohlenstoffarmen und energiesparenderen Organisation der Städte und Regionen im Kontext von Klimaschutzpolitik weit weniger erforscht. Es liegen zwar einige Erkenntnisse über die allgemeine Tendenz hin zu einem nachhaltigeren Schutz der Umwelt in postkommunistischen MOE-Ländern vor, doch werden diese leider nicht mit umfassenderen wissenschaftlichen Debatten über wissenschaftliche und technologische Studien, über soziale Bewegungen und damit verbundene basisdemokratische Entwicklungen verknüpft. Zudem gibt es kaum Schnittstellen zwischen den Debatten über den urbanen postkommunistischen Übergang einerseits und Veränderungen beim Klimaschutz andererseits. Von der Transformationserfahrung postkommunistischer Staaten ist bei Diskussionen über politische Entscheidungen und die notwendigen Schritte hin zu einem nachhaltigeren Umgang mit Energie selten die Rede.

Im Lichte der Dringlichkeit besserer Klimaschutzpolitik bleibt es insbesondere unklar, ob es dem urbanen politischen Raum in den postkommunistischen MOE-Ländern gelingen kann, eine partizipatorische und effektive Umweltpolitik zu verwirklichen. Der vorliegende Text trägt daher einen Teil des verfügbaren Wissens zu diesem Thema zusammen und erörtert die Herausforderungen für die Lokalpolitik und bei der Bürgerbeteiligung, welche die MOE-Länder zukünftig meistern müssen,

um in Übereinstimmung mit den Anforderungen umfassenderer Klimaschutzpolitik ein nachhaltigeres urbanes System zu entwickeln.

In Anbetracht des bedeutenden Einflusses der Vergangenheit auf aktuelle und zukünftige Entwicklungen betrachtet der Text zunächst die existierenden Erkenntnisse zur Rolle der kommunistischen Zentralplanwirtschaft – einem Charakteristikum der gesamten Region – bei der Ausgestaltung lokaler Politik in den MOE-Ländern. Dann erkunden wir, welche Richtung Dezentralisierungsprozesse und umfassendere städtische Transformationsprozesse in der postkommunistischen Ära genommen haben. Ergänzend hierzu wird ein kurzer Überblick über die Umwelt- und Klimaschutzpolitik in den Städten Mittel- und Osteuropas geliefert. Das Fazit des Textes stellt eine Verbindung zwischen diesen Erkenntnissen und den Debatten über die postkommunistische Umstrukturierung der Lokalpolitik her.

Lokalpolitik in der kommunistischen Planwirtschaft

Die Schaffung eines Einparteiensystems nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu einer vollständigen Transformation des staatlichen Verwaltungssystems in den MOE-Ländern. Lokale Regierungsstrukturen wurden komplett umorganisiert, um der sowjetischen Ideologie und deren politischen Vorstellungen zu entsprechen. Gleichzeitig wurden „auf kommunaler Ebene (Land- und Stadtgemeinden) sowie auf Ebene der Verwaltungsdistrikte und Regionen (Provinzen) lokale Verwaltungen eingerichtet“

(Illner 2002: 10). Diese wiederum wiesen eine Organisationsstruktur auf, die aus „einer gewählten Versammlung, einem von dieser Versammlung gewählten Exekutiv-ausschuss mit einem Vorsitzenden, mehreren aus Abgeordneten zusammengesetzten Komitees und einem Verwaltungsapparat“ bestand. Der Zentralregierung wurde bei praktisch allen Fragen mit gesetzlicher Relevanz eine Vormachtstellung eingeräumt, wohingegen regionalen Verwaltungseinheiten meist ausschließlich praktische und Dienstleistungsfunktionen zugestanden wurden. Anhand der verfügbaren Literatur können folgende zentralen Merkmale der kommunistischen Lokalpolitik ausgemacht werden:

- Fehlen jeglicher Art von Rechenschaftspflicht und Demokratie; die formalen Regionalwahlen wurden hauptsächlich aus Gründen der Imagepflege abgehalten, nicht jedoch zur Förderung erwähnenswerter demokratischer Prozesse
- Bündelung aller praktischen Befugnisse hinsichtlich der Zuteilung von Funktionen und der Personalpolitik bei der Kommunistischen Partei; somit wurden alle Beamten, die der Direktion unterstanden, von den jeweiligen Regierungsstrukturen kontrolliert, und es bestand eine starre vertikale Hierarchie zwischen allen Verwaltungsebenen
- Unzureichende wirtschaftliche Autonomie lokaler Behörden, die über keinerlei Eigentum verfügten und deren

Budgets vollständig vom Zentralstaat bestimmt wurden

- Fehlen von sektorenübergreifender Kooperation und Integration zwischen den verschiedenen Abteilungen der Lokalpolitik und den entsprechenden Ministerien der Zentralregierung; die vertikale Hierarchie führte dazu, dass es in vielen Bereichen Überschneidungen gab, während andere nur in ungenügendem Maße staatlicher Verantwortung unterlagen
- Schrittweise Entstehung kommunaler Vetternwirtschaft als Ergebnis des zunehmenden Einflusses von Wirtschaftsunternehmen sowie erstarkende Bedeutung von Netzwerken, Verhandlungen und informellem wirtschaftlichem Austausch; dies führte dazu, dass einige Akteure anderen gegenüber privilegiert waren und dass effektives Handeln auf lokaler Ebene durch die Fähigkeit Einzelner und von Betrieben geprägt war, die Gunst der politischen Eliten zu gewinnen, welche Verbindungen zu Unternehmen und zur Kommunistischen Partei unterhielten
- Divergenz der Lebensbedingungen zwischen den verschiedenen Nationen nach 1960 als Ergebnis der von den einzelnen Ländern unternommenen Reformen (frühe 1960er Jahre in der Tschechoslowakei, frühe 1970er Jahre in Polen und Jugoslawien und frühe 1980er Jahre in Ungarn).

Illner (2002) geht davon aus, dass durch

diesen Prozess einige besondere Altlasten entstanden sind. Die Politik, die unter der kommunistischen Planwirtschaft betrieben wurde, habe „eine Trennung der privaten und öffentlichen Sphäre“, begleitet von „einem weitverbreiteten Misstrauen gegenüber den Institutionen sowie gegenüber jeglicher politischen Repräsentation und formalen Prozessen“ (Seite 14) verursacht. Diese Politik habe auch zu einem „Widerwillen vonseiten eines Teils der Bürger, sich öffentlich zu engagieren und öffentliche Ämter zu bekleiden“, geführt. Gleichzeitig gab es laut Illner „einen Paternalismus, der sich durch den Glauben daran auszeichnete, dass auswärtige Akteure sich um kommunale Bedürfnisse kümmern würden und sollten, in der Regel in Gestalt höher stehender Autoritäten“, wozu sich „ein weitverbreitetes Gefühl der dauerhaften Benachteiligung und einer von den Behörden vernachlässigten Gemeinde“ (ebd.) gesellte. Insgesamt kann man zu dem Schluss gelangen, dass in den kommunalen Gemeinschaften der meisten MOE-Länder zum Ende des Kommunismus eine Kultur proaktiver kommunaler Bürgerbeteiligung fehlte. Wenn auch bereits in den späten 1980er Jahren eine nicht staatlich gesteuerte Umweltbewegung aufkeimte, war es für die Bürger schwierig, bei kommunalen Themen gemeinschaftliche Interessen zu formulieren und die Behörden durch proaktive Lobbyarbeit zu Änderungen zu bewegen.

Postkommunistische Dezentralisierungsprozesse: Herausforderungen und Dilemmas

Der postkommunistische Umstrukturierungsprozess, der 1990 begonnen hatte,

führte zu grundlegenden Veränderungen der Struktur wirtschaftlicher und politischer Institutionen in den MOE-Ländern. Dabei handelte es sich allerdings nicht unbedingt um einen rationalen Prozess des Aufbaus neuer Institutionen, um das Ziel einer bestmöglichen wirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Laut Stark (1996) ging es vielmehr darum, „Organisationen und Institutionen nicht auf den Ruinen, sondern mit den Ruinen des Kommunismus wiederaufzubauen“ (S. 995). Er argumentiert, dass aufgrund der einflussreichen „Ruinen“ des sozialistischen Systems (in den Bereichen Handel, Außenbeziehungen, Institutionen, Gesetze, Personal und Netzwerke zwischen Betrieben) die wirtschaftliche Transformation als pfadabhängig charakterisiert werden kann. Dies ist jedoch keine deterministische Verlaufsbahn, da die Akteure im Transformationsprozess durch bestehende institutionelle Ressourcen eingeschränkt sind. Infolgedessen wurden manche Handlungsverläufe und Spielräume begrenzt, während andere begünstigt wurden.

Die lokalpolitischen Strategien, die von den MOE-Ländern während der Übergangsphase verfolgt wurden, waren sehr unterschiedlich. Insgesamt lässt sich jedoch ein weit verbreiteter Prozess der politischen und administrativen Dezentralisierung beobachten. Die Wurzeln dieser strukturellen Bewegung können bis in die 1980er Jahre zurückverfolgt werden, als lokalpolitisches Handeln in Ländern wie Polen zu einem zentralen Thema für den politischen Widerstand wurde. Trotz der oben genannten Faktoren, wie beispielsweise die insgesamt nur schwache Entwicklung einer politi-

schen Graswurzelkultur, wünschten sich die Bürger im Allgemeinen, dass ihre Regierungen der kommunalen Ebene größere Entscheidungsgewalt einräumten. Diese Erwartungen gingen teilweise auf vorkommunistische Nostalgie zurück, denn das Kaisertum Österreich, das Deutsche Reich und in geringerem Ausmaß das Osmanische Reich, die diesen Teil der Welt beherrschten, hatten umfassende und funktionale lokale Verwaltungssysteme aufgebaut.

Hinsichtlich der Dezentralisierungspolitik befolgten die meisten Länder das grundlegende Prinzip der Schaffung kleiner lokalpolitischer Einheiten, die die historischen Gegebenheiten und die Wünsche der ortsansässigen Bevölkerung berücksichtigen sollten. Ungarn, das bereits Ende der 1990er Jahre ein entsprechendes erfolgreiches System eingeführt hatte, war in dieser Hinsicht wohl am erfolgreichsten. Andere mitteleuropäische Länder folgten auf dem Fuß. Ein Hauptproblem waren allerdings die ungenügenden Kapazitäten auf der mittleren Regierungsebene: Den Lokalverwaltungen mangelte es häufig an Ressourcen, an demokratischen Strukturen oder an beidem. Ebenso präsent war aufgrund der extrem hohen Anzahl von Gemeinden in einigen Ländern das Thema der politischen und wirtschaftlichen Fragmentierung. An der Lösung dieses Problems wird noch immer gearbeitet. Während in einigen Ländern (besonders in Mitteleuropa) weiterhin eine mittlere Regierungsebene mit reibungsloser Funktion und klarem Zuständigkeitsbereich fehlt, mangelt es in anderen immer noch an fiskalischer und politischer Dezentrali-

sierung zugunsten der kommunalen Ebene (besonders auf dem Balkan).

Diese Veränderungen wurden gleichzeitig mit der umfassenden Transformation der Städte nach dem Ende des Kommunismus durchgeführt. Der Zusammenbruch des von der Planwirtschaft favorisierten Landzuteilungs- und Stadtplanungskonzepts führte zur schnellen Entstehung von vorstädtischen Wohn- und Gewerbegebieten und zur Ausuferung der Ballungsräume. Auch die Dezentralisierungspolitik leistete hierzu ihren Beitrag. Außerdem fand in den meisten Ländern eine generelle Umstrukturierung des urbanen Systems statt, wobei sich die Hauptstädte bzw. die Zentren erfolgreicher Regionen auf Kosten vieler kleiner und mittelgroßer Städte in weniger wohlhabenden Regionen immer weiter ausdehnten. Dieses Phänomen wurde durch die ungleichmäßige geografische Verteilung des Übergangsprozesses begünstigt, was zu einer Konzentration wertschöpfungsintensiver Industrie- und Dienstleistungsbranchen in einer begrenzten Anzahl von Ballungsräumen und Metropolen führte. „Gewinnerstädte“ (wie z. B. Prag, Budapest, Warschau, Krakau, Ljubljana, Bratislava, Bukarest, Timisoara, Sofia) erfuhren auch eine dynamische Reurbanisierung und Erholung ihrer Innenstädte, während die Auswirkungen des industriellen Niedergangs und die Bevölkerungsabwanderung in „Verliererregionen“ am stärksten sichtbar wurden (wie z. B. in Ostpolen, Nordböhmen und Nordmähren in der Tschechischen Republik, in der Großen Ungarischen Tiefebene und Nordungarn, Ost- und Südserbien, Nordostslowenien,

Nordmoldawien, der Tiefebene im Südosten Rumäniens und Nordzentralbulgarien).

Kommunale Klimaschutzpolitik im Wandel

Die postkommunistischen Veränderungen führten zu wichtigen Reformentscheidungen über die Organisation der Netzinfrastuktur des Energiesektors sowie der wirtschaftlichen Beziehungen und der Gesetzgebungssysteme. Die meisten MOE-Länder entwickelten – teilweise auf Druck der EU – aufwändige Programme zur Förderung der Energieeffizienz, um die Altlasten des Kommunismus in diesem Bereich in den Griff zu bekommen. Diese Strategien führten zu deutlichen Verbesserungen der Energienutzungseffizienz, insbesondere bei Wohngebäuden. In Kombination mit der starken Reduzierung des industriellen Energieverbrauchs infolge des allgemeinen industriellen Abbaus konnten die meisten MOE-Länder bedeutende Erfolge bei der Steigerung der Energieeffizienz verzeichnen (siehe Ürges-Vorsatz et al. 2006).

Die Gemeinden nehmen beim Umgang mit Klimaschutzthemen in den MOE-Ländern zunehmend eine Führungsrolle ein. Ein zentrales Element stellt dafür die Ausarbeitung kommunaler Energiestrategien und -pläne als Schlüsselkomponenten regionaler und kommunaler Strategien zur nachhaltigen Entwicklung von Regionen und Städten dar. Außerdem haben viele Gemeinden in MOE-Ländern Energieprogramme und Aktionspläne ausgearbeitet, um Klimaschutz- und Energiesicherheitsthemen anzugehen. Diese wurden mit großflächig angelegten Raum-

und Stadtentwicklungsstrategien sowie mit nationalen Bauvorschriften und -standards koordiniert. Hierzu wurden verschiedene Optionen für den Aufbau von Energienetzwerken angeboten (siehe GEF/UNDP 2004).

Einige kommunale Behörden der MOE-Länder waren auch an Programmen zur Nachrüstung des kommunalen Baubestands sowie an Energieeffizienzmaßnahmen und Energiemanagementprojekten beteiligt, welche durch energetische Überprüfungen der städtischen Gebäude und Projekte zur Verbesserung der Energieeffizienz ergänzt wurden. In ihrer Rolle als Energieproduzenten und -versorger fördern Städte und Regionen Themen wie die Effizienz der Wärme- und Stromerzeugung (insbesondere durch Fernheizung) und die Nutzung erneuerbarer Energien. Eine zentrale Rolle spielen hier die Verringerung der Energietransport- und Verteilungsverluste (da die meisten dieser Netze Eigentum der Gemeinden sind) (ebd.).

Typische Maßnahmen im Bereich der Bürgerbeteiligung sind hierbei die Verbreitung von Informationen über die Vorteile von Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen und Kampagnen zu den Möglichkeiten effizienterer Energienutzung. Einige Gemeinderäte haben auch Demonstrationsmaßnahmen eingeleitet, bei denen die Vorteile von effizienter Energienutzung aufgezeigt werden und gleichzeitig praktische Möglichkeiten und Instrumente zur Erreichung dieser Ziele angeboten werden. Manche Gemeinden bieten Beratungsdienstleistungen für die Durchführung von Energieeffizienzprojekten an (ebd.).

Wenn auch die Auflistung der oben genannten Maßnahmen keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wird man wohl Mühe haben, eine Kommune zu finden, die alle genannten Maßnahmen umgesetzt hat. In der Regel hindert das Fehlen wirtschaftlicher Ressourcen und effektiver politischer Zuständigkeiten die Gemeinden daran, im Bereich der lokalen Energieeffizienz und des Klimaschutzes vollumfänglich zu handeln. Zudem hat das Zusammenspiel von rigider nationaler Politik und inadäquater Gesetzgebung oft Bedingungen geschaffen, die es kommunalen Behörden unmöglich machen, auf infrastrukturelle und technologische Systeme, die ihrer Gesetzgebungsgewalt unterstehen, einzuwirken. Dies tritt im Bereich Fernwärme vielleicht am deutlichsten zutage. Diese Technologie ist, obwohl sie eine höchst nachhaltige Methode zur Beheizung von Wohngebäuden darstellt, in vielen MOE-Ländern im Rückgang begriffen (insbesondere in Südosteuropa, wo die Netze oft in selbstverstärkende Trends der Abkopplung geraten sind). Die Probleme mit Fernheizungsnetzen sind ein typisches Beispiel für technologisches Erbe von derlei Infrastruktur sowie für die Unfähigkeit von Gemeindeverwaltungen (die oft Eigentümer dieser Netze sind), effektive Mittel zur Beteiligung der Bürger anzubieten (Poputoaia und Bouzarovski 2010).

Ein weiterer Fall, in dem Gemeinden in den MOE-Ländern Schwierigkeiten hatten, auf öffentliche Belange einzuwirken, ist die Raumplanung. Die Städte litten oft unter Zersiedelungsdynamiken und dem innerstädtischen Verfall infolge von übergeordneten Prozessen, die die kommunalen

Behörden nicht in den Griff bekommen wollten oder konnten. In der Tschechischen Republik beispielsweise wurden auf Geheiß der Vorstadtgemeinden, die es darauf abgesehen hatten, mehr Menschen anzuziehen und damit ihre Steuereinnahmen zu erhöhen, tausende Satellitenstädte gebaut – mit all ihren negativen Langzeitfolgen für den Klimaschutz bzw. die Anpassung an den Klimawandel. In Kombination mit den unklaren Zuständigkeiten der kommunalen Behörden führte dieser Umstand dazu, dass die weiter reichenden Konsequenzen nicht überprüft wurden.

Schlussfolgerung

Dieser Text hat aufgezeigt, auf welche Weise in den MOE-Ländern die Auswirkungen der kommunistischen Vergangenheit auf die Führung der kommunalen Verwaltung sowie die gegenwärtigen Fähigkeiten der lokalen Behörden zur Politikgestaltung berücksichtigt werden müssen, wenn auf das Ziel einer kohlenstoffarmen Zukunft hingearbeitet wird. Es besteht kein Zweifel daran, dass sich die Herausforderungen, die der postkommunistische Umstrukturierungsprozess mit sich brachte, auf die „institutionellen und ökonomischen Parameter, [welche] die zugrunde liegende Verwundbarkeit und Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft determinieren“, auswirken, und zwar in Form von „Eingriffen und geplanten Anpassungen in geeigneter Größenordnung“ (Adger 2001: 921).

Angesichts der Diversität des öffentlichen städtischen Raums in Mittel- und Osteuropa ist es schwierig, eine allgemeine Bewer-

tung zu dessen Eignung für die Beteiligung der Bürger abzugeben. Klar ist allerdings, dass die Energiepolitik in den MOE-Ländern zunehmend auf die kommunale und regionale Ebene übertragen wird. Es wird momentan de facto ein vollständiger rechtlicher Rahmen geschaffen, der diesen Prozess stützt. Vor dem Hintergrund der geringfügigen finanziellen und gesetzgeberischen Mitspracherechte der regionalen Verwaltungen sowie der problematischen fragmentierten Verantwortung auf kommunaler Ebene zeigt sich, dass bedeutende Kapazitäten aufgebaut werden müssen, um die administrativen Kompetenzen, die institutionelle Transparenz sowie die Demokratiefähigkeit der kommunalen Behörden, der zivilgesell-

schaftlichen Organisationen, der Unternehmen und der Öffentlichkeit zu stärken.

Adger, Neil (2001) *Scales of governance and environmental justice for adaptation and mitigation of climate change*. Journal of International Development, Bd. 13, S. 921–931.

Bulkeley, Harriet und Kern, Kristine (2006) *Local Government and the Governing of Climate Change in Germany and the UK*. Urban Studies, Bd. 43, Nr. 12, S. 2237–2259.

Global Environment Facility / United Nations Development Programme (GEF / UNDP) (2004) *Municipal Energy Planning: Guide for Decision-Makers and Experts*. Sofia: EnEffect.

Illner, Michal (2002) *Territorial decentralization: An obstacle to democratic reform in Central and Eastern Europe?* In Kimball, Jonathan (Hrsg.) *The Transfer of Power: Decentralization in Central and Eastern Europe*, S. 7–42. Budapest: Local Government and Public Service Reform Initiative.

Poputoaia, Diana und Bouzarovski, Stefan (2010) *Regulating district heating in Romania: legislative challenges and energy efficiency barriers*. Energy Policy, Bd. 38, S. 3820–3829.

Stark, David (1996) *Recombinant property in East European capitalism*. American Journal of Sociology, Bd. 101, Nr. 4, S. 993–1027.



© Mesto Koprivnice

Den Bürgern entgegengehen: Verschiedene Modelle und Konzepte der Bürgerbeteiligung

ANDREAS KARSTEN

Frankly Speaking

Partizipation wird weithin als ein wesentliches, wenn nicht als das wichtigste Prinzip heutiger Demokratien angesehen. Die Demokratie hat in Europa offenbar einen bedeutenden Punkt in ihrer Entwicklung erreicht. Sie wird auf dem ganzen Kontinent weithin akzeptiert und praktiziert, sieht sich aber gleichzeitig mit zunehmend verbreitetem Misstrauen und zurückgehender Wahlbeteiligung konfrontiert (Pratchett und Lowndes 2004: 3).

Die zurückgehende Teilnahme an formalen politischen Institutionen erreicht viel Aufmerksamkeit und steht im Mittelpunkt des öffentlichen Diskurses über die Wahrnehmung und Wirklichkeit des wachsenden Demokratiedefizits in jungen wie in etablierten Demokratien. In den Fußstapfen der Globalisierung verändern sich die Strukturen des politischen Engagements und bewegen sich dabei auf Themen zu, die außerhalb der Kontrolle von Nationalstaaten liegen, während die Legitimation der traditionellen Institutionen und Formen der Demokratie zunehmend in Frage gestellt wird.

Partizipation wird häufig als essentiell für jegliche politische Reaktion auf diese Trends betrachtet, zumeist mit dem Bestreben, die Rückkehr von vorher etablierten Formen des politischen Engagements zu

bewirken. Gleichzeitig ist man dazu geneigt, der Bürgerbeteiligung die Verantwortung für die Wiedereinbindung von politisch Entrechteten zuzuschreiben, wobei gerne übersehen wird, dass die Mechanismen der Ausgrenzung weit über den politischen Bereich hinausreichen.

Eingebettet in dieses Dilemma veranschaulicht die Partizipation junger Bürgerinnen und Bürger ein weiteres Paradox – insbesondere im Lichte der neuesten Demonstrationen junger Menschen in ganz Europa, von Spanien und Portugal bis zu Großbritannien und Irland. Obwohl die Schauplätze des Engagements von Jugendlichen zahlreicher scheinen als je zuvor, würde wohl kaum jemand behaupten, dass dadurch die politischen Mitspracherechte junger Menschen gestärkt wurden (Forbrig 2005: 7).

Zwangsläufig zielen die Klagen über den dramatischen Rückgang des politischen Engagements häufig auf junge Menschen ab. Auch deshalb rücken viele Partizipationsmodelle die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt. Daher stellt dieses Kapitel sowohl allgemeine Modelle zur Bürgerpartizipation als auch spezielle Modelle zur Partizipation von Jugendlichen vor.

Der vielfältige, nuancierte Diskurs zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zeichnet sich durch zwei Extrempositionen aus: Pessimistische Stimmen argumentieren, dass die Bürger die Zukunft der Demokratie aufs Spiel setzen, indem sie den demokratischen Institutionen den Rücken kehren, wie es sich etwa an der abnehmenden Wahlbeteiligung abzeichnet. Die optimistischere Schlussfolgerung hingegen wird durch die Globalisierungsbewegung illustriert: Die Formen der Bürgerbeteiligung bewegen sich hin zu neuen Mustern von Bürgerintervention und Engagement.

Die zugrundeliegenden Fragen zur Beziehung zwischen Demokratie und Bürgern (und zur Beziehung zwischen demokratischen Institutionen und Bürgerorganisationen) prägen die verschiedenen Konzepte und Systeme der Bürger- und Jugendbeteiligung, die in diesem Kapitel vorgestellt werden, und fordern sie heraus.

Die vielfältigen Konzepte beleuchten die Anforderungen an demokratische Institutionen, welche auf die Anliegen und Forderungen der Bürger im allgemeinen und auf die junger Leute im speziellen eingehen sollen, sowie die Aufforderung an die Bürger, sich an politischen Prozessen, die über unmittelbare Interessen hinausgehen, zu beteiligen – eine Beziehung, die auf beiden Seiten von Defiziten gekennzeichnet ist.

Wie in diesem Kapitel dargelegt, zielen die Konzepte der Bürger- und Jugendbeteiligung zunehmend darauf ab, die oben dargelegten inhärenten Widersprüche und Dilemmata aufzulösen, indem Fragen des

Bürgerengagements mit Bürgerrechten verknüpft werden. Diese gelten gemeinhin als eine grundlegende, auf den Menschenrechten beruhende Dimension der Demokratie und werden durch (das Recht auf) aktive Partizipation gesetzlich verbrieft (Council of Europe 2005: 99).

Das zentrale Paradox bleibt jedoch ungelöst: Verschärft durch die Notwendigkeit, die wachsende kulturelle Diversität in Europas pluralistischen Demokratien zu integrieren, gehen die immer vielfältiger werdenden Schauplätze des politischen Diskurses mit dem offensichtlichen Fehlen einer stärkeren demokratischen Beteiligung einher bzw. werden damit konfrontiert. Dadurch wird wiederum die Legitimität der politischen Institutionen bedroht, die ganz offenbar von ihrer sozialen Umgebung abgekoppelt sind.

Ob und wie dieses Dilemma in der Theorie und in der Praxis gelöst werden kann, ist eine der wichtigsten Fragen unserer Zeit – für den Klimaschutz und darüber hinaus. Bridgland Sorensen macht dazu folgende Beobachtung:

Es ist nicht mehr angemessen, Partizipation lediglich im Sinne von „Partizipationskomponenten“ zu verstehen, wie es in zahlreichen Publikationen wiederholt wird und während der letzten zwanzig Jahre allgemein verbreitet war. Die Mittel und Wege der Kommunikation [von Bürgern] haben sich fundamental verändert (2006: 135).

Viele der später eingeführten Konzepte und Modelle argumentieren, dass die Frage

nach Macht und Machtverteilung dem Verständnis der Bürgerpartizipation zu Grunde liege. In diesem Sinne spricht vieles in der aktuellen Forschung dafür, dass es eine starke und direkte Beziehung gibt zwischen dem tatsächlichen partizipatorischen Einfluss der Bürger und ihrer Bereitschaft, bei politischen Prozessen mitzuwirken (Lauritzen 2005: 5).

Infolgedessen wurde begonnen kritische Fragen zu stellen: Inwiefern bieten die derzeit institutionalisierten Strukturen und Institutionen den Bürgern Partizipationsmöglichkeiten? Bieten sie ehrliche Möglichkeiten zur Verteilung von Macht und zur Aushandlung der „Koproduktion“ wichtiger politischer Maßnahmen mit den Bürgern?

Oft wird verlangt, es solle endlich sichergestellt werden, dass es sich um eine ernstgemeinte Einladung zur Beteiligung handelt:

... echte Partizipation geht einher mit Inklusion, bei der das System zur Ermöglichung von Partizipation geändert wird, anstatt mit Integration, bei der die Partizipation auf vorher definierte Art und Weise in vordefinierten Strukturen abläuft. (Percy-Smith und Malone 2001: 18)

Auch wenn sich diese Argumentationsweise in den Theorien, Modellen und Systemen zur Bürgerbeteiligung und Partizipation von Jugendlichen noch nicht vollständig wiederfindet, zeigt sie doch die eingeschlagene Richtung an.

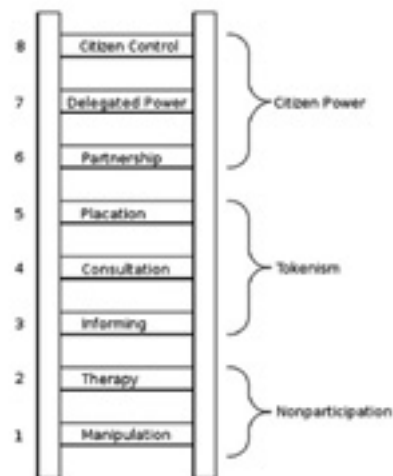
Die Leiter der Bürgerbeteiligung

Sherry Arnsteins Leiter der Bürgerbeteiligung, die 1969 im Journal of the American Planning Association veröffentlicht wurde, ist ein Klassiker und gilt als eine der einflussreichsten Partizipationstheorien. Arnstein gründet ihre Theorie auf die Aussage, dass Bürgerbeteiligung Bürgermacht ist, und argumentiert, dass es ohne die Aufteilung und Neuverteilung von Macht keine Partizipation geben kann.

Die von Arnstein entwickelte Leiter der Bürgerbeteiligung weist acht verschiedene Stufen auf, die wiederum in drei Gruppen unterteilt sind: Erstens Manipulation und Therapie (Nicht-Partizipation), zweitens Information und Anhörung sowie Be-



Poster eines französischen Studenten, 1968. Auf Deutsch lautet es: „Ich beteilige mich, du beteiligst dich, er beteiligt sich, wir beteiligen uns, ihr beteiligt euch ... sie profitieren“.



Leiter der Bürgerbeteiligung, Sherry Arnstein 1969.

schwichtigung (Alibipolitik) und drittens Partnerschaft, Machtdelegation und Bürgerkontrolle (Bürgermacht).

Arnsteins Typologie der acht Stufen gilt als entscheidende Theorie für die Konstruktion, Analyse und Erörterung von partizipatorischer Politik sowie deren Herangehensweise und Methoden – trotz einiger berechtigter Kritik, vor allem an der hierarchischen und sequentiellen Natur dieses Modells, die suggeriert, dass Partizipation in einer speziellen hierarchischen Rangfolge konstruiert werden kann und dass sie in einer bestimmten Abfolge auftritt. Quelle: Sherry Arnstein 1969.

Typologie der Partizipation

Sarah White hat eine Typologie der Partizipation entwickelt, um deutlich zu machen, dass Strategien zur Bürgerbeteiligung von Spannungen um Akteure, Begriffe und Macht bestimmt werden. Sie stellt fest, dass Partizipation zu einer leeren Phrase geworden ist,

„bei der es denen, die den Begriff benutzen, und denen, die ihn hören, warm ums Herz wird“ und die oft genutzt wird, um einen Mangel an Machtverteilung zu kaschieren.

Als Reaktion darauf entwickelte White eine Tabelle, um über den sehr dehnbaren Begriff „Partizipation“ hinauszugehen. Die Tabelle betrachtet die Verschiedenheit der Funktionen und Interessen anhand von vier Arten

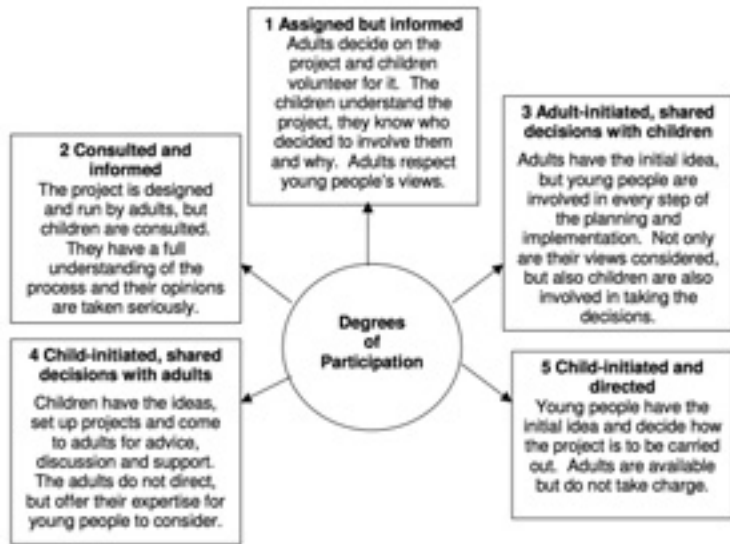
Form	Top-Down	Bottom-Up	Function
Nominal	Legitimation	Inclusion	Display
Instrumental	Efficiency	Cost	Means
Representative	Sustainability	Leverage	Voice
Transformative	Empowerment	Empowerment	Means/End

Typologie der Partizipation, Sarah White 1996.

der Partizipation (nominal, instrumental, repräsentativ und transformativ). Sie stellt die These auf, dass nahezu alle Projekte im Laufe der Zeit typischerweise eine Mischung aus Funktionen und Interessen und somit aus bestimmten Arten der Partizipation aufweisen. Quelle: Sarah White 1996

Partizipationsstufen

Phil Treseder nimmt Abstand von der Leitermetapher und geht damit auf einige der häufigsten Kritikpunkte an diesem Modell ein. Er stellt dar, dass es weder zwangsläufig einer progressiven Hierarchie noch einer speziellen Abfolge bedarf, um Partizipation zu gestalten. Treseder argumentiert weiter, dass der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen keine Grenzen gesetzt werden müssen und sollen, dass aber Kinder und Jugendliche andererseits auch nicht in der



Partizipationsstufen, Phil Treseder 1997.

Lage sind, sich mittels selbst initiiertes und geleiteter Projekte zu engagieren. Vielmehr müssen sie in angemessener Form befähigt und unterstützt werden, um sich voll einbringen zu können.

Treseders Modell baut auf Hodgsons fünf Bedingungen auf, die alle erfüllt sein müssen, wenn die Partizipation von Jugendlichen sowie deren Befähigung und Unterstützung gelingen soll. Sein Modell sieht vor, dass junge Menschen erstens Zugang zu den Machthabenden und zweitens zu entsprechenden Informationen erhalten müssen, drittens eine tatsächliche Auswahl zwischen verschiedenen Optionen vorhanden sein muss, dass sie viertens von einer unabhängigen Vertrauensperson unterstützt werden müssen und dass es fünftens einen Petitions- oder Beschwerdeweg für den Fall geben muss, dass Probleme auftreten (Hodgson 1995). Quelle: Phil Treseder und Lina Fajerman 1997.

Das Partizipationsrad

Scott Davidson hat das Partizipationsrad für und mit dem South Lanarkshire Council entworfen, um verschiedene Ebenen der Bürgerpartizipation für die Planung und Entwicklung auf Gemeindeebene festzulegen



Partizipationsrad, Scott Davidson 1998.

und zu stärken. Davidson präsentiert das Rad als einen innovativen Ansatz zur Konzeptualisierung des Einbindungsprozesses, mit dem Ziel, die Bürgerbeteiligung neu zu beleben. Quelle: Scott Davidson 1998.

Pfade zur Partizipation

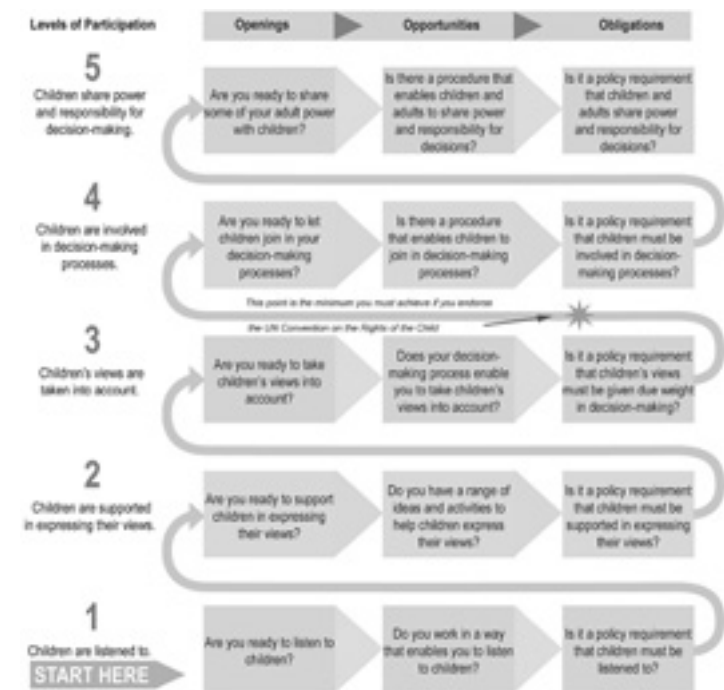
Harry Shiers Pfaddiagramm identifiziert fünf Partizipationsebenen, von (1) Kindern wird zugehört, bis zu (5) Kinder haben an Macht und Verantwortung teil. Auf jeder Ebene gibt das Modell drei Phasen mit zunehmender Verbindlichkeit vor: Eröffnungen („openings“), Möglichkeiten („opportunities“) und Verpflichtungen („obligations“).

Harry Shier nennt für jede Ebene und jede Phase eine Frage, die zunächst die Ebene

der Partizipation junger Menschen herausfinden und dann verstärken soll. Mithilfe dieser Fragen und durch die Kombination von Partizipationsebenen mit Verbindlichkeitsphasen entsteht aus seinem Modell ein hierarchisch aufgebautes Ablaufdiagramm. Quelle: Harry Shier 2001.

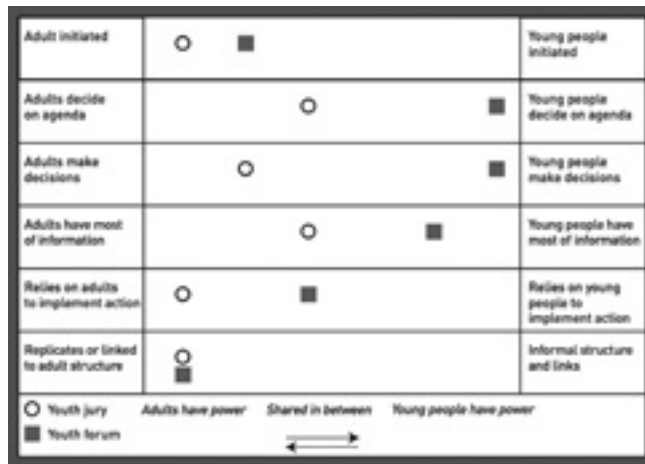
Gitter der Jugendpartizipation

Clare Lardner nimmt Bezug auf Phil Treseders fünf Stufen der Partizipation und David Hodgsons fünf Bedingungen der Jugendpartizipation. Sie erstellt ein Gitter, mit dem der Grad der Befähigung und Unterstützung analysiert und bewertet werden soll, den verschiedene Herangehensweisen und Partizipationsmethoden bieten.



Pfade zur Partizipation, Harry Shier 2001.

Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden



Gitter der Partizipation, Clare Lardner 2001.

Lardners Gitter besteht aus sechs Partizipationsdimensionen und erstreckt sich über ein Machtkontinuum. Das auf Forschungsergebnissen beruhende Modell vergleicht zwölf verschiedene Partizipationsmethoden und stellt sie einander gegenüber. Zwei dieser Methoden sind in der Darstellung eingezeichnet, um die Verwendung des Gitters zu verdeutlichen.

Die sechs Dimensionen beziehen sich auf: Initiierung einer Idee für ein Projekt, ein Programm oder eine Methode, Themenfestlegung, Entscheidungsfindung, Zugang zu Information, Umsetzungsmodalitäten und Partizipationsstrukturen.

Quelle: Clare Lardner 2001.

Dreieck der Jugendpartizipation

Das von Marc Jans und Kurt De Backer entworfene Dreieck stellt die These auf, dass junge Menschen aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, wenn es ein dynamisches Gleichgewicht zwischen den drei Dimensi-

onen des Modells gibt, nämlich Herausforderung („challenge“), Fähigkeit („capacity“) und Verbindung („connection“).

Demnach muss zunächst eine Herausforderung bestehen, die junge Menschen zur Partizipation motiviert. Zweitens muss jungen Menschen das Gefühl gegeben werden, dass sie die Fähigkeit haben, durch ihr Engagement etwas zu bewirken. Und drittens müssen die jungen Menschen eine Verbindung zu anderen haben, um die Herausforderung gemeinschaftlich bewältigen zu können.



Dreieck der Jugendpartizipation, Kurt de Backer und Marc Jans 2002.

Jans und De Backer haben ihr Dreiecksmodell so aufgestellt, dass es flexibel angewendet werden kann und soll. Abhängig vom Kontext soll es genutzt werden, um nach einer schwierigen Herausforderung zu suchen, die sowohl die Fähigkeiten der jungen Menschen ausbaut als auch das vorhandene Netzwerk stärkt. Quelle: Kurt De Backer und Marc Jans 2002.

Dimensionen der Jugendpartizipation

David Driskell entwickelte seine Dimensionen der Partizipation junger Menschen im Rahmen eines praktischen Leitfadens zur Konzeptualisierung, Strukturierung und Förderung der Partizipation junger Menschen bei der Entwicklung des Gemeinwesens.

Driskells Modell übernimmt von Arnsteins und Harts Modell die acht Stufen der Partizipation und Nicht-Partizipation und ordnet die Methoden in einem konzeptuellen Rahmen neu an, der sich auf zwei Dimensionen konzentriert: Erstens auf die Macht junger Menschen, Entscheidungen zu treffen und

Veränderungen hervorzurufen, und zweitens auf die Interaktion junger Menschen mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft. Driskell behauptet, dass Partizipation ohne einen gewissen Grad von Machtverteilung einer Alibi-Politik entspricht; echte Partizipation erteilt den Teilnehmern Macht und Möglichkeiten zur Interaktion.

Die Kombination dieser zwei Aspekte wirft ein neues Licht auf die ungelöste Debatte um das letztendliche Ziel der partizipatorischen Arbeit mit jungen Menschen. Driskell argumentiert, dass es zwar das Selbstbewusstsein junger Menschen stärkt, vollständig für ihre eigenen Projekte verantwortlich zu sein, ihnen allerdings nur kleinere Projekt anvertraut werden. Wenn junge Menschen dank gemeinsamer Entscheidungsfindung gleichberechtigt und als wertgeschätzte Partner behandelt werden, könnten sie Einfluss auf umfangreichere Themen gewinnen und ihre Macht, Entscheidungen zu treffen und Veränderungen hervorzurufen, entsprechend ausbauen.

Quelle: David Driskell 2002.



Dimensionen der Partizipation junger Menschen, David Driskell 2002.

Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

Spektrum der Öffentlichkeitsbeteiligung

Das Konzept des Spektrums der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde von der International Association for Public Participation entworfen, um die Ebenen der Partizipation und die Rolle der Öffentlichkeit bei allen sie betreffenden partizipatorischen Prozessen zu bestimmen.

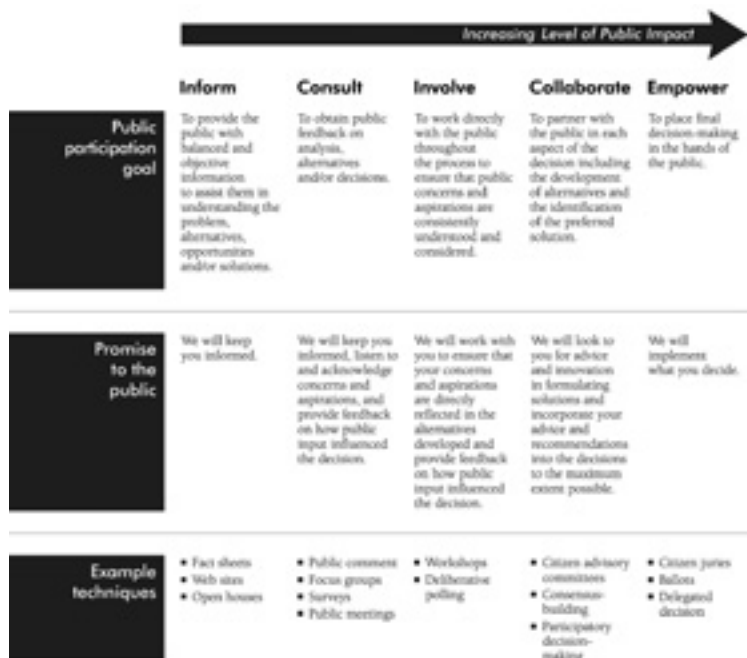
Es zeigt vor allem, dass verschiedene Ebenen der Partizipation legitim sind – je nach Zielen, dem zeitlichen Rahmen, den Ressourcen und dem Ausmaß der Bedenken bei den zu treffenden Entscheidungen.

Das Spektrum besteht im Wesentlichen aus einer Matrix und umfasst verschiedene Ebenen öffentlicher Partizipation: Information, Konsultation, Einbeziehung, Zusammenar-

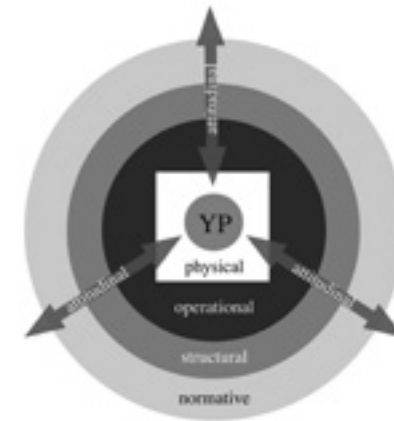
beit und Empowering. Jede Stufe der öffentlichen Partizipation hängt ab vom spezifischen Ziel des Projekts und dem, was der Öffentlichkeit versprochen wurde. Quelle: International Association for Public Participation 2007.

Hauptdimensionen der Partizipation

David Driskell und Kudva Neema stellen die tägliche partizipatorische Praxis in Gemeinden und gemeinschaftlichen Organisationen in den Mittelpunkt und haben auf dieser Grundlage ein Schema entwickelt, mit dem die Bürgerbeteiligung in Form eines dreidimensionalen Verfahrenssystems dargestellt wird, das durch fünf ineinander übergehende Dimensionen geformt wird. Ziel dieses Schemas war es, der bisherigen Feldforschung etwas entgegenzusetzen: Statt das Augenmerk relativ episodisch auf Parti-



Spektrum der Öffentlichkeitsbeteiligung, International Association for Public Participation 2007.



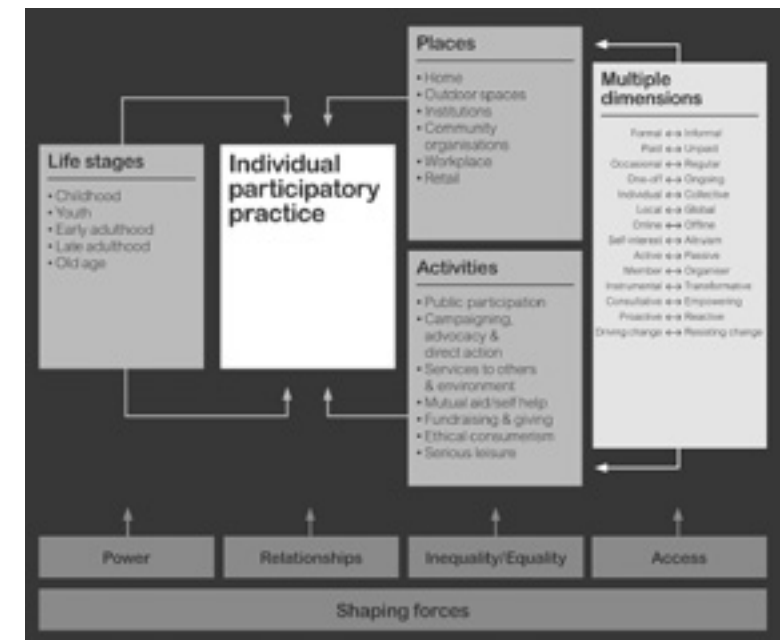
Fünf Hauptdimensionen der Jugendpartizipation, David Driskell und Kudva Neema 2009.

Partizipationsprojekte zu richten, sollte der Fokus auf mehr Nachhaltigkeit gelegt werden.

Der Analyserahmen führt fünf Hauptdimensionen an: die normative, die strukturelle, die operationelle, die physische und

die ansichtsbedingte Dimension, die alle aufeinander aufbauen und intensiv miteinander interagieren. Sie haben das Potential, physische Räume für echte Jugendpartizipation zu schaffen und zu eröffnen. Zwar mag das Fehlen einer oder mehrerer dieser Dimensionen die partizipatorische Praxis nicht von vornherein ausschließen, doch stellen Driskell und Neema fest, dass sinnvolle Jugendbeteiligung über episodische Erfahrungen hinaus nur bei Vorhandensein aller fünf Dimensionen entwickelt und aufrechterhalten werden kann. Zusammengenommen ergeben die fünf Dimensionen räumliche Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung, nämlich durch organisatorische Normen, Strukturen, Vorgänge, Infrastruktur und Ansichten. Quelle: David Driskell und Kudva Neema 2009.

Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden



Pfade durch Partizipation, National Council for Voluntary Organisations 2009.

Pfade durch Partizipation

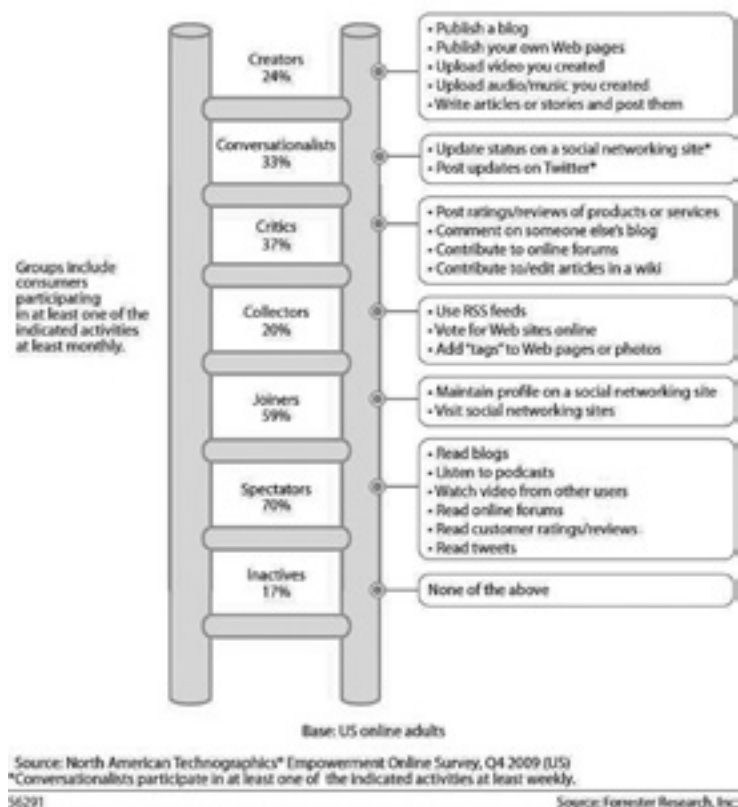
Der britische National Council for Voluntary Organisation (NCVO) hat in Zusammenarbeit mit dem Institute for Volunteering Research (IVR) ein System erarbeitet, das auf Grundlage entsprechender Literatur dem Verständnis individueller Pfade durch Partizipation dienen soll.

Die Autoren betrachten die Pfade als ein aufstrebendes theoretisches System, welches sich auf die Hauptaspekte der Partizipation, nämlich die „formenden Kräfte“, konzentriert, die dank umfassender Literaturanalyse ausgemacht werden konnten: Akteure und Aktivitäten, Orte und Räume,

Zugang und Gleichheit, Macht und Beziehungen. Quelle: Pathways through Participation Project 2009.

Die Leiter der Online-Partizipation

Josh Bernoff und Charlene Li haben ihr Leitermodell für die Online-Partizipation 2007 entwickelt und es 2010 revidiert, um den neuesten Erkenntnissen gerecht zu werden. Ihr Konzept basiert auf dem Begriff der sozialen Technographien, also der Analyse von Online-Aktivitäten gemäß den sieben verschiedenen Partizipationsebenen, die sich von Zuschauern bis zu Urhebern der Partizipation erstrecken.



Die Leiter der Online-Partizipation, Josh Bernoff und Charlene Li 2010.

Das Leitermodell möchte zwar aufzeigen, dass der Grad der Partizipation mit jeder Sprosse ansteigt, unterstellt dabei aber keine sequentielle Progression der Online-Partizipation. Die Ebenen überschneiden sich in erheblichem Ausmaß und stellen eher Profile als Segmente dar: Menschen partizipieren auf vielfältige Art und Weise unter Einsatz unterschiedlicher, teilweise sogar simultaner Herangehensweisen und Strategien.

Quelle: Josh Bernoff und Charlene Li 2010.

Arnstein, Sherry (1969) *A Ladder of Citizen Participation*. Journal of the American Planning Association, Bd. 35, Nr. 4, S. 216–24.

Bebbington, Anthony (2004) *Theorising Participation and Institutional Change: Ethnography and Political Economy*. In Hickey, Samuel und Mohan, Giles (Hrsg.) *Participation: From Tyranny to Transformation? Exploring New Approaches in Participation*. London: Zed Books.

Bernoff, Josh und Li, Charlene (2010) *Social Technographics Revisited – Mapping Online Participation*. Cambridge: Forrester Research.

Bridgland Sorensen, Judith (2006) *Constraints to Youth Participation in the Current Federal Political Environment*. Perth: Edith Cowan University.

Checkoway, Barry und Gutiérrez, Lorraine (Hrsg.) (2006) *Youth Participation and Community Change*. New York: Haworth Press.

Davidson, Scott (1998) *Spinning the Wheel of Empowerment*. Planning, Bd. 1262, S. 14–15.

De Backer, Kurt und Jans, Marc (2002) *Youth (-work) and Social Participation: Elements for a Practical Theory*. Brussels: Flemish Youth Council.

Directorate General of Political Affairs (2005) *Reflections on the Future of Democracy in Europe*. Strasbourg: Council of Europe.

Driskell, David (2002) *Creating Better Cities with Children and Youth – A Training Manual*. Paris: UNESCO Publishing.

Driskell, David und Neema, Kudva (2009) *Creating Space for Participation: The Role of Organizational Practice in Structuring Youth Participation*. Community Development, Bd. 40, Nr. 4, S. 367–380.

Forbrig, Joerg (Hrsg.) (2005) *Revisiting Youth Political Participation*. Strasbourg: Council of Europe.

Giroux, Henry (2009) *Youth in a Suspect Society – Democracy or Disposability?* Basingstoke: Palgrave-Macmillan.

Hart, Roger (1992) *Children's Participation: From Tokenism to Citizenship*. In United Nations Children's Fund Innocenti Essays, Nr. 4. Florence: UNICEF International Child Development Centre.

Hart, Roger (2008) *Stepping Back from 'The Ladder': Reflections on a Model of Participatory Work with Children*. In Reid, Alan et al. (Hrsg.) *Participation and Learning: Perspectives on Education and the Environment, Health and Sustainability*. The Netherlands: Springer.

Hodgson, David (1995) *Participation of Children and Young People in Social Work*. New York: UNICEF.

Holdsworth, Roger et al. (Hrsg.) (2006) *Civic Engagement and Young People in the City of Melbourne*. Melbourne: Australian Youth Research Centre.

International Association for Public Participation (2007) *Spectrum of Public Participation*. Download: <http://www.iap2.org/associations/4748/files/spectrum.pdf>

Lansdown, Gerison (2000) *Challenging Discrimination against Children in the EU*. Brussels: Euronet – The European Children's Network.

Lansdown, Gerison (2001) *Promoting Children's Participation in Democratic Decision-Making*. Florence: UNICEF Innocenti Research Centre.

Lansdown Gerison (2006) *International Developments in Children's Participation: Lessons and Challenges*. In Tisdall, Kay et al. (Hrsg.) *Children, Young People and Social Inclusion: Participation for What?* Bristol: Policy Press.

Lardner, Clare (2001) *Youth Participation – A New Model*. Edinburgh: Youth Social Inclusion Partnership.

Lauritzen, Peter (2005) *Participation Revisited*, in Forbrig, Joerg (Hrsg.) *Revisiting Youth Political Participation*. Strasbourg: Council of Europe.

Loncle, Patricia und Muniglia, Virginie (2008) *Youth Participation, Agency and Social Change. Thematic Report*. Rennes: Project Youth – Actor of Social Change.

Malone, Karen und Hartung, Catherine (2010) *Challenges of Participatory Practice*. In Percy-Smith, Barry und Thomas, Nigel (Hrsg.) *A Handbook of Children and Young People's Participation*. Abingdon: Routledge.

Pathways through Participation project (2009) *Understanding Participation: A Literature Review*. Download: <http://pathwaysthroughparticipation.org.uk/resources/literaturereview>.

Percy-Smith, Barry und Malone, Karen (2001) *Making Children's Participation in Neighbourhood Settings Relevant to Everyday Lives of Young People*. Participatory Learning

and Action, Nr. 42, S. 18–22. London: International Institute for Environment and Development.

Percy-Smith, Barry und Thomas, Nigel (Hrsg.) (2010) *A Handbook of Children and Young People's Participation*. Abingdon: Routledge.

Pratchett, Lawrence und Lowndes, Vivien (2004) *Developing Democracy in Europe: An Analytical Summary of the Council of Europe's Acquis*. Strasbourg: Council of Europe.

Prout, Alan, Simmons, Richard und Birchall, Johnston (2006) Reconnecting and Extending the Research Agenda on Children's Participation. In Tisdall, Kay et al. (Hrsg.) *Children, Young People and Social Inclusion: Participation for What?* Bristol: Policy Press.

Rocha, Elizabeth (1997). *A Ladder of Empowerment*. Journal of Planning Education and Research, Nr. 17, S. 31–44. Tallahassee: Association of Collegiate Schools of Planning.

Shier, Harry (2001) *Pathways to Participation: Openings, Op-*

portunities and Obligations. Children and Society, Bd. 15, Nr. 2, S. 107–117. London: National Children's Bureau.

Shier, Harry (2010) *Pathways to Participation Revisited*. In Percy-Smith, Barry und Thomas, Nigel (Hrsg.) *A Handbook of Children and Young People's Participation*. Abingdon: Routledge.

Taylor, Marilyn und Percy-Smith, Barry (2008) *Children's Participation: Learning From and For Community Development*. International Journal of Children's Rights, Bd. 16, Nr. 3, S. 379–94.

Thomas, Nigel (2007) *Towards a Theory of Children's Participation*. International Journal of Children's Rights, Bd. 15, Nr. 2, S. 199–218.

Treseder, Phil und Fajerman, Lina (1997) *Empowering Children and Young People: Promoting Involvement in Decision-Making*. Swansea: Save the Children.

White, Sarah (1996) *Depoliticising Development: The Uses and Abuses of Participation*. Development in Practice, Bd. 6, Nr. 1, S. 6–15.



Die Kriterien erfolgreicher politischer Bürgerbeteiligung im Rahmen nachhaltiger Entwicklung

CÉCILE CUNY

Centre Marc Bloch/Universität Paris 8

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das im zweiten Kapitel des im Jahre 1987 veröffentlichten Brundtland-Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (WCED) beschrieben wird, entspricht einem politischen Entwicklungsansatz, der die Ziele Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz miteinander verbindet. Die Problematik des Klimawandels sowie der zu ergreifenden Maßnahmen, um den Klimawandel zu bremsen oder – schlimmstenfalls – damit zu leben, ist ein Bestandteil des letztgenannten Zieles der nachhaltigen Entwicklung und ein Aspekt der strategischen Maßnahmen, die auf verschiedenen Ebenen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung ergriffen wurden.

Obwohl die Konzepte der politischen Beteiligung und der Demokratisierung von politischen Systemen nicht in den drei Zielen nachhaltiger Entwicklung zum Ausdruck kommen, sind sie ein wiederkehrender (wenn vielleicht oft nur symbolischer) Aspekt der seit Ende der 1990er Jahre von den europäischen Städten umgesetzten Strategien zur nachhaltigen Entwicklung. Schon seit den 1980er Jahren sind die Städte infolge der Dezentralisierung und des europäischen Integrationsprozesses in den meisten europäischen Ländern zu unumgänglichen

Akteuren im Bereich der nachhaltigen Entwicklung geworden (Le Galès 2003).

Der vielfach wiederholten Forderung nach politischer Beteiligung liegen verschiedene Faktoren zugrunde. Sie entstammt den städtischen und sozialen Bewegungen, die seit den 1970er Jahren darauf dringen, bei der Erarbeitung von stadt-, sozial- und umweltpolitischen Strategien einbezogen zu werden. Wie Loïc Blondiaux und Yves Sintomer in Bezug auf Frankreich angemerkt haben, ist Bürgerbeteiligung seit den 1990er Jahren für das staatliche Handeln unerlässlich geworden (Blondiaux und Sintomer 2002). Es hätte daher überrascht, wenn die politischen Strategien zur nachhaltigen Entwicklung nicht dem sich allgemein in Europa abzeichnenden Trend gefolgt wären (Bacqué, Rey und Sintomer 2005; Sintomer, Herzberg und Röcke 2008). Bei Umweltthemen tragen weitere Faktoren dazu bei, dass die Beteiligung der Öffentlichkeit zu einem unerlässlichen Instrument von Strategien zur nachhaltigen Entwicklung geworden ist. Angesichts der ökologischen Krise beruhen zahlreiche der ins Auge gefassten Lösungen auf einer Reduzierung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und auf der Verringerung von Umweltverschmutzung (Treibhausgasemissionen, Industrie- und

Haushaltsabfälle). Dass allein durch technischen Fortschritt, der eine verbesserte Leistung technischer Maßnahmen und Netzwerke ermöglicht (Abfall- und Abwasserverwertung, Energieeffizienzhäuser, Ausbau des öffentlichen Verkehrs), jedoch ohne Verhaltensänderung in der Gesellschaft – das heißt ohne aktives Handeln der Menschen mit dem Ziel nachhaltiger Entwicklung (Trennung der Haushaltsabfälle, Einschränkung der Autonutzung, sparsame Verwendung von Trinkwasser) – keine bedeutenden Veränderungen erzielt werden können, wird von Fachleuten allgemein anerkannt. In diesem Sinne wird die Beteiligung der Öffentlichkeit als Instrument betrachtet, mit dem einerseits ein Bewusstsein für ökologische Fragen geweckt wird und andererseits die Menschen zu Verhaltensweisen angeregt werden, die den Zielen der nachhaltigen Entwicklung dienlich sind.

Im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung bezieht sich der Begriff „Bürgerbeteiligung“ auf zwei Punkte, die sich gegenseitig nicht ausschließen: einerseits die Beteiligung an der Erarbeitung politischer Strategien und andererseits die Beteiligung an der Erarbeitung eines neuen Modells zur nachhaltigen Entwicklung. Die erstgenannte Form der Beteiligung umfasst die Schaffung von bereits mehrfach erprobten Prozessen wie Konsenskonferenzen, Bürgerjurs, Referenden und deliberativen Meinungsumfragen. Wie im Folgenden gezeigt wird, werden im Rahmen dieser Prozesse nicht jederzeit alle Bürger einbezogen. Diese Form der Beteiligung erscheint mir daher als realistisches und zugleich leicht umzusetzendes politisches Instrument – sowohl zur Einbeziehung der

Bürger in Entscheidungsprozesse, als auch zur Sensibilisierung der Bürger für die Umweltfolgen bestimmter Verhaltensweisen. Aus diesem Grunde konzentriere ich mich in meinem Beitrag hauptsächlich auf den ersten mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ beschriebenen Punkt. Der zweite Punkt bezieht sich auf ein viel höher gestecktes Ziel und kann nicht mit einfach festzulegenden Instrumenten umgesetzt werden, denn dieses Ziel setzt eine Politisierung des gesellschaftlichen Lebens bis hin zu den alltäglichsten Aktivitäten voraus (indem z. B. beim Brotkauf ein aktiver Beitrag zum Schutze der Natur geleistet wird). Ein solcher Prozess fordert nicht von allen sozialen Schichten dieselbe Opferbereitschaft: Für den Arbeiter, der in einem vom öffentlichen Verkehr nur schlecht erschlossenen Bezirk am Stadtrand lebt, ist es bestimmt finanziell belastender und zeitaufwändiger, sein Biobrot mit dem Fahrrad einzukaufen, als für einen wohlhabenden Bewohner der Innenstadt.

Unter welchen Bedingungen kann man nun in Hinblick auf den ersten Punkt, den der Begriff „Bürgerbeteiligung“ umschreibt, von einem Erfolg sprechen? Bevor diese Frage beantwortet werden kann, muss zunächst festgelegt werden, was man unter „Erfolg“ versteht. Diese Frage ist stark umstritten unter politischen Theoretikern, und ich werde die Debatte in diesem Artikel nicht lösen können. Die Debatte zeigt jedoch, dass es mehrere widerstreitende Vorstellungen von „Beteiligung“ gibt, die sich auf mindestens vier Erfolgskriterien stützen: 1) Die Möglichkeit der Bürger/innen an der Politik teilzunehmen, z. B. ihre Interessen zu artikulieren und zu vertreten

(Phillips 2005); 2) die Fähigkeit der Personen im Beteiligungsprozess ihre Positionen und Auffassungen zu neu zu bestimmen um das Gemeinwohl zu finden (Habermas 1997 [1992]); 3) die Problemlösungskapazität des Beteiligungsverfahrens bezüglich der sozialen Probleme der Bürger/innen (Scharpf 1997); 4) die Fähigkeit des Beteiligungsverfahrens die verschiedenen Aspekte eines wissenschaftlichen oder technischen Problems zu beleuchten (Callon, Lascoumes und Barthe 2001). Die Vielfalt dieser Kriterien erklärt die riesige Vielfalt von Beteiligungsverfahren, die bislang auf verschiedensten Politikebenen rund um die Welt angewendet wurden. Die meisten Modelle streben mehr als eines dieser Kriterien an, doch zeigen mehrere seit dem Jahr 2000 vom Centre Marc Bloch durchgeführte empirische Studien zu partizipativer Demokratie (Koehl und Sintomer 2003; Röcke 2005; Cuny und Herzberg 2007; Sintomer 2007; Sintomer, Herzberg und Röcke 2008; Topçu, Cuny und Serrano-Velarde 2008; Herzberg 2008; Cuny 2009; Röcke 2009; Bacqué und Sintomer 2010; Bacqué und Sintomer 2011), dass das erste Kriterium immer noch das am wenigsten erfüllte ist. Aus diesem Grund wird sich dieser Artikel auf dieses spezielle Kriterium konzentrieren und zwei Probleme untersuchen, die bei der Durchführung auftauchen: 1) Wie erreicht man eine Diversifizierung der Teilnehmer/innen in Bezug auf den sozialen Status und 2) wie gelangt man zu einer besseren Repräsentation marginalisierter Gruppen?

Erstes Problem: Wie erreicht man eine Diversifizierung der Teilnehmer/innen bezüglich ihres sozialen Status?

Alle empirischen Arbeiten zur partizipativen Demokratie, die in Europa in den letzten zwanzig Jahren durchgeführt wurden, kommen zu folgendem Ergebnis: Die Beteiligungsrate ist nie höher als fünf Prozent der Bevölkerung. Aus rein quantitativer Sicht haben diese Prozesse also nichts mit den konventionellen Formen der Beteiligung in modernen politischen Systemen wie Abstimmungen oder Referenden gemeinsam. Es handelt sich nicht um eine Beteiligung der Massen, und es geht nicht darum, durch die Anhäufung von Einzelmeinungen die Meinung des „Volkes“ zu einem bestimmten Thema zu ermitteln. In diesem Sinne ist die partizipative Demokratie keine Form der direkten Demokratie. Dieser Begriff bezeichnet vielmehr eine Gesamtheit an Prozessen, die sich – nicht ohne Schwierigkeiten – in die klassische Funktionsweise der westlichen repräsentativen Demokratien einfügen.

Auch wenn es weder Ziel noch Bestimmung dieser Prozesse ist, das ganze „Volk“ einzubeziehen, beruhen sie auf einer Öffentlichkeit, deren Zusammenstellung mit zwei Problemen verbunden ist: Allgemeininteresse und Legitimation. Ich veranschauliche diesen Punkt im Folgenden anhand der Bürgerjürs, die zwischen 2000 und 2003 von der Stadt Berlin im Rahmen des Projekts „Soziale Stadt“ zur Förderung benachteiligter Quartiere eingesetzt wurden (Koehl und Sintomer 2003; Röcke und Sintomer 2005). Die Berliner Bürgerjürs bestanden zu 51 Prozent aus Bewohnern des Bezirks, die über das Melderegister ausgelost wurden, und zu 49 Prozent aus Vertretern der Zivilgesellschaft (öffentliche

Einrichtungen und Verbände). Ihre Aufgabe war es, eine Reihe von Projekten zur Förderung von Quartieren auszuwählen, die im Rahmen des Projekts finanziert werden sollten. Die Wahl einer solchen Zusammensetzung und Rekrutierungsmethode ist mit zwei Herausforderungen verbunden. Die erste Herausforderung bezieht sich auf die Bereitschaft, eine öffentliche Debatte Laien zugänglich zu machen. In diesem Zusammenhang wird das Losverfahren als beste Methode erachtet, um „gewöhnliche Bürger“ einzubeziehen – Personen also, die in der Debatte weder aufgrund einer technischen Kompetenz (wie etwa im Fall eines Stadtbediensteten, eines Verbandsaktivisten oder einer Fachperson) noch aufgrund einer politischen Kompetenz im engeren Sinne (wie im Fall eines lokalen Abgeordneten oder eines Verbandsaktivisten) zu Wort kommen. Die Herausforderung einer solchen Öffnung besteht darin, eine sachliche Debatte zu führen, die sich auf Tatsachen beschränkt und frei von jeglichen wissenschaftlich-technischen und ideologisch-politischen Beschränkungen ist. Solche Bemühungen werden auch im Rahmen von Konsenskonferenzen unternommen, die zur Entscheidungsfindung im Zusammenhang mit wissenschaftlichen oder technischen Kontroversen in verschiedenen europäischen und angelsächsischen Ländern durchgeführt wurden (Callon, Lascoumes und Barthe 2001).

Nach Ansicht von Anja Röcke und Yves Sintomer zeugt die Regel, nach der der Anteil der von „gewöhnlichen Bürgern“ belegten Sitze auf 51 Prozent festgelegt wurde, auch von einem Misstrauen der öffentlichen Behörden der Stadt Berlin gegenüber

organisierten Interessen und dem Einfluss, den diese auf den Fortgang der Debatten ausüben können. „Sachlichkeit“ bedeutet in diesem Zusammenhang „Unvoreingenommenheit“, und diese Unvoreingenommenheit entspricht einer klugen Dosierung von Engagement und Distanz im Sinne von Rousseaus Vorstellungen zum Ausdruck des Allgemeininteresses (Röcke und Sintomer 2005). In der Praxis hat diese Zusammensetzung, gepaart mit dem Misstrauen der Berliner Behörden gegenüber organisierten Interessen, zu einer Polarisierung der Debatten geführt: Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf am östlichen Stadtrand Berlins ist der Verbandssektor beispielsweise nur schwach ausgeprägt, so dass das Quasimonopol der Verbände bei den lokalen Dienstleistungen von den „gewöhnlichen Bürgern“ heftig kritisiert wurde, da sie darin ein Hindernis für ehrenamtliches Engagement im Rahmen von weniger formellen Strukturen sahen (Cuny 2009).

Zweites Problem: Wie erreicht man eine bessere Repräsentation marginalisierter gesellschaftlicher Gruppen?

Die zweite Herausforderung, auf die die Zusammensetzungs- und Rekrutierungsmethode der Bürgerjürs abzielt, betrifft die Frage der Repräsentation gewöhnlicher Bürger. Das Losverfahren ermöglicht den Aufbau einer Gruppe, die statistisch gesehen ein repräsentatives Muster der Bezirksbewohner darstellt. Diese statistische Repräsentativität bezieht sich auf drei Kriterien, die den Informationen in deutschen Melderegistern entsprechen: Geschlecht, Alter und Nationalität. Diese Eigenschaften machen das Losverfahren zu einem

attraktiven Instrument der Inklusion. Denn Frauen, junge Menschen und Ausländer bilden jene Gruppen, die aufgrund ihrer schwächeren sozialen Stellung bei konventionellen Formen der Bürgerbeteiligung wie Wahlen oft am schlechtesten vertreten sind (Gaxie 1978). Es ist daher wichtig, diese Gruppen verstärkt in die Praxis der partizipativen Demokratie einzubeziehen, zumal diese darauf abzielt, die Vielfalt möglicher Lösungsansätze zu erforschen: Da die genannten Gruppen selten die Gelegenheit haben, ihrer Stimme in der Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen, werden die Ansichten dieser Gruppen in politischen Debatten kaum berücksichtigt, was ihre Unterordnung und soziale Ausgrenzung noch verstärkt.

In der Praxis erfüllen sich die Verheißungen des Losverfahrens jedoch nicht immer. Um noch einmal auf das Beispiel des Bezirks Marzahn-Hellersdorf zurückzukommen: Junge Menschen, die untere Gesellschaftsschicht und Ausländer blieben in den Berliner Bürgerjürs untervertreten. Beim Bürgerhaushalt hingegen, der im Bezirk Marzahn-Hellersdorf zwischen 2005 und 2006 eingesetzt wurde, waren junge Menschen und untere Gesellschaftsschichten stärker repräsentiert. Dieses zweite Projekt zielte darauf ab, die Quartierbevölkerung in die Aufstellung des Bezirkshaushalts einzubeziehen. Es wurde in drei Pilotstadtteilen durchgeführt, die aufgrund ihrer sozio-demografischen Unterschiede ausgewählt wurden. Der Stadtteil Marzahn Nord (22.560 Einwohner) ist eine Großsiedlung mit Plattenbauten, die in ein Programm des Bundes zur Bekämpfung der Folgen sozialer und räumlicher Segregation ein-

gebunden ist; der Stadtteil Hellersdorf Süd (24.333 Einwohner) ist eine Großsiedlung mit Plattenbauten, deren soziale Lage stabiler ist als in Marzahn Nord; und der Stadtteil Biesdorf (24.051 Einwohner) ist ein Kleinsiedlungsgebiet mit Einfamilienhäusern, in dem eine Mittelklassebevölkerung lebt. In jedem der drei Stadtteile organisierten die Sozialzentren, die mit den Sozialeinrichtungen des Bezirks unter Vertrag stehen, Arbeitsgruppen, die sich in einem Zeitraum von drei Monaten etwa zehn Mal trafen. Die Investitionsvorschläge der Arbeitsgruppen wurden dann von der Bezirksverordnetenversammlung im Hinblick auf die Umsetzbarkeit und die Zuteilung eines Zuständigkeitsbereichs geprüft, damit sie anschließend in den Stadthaushalt eingeplant werden konnten. Der Erfolg dieser Maßnahme hinsichtlich der Mobilisierung von jungen Menschen und Vertretern der unteren Gesellschaftsschichten lässt sich hauptsächlich auf die Gruppenarbeitsmethode zurückführen, die es diesen Personen ermöglichte, sich vor ihresgleichen auszudrücken (Cuny 2009). Die für die Präsenz und die effektive Ausdrucksmöglichkeit marginalisierter Gruppen erforderlichen sozialen Ressourcen dürfen folglich im Rahmen partizipatorischer Maßnahmen nicht vernachlässigt werden. Die Methode der Arbeit in kleinen Gruppen, die im Rahmen der Sozialarbeit bereits erprobt wurde, kann durch weitere aus demselben Interventionsbereich oder aus der Urbanistik stammende Methoden ergänzt werden: etwa durch Theaterforen, durch gemeinwesenorientierte Planungsmethoden (Planning for Real, Open Space, Charrette) oder durch Film- oder Fotospaziergänge. Es ist anzufügen, dass Mitglie-

dern der Berliner Bürgerjürs eine Entschädigung (ein paar Dutzend Euro) bezahlt wurde und dass eine Kinderbetreuung zur Verfügung stand: Solche Maßnahmen sind manchmal notwendig, um die Beteiligten für die finanzielle Belastung zu entschädigen, die eine regelmäßige Beteiligung über mehrere Monate hinweg für weniger wohlhabende Haushalte mit sich bringen kann.

Zum heutigen Zeitpunkt kann aufgrund der Erfahrung mit den verschiedenen Projekten festgehalten werden, dass die Prinzipien der Zusammenstellung und der Rekrutierung der Öffentlichkeit an den jeweiligen Kontext angepasst werden müssen. Aus den oben aufgeführten Beispielen lassen sich jedoch eine Reihe neuer allgemeiner Ideen ableiten. Das Quotenprinzip stellt eine gewisse soziale Vielfalt unter den Beteiligten sicher. Diese ist erforderlich zur Verbesserung Kapazität der Bürger/innen ihren Interessen Gehör zu verschaffen, ihre Positionen und Auffassungen neu zu bestimmen um das Gemeinwohl zu finden, soziale Probleme zu lösen, oder die verschiedenen Aspekte eines technischen Problems zu beleuchten. Eine Mehrheitsverteilung oder eine paritätische Verteilung gilt es zu vermeiden, damit die Debatten nicht polarisiert werden. Und schließlich müssen die Auswahlkriterien so festgelegt werden, dass die Repräsentation von im Rahmen konventioneller Beteiligungsformen marginalisierten Gruppen gefördert wird. In dieser Hinsicht könnte auch eine Mischung der Rekrutierungsarten (Losverfahren, Aufruf zur ehrenamtlichen Tätigkeit, Abordnung, Ko-optation usw.) und der Beteiligungsmethoden (Online-Beteiligung, Arbeit in kleinen

Gruppen, Fotospaziergänge, Planning for Real, etc.) von Interesse sein.

Bacqué, Marie-Hélène, Rey, Henri und Sintomer, Yves (Hrsg.) (2005) *Gestion de proximité et démocratie participative. Perspectives comparatives*. Paris : La Découverte.

Bacqué, Marie-Hélène und Sintomer, Yves (Hrsg.) (2010) *La démocratie participative inachevée. Genèse, adaptations et diffusion*. Paris/ Gap : Adels/Yves Michel.

Bacqué, Marie-Hélène und Sintomer, Yves (Hrsg.) (2011) *La démocratie participative. Histoire et généalogie*.

Blondiaux, Loïc und Sintomer, Yves (Hrsg.) (2002) *L'impératif délibératif*. Politix, Bd. 15, Nr. 57, S. 17–35.

Callon, Michel, Lascoumes, Pierre und Barthe, Yannick (2001) *Agir dans un monde incertain. Essai sur la démocratie technique*. Paris : Seuil.

Cuny, Cécile (2009) *Appropriation de l'espace et prise de parole. Enquête socio-ethnographique sur la participation des habitants dans un grand ensemble de Berlin-Est*, Thèse de doctorat en sociologie Université Paris 8/ Université Humboldt de Berlin.

Cuny, Cécile und Herzberg, Carsten (2007) *Herausforderung der technischen Demokratie: Bürgerhaushalt und die Mobilisierung von Bürgerwissen. Eine Untersuchung von Beispielen in der Region ‚Berlin-Brandenburg‘*. Berlin/Paris: Hans-Böckler-Stiftung/ Centre Marc Bloch / PICRI IdF.

Gaxie, Daniel (1978) *Le cens caché. Inégalités culturelles et ségrégation politique*. Paris : Seuil.

Koehl, Éléonore und Sintomer, Yves (2003) *Les jurys citoyens berlinois*, Berlin/ Paris, Centre Marc Bloch/ DIV.

Habermas, Jürgen (1997) [1992] *Droit et démocratie*. Paris : Gallimard.

Herzberg, Carsten (2009) *Von der Bürger- zur Solidarkommune. Lokale Demokratie in Zeiten der Globalisierung*. Hamburg: VSA Verlag.

Le Galès, Patrick (2003) *Le retour des villes européennes. Sociétés urbaines, mondialisation, gouvernement et gouvernance*. Paris : Presses de Sciences Po.

Röcke, Anja (2005) *Losverfahren und Demokratie. Historische und demokratietheoretische Perspektiven*. Münster: LIT Verlag.

Röcke, Anja (2009) *Democratic Innovation through Ideas? Participatory Budgeting and Frames of Citizen Participation in France, Germany and Great Britain*, Thèse de doctorat en science sociales et politiques, Florence, Institut universitaire européen.

Scharpf, Fritz (1997) *Games Real Actors Play: Actor-Centered Institutionalism in Policy Research*. Boulder: Westview Press.

Sintomer, Yves, Herzberg, Carsten und Röcke, Anja (2008) *Des services publics au service du public. Les budgets participatifs en Europe*. Paris : La Découverte.

Sintomer, Yves (2007) *Le pouvoir au peuple. Jurys citoyens, tirage au sort et démocratie participative*. Paris : La Découverte.

Topçu, Sezin, Cuny, Cécile und Serrano-Velarde, Kathia (Hrsg.) (2008) *Savoirs en débat. Perspectives franco-allemandes*. Paris : L'harmattan.

Nachhaltige Energiepolitik und gesellschaftliche Akzeptanz in den neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union

MAREK MUISTE, Regionale Energieagentur Tartu, und HECTOR PAGAN, Institut für Regierung und Politik, Universität Tartu

In diesem Kapitel sollen die Defizite des gesellschaftlichen Zusammenhalts in den neuen EU-Mitgliedstaaten analysiert werden. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den Problemen im Zusammenhang mit der Entwicklung eines nachhaltigen Energiesektors sowie der Übernahme einer Führungsrolle im Energiebereich. Schwacher sozialer Zusammenhalt innerhalb der Gemeinschaft verschärft die bereits problematische Lage der nachhaltigen Entwicklung und erschwert zusätzlich die Erreichung der Ziele. Das Modell der Energieagentur, die als Indikator für die Dynamik des lokalen Energiebereichs gilt, kann in diesem Zusammenhang hilfreich für die gesellschaftliche Akzeptanz und erfolgreiche Bemühungen im Bereich nachhaltiger Energieentwicklung sein.

Der Stadtplanungsingenieur von Tartu (Estland) begann einen Vortrag mit den Worten „Wir kommen aus einem tiefen schwarzen Loch“, womit er auf die Bedingungen während der Sowjetzeit anspielte. Nachfolgend beschrieb er die Fortschritte der nachhaltigen Stadtplanung und thematisierte die im Rahmen des Plans für nachhaltige städtische Verkehrsplanung (Sustainable Urban Transport Plan, SUTP) unternommenen Anstrengungen. Nach zwei Jahren Arbeit konnte der Plan voll-

endet und dem Stadtrat zur Zustimmung übergeben werden. Dieser reagierte mit Kritik auf das Dokument und beschloss schließlich die Ablehnung des SUTP mit dem Argument, es fehle an der nötigen politischen Unterstützung. Als Folge verkündete die Stadtregierung, den SUTP in Tartu nicht weiterverfolgen zu wollen.

Dieser Vorfall klingt altvertraut, insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten. Er veranschaulicht eine Lektion, die auch Westeuropa lernen musste: dass Planungs- politik und -entscheidungen vielleicht mehr als alle anderen Bereiche der öffentlichen Politik (mit Ausnahme der Steuerpolitik) stark von politischen und gesellschaftlichen Ansichten abhängen.

Die Stadt Tartu hat große Anstrengungen im Hinblick auf eine nachhaltige Verkehrsplanung unternommen. Gemäß EU-Standards handelt es sich um eine relativ nachhaltige Stadt: Über 60 Prozent aller Verkehrswege werden zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt (ungefähr derselbe Prozentsatz wie in Kopenhagen, der inoffiziellen Fahrradhauptstadt), und die mit dem Auto zurückgelegten Strecken liegen deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die Gründe hierfür sind allerdings nicht in ei-

ner bewussten Umstellung des Lebensstils oder einer effizient koordinierten Planung zu finden, sondern eher auf geschichtlich bedingte sozioökonomische Faktoren zurückzuführen (z. B. dass viele Familien sich kein Auto leisten können). Um darüber hinausgehend eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen, bedarf es eines strategischeren Kooperationsansatzes.

Obleich die Bereitschaft besteht, ein höheres Ausmaß an Nachhaltigkeit anzustreben und die nötige technische Kompetenz sowie andere Ressourcen vorhanden sind, fehlt wie in den meisten anderen mittel- und osteuropäischen Staaten (MOES) eine Bündelung der auf die verschiedenen Institutionen unterschiedlicher Ebenen (lokal, national, regional und EU) verteilten Fachkompetenzen und Ressourcen. Aufgrund der besonderen Bandbreite und des Umfangs von nachhaltigen Planungsprozessen, die die Mitwirkung zahlreicher Vertreter aus dem öffentlichen, privaten, intermediären sowie dem Finanzsektor erforderlich machen, ist zur Sicherstellung wirksamer Ergebnisse eine enge Zusammenarbeit Voraussetzung.

Die Zusammenfügung aller Bausteine wird in den neuen Mitgliedsländern durch die fehlende Verständigung und das herrschende Misstrauen zwischen Entscheidungsträgern, Fachleuten und Bürgern zusätzlich erschwert. Zahlreiche Studien zeigen in den ehemals sowjetischen Zivilgesellschaften ein gering ausgebildetes Vertrauen. Laut dem Eurobarometer aus dem Jahre 2010 ist das Vertrauen gegenüber kleinen und mittelständischen Unter-

nehmen (KMU) in anderen Teilen Europas doppelt so stark ausgebildet (66 Prozent) wie etwa in Bulgarien (34 Prozent) und Rumänien (33 Prozent).

In Estland ist die Korruption im öffentlichen Sektor relativ gesehen von geringerer Bedeutung, zudem ist das Land ethnisch und kulturell homogener als andere der neuen Mitgliedsländer. Nichtsdestotrotz handelt es sich aber auch hier um einen wichtigen (und schwierigen) Aspekt. Die fehlende Erfahrung im Eingehen von Kooperationen offenbart sich in vielerlei Hinsicht und wird z. B. im Widerstreben deutlich, das die lokalen Behörden, Privatunternehmen und NGOs gegenüber der Beratung durch lokale Fachleute bei der Suche nach Lösungsansätzen zeigen. Einer jüngeren Studie zufolge, die die estnischen Ministerien untersuchte, gaben lediglich 34 Prozent der Befragten an, sich bei der Ausführung ihrer Arbeit durch Fachleute beraten zu lassen. Das niedrige Vertrauen in den öffentlichen Sektor wiederum führt zu politischen Prozessen, die sich nachteilig auf die Beteiligung der Öffentlichkeit auswirken und es somit für den Staat schwerer machen, Einfluss auf den Lebensstil und die Konsumgewohnheiten seiner Bürger zu nehmen.

Spezifisch auf das Themengebiet der nachhaltigen Energien bezogen, ist eine Kenngröße zur Bewertung des Ausmaßes staatlicher Zusammenarbeit die Anzahl von erfolgreichen internationalen Kooperationsprojekten, an dem das Land beteiligt ist. Ein wichtiger Indikator könnte die Beteiligung am Programm „Intelligent

Energy Europe“ (IEE) sein, das gezielt Fördermaßnahmen im Bereich nachhaltiger Energien und Verkehrsplanung finanziert. Eine geringe Beteiligung könnte auf Informations- und Vertrauensdefizite im Hinblick auf das Programm und die von ihm geförderten Maßnahmen hindeuten.

Country code	No. of energy agencies	No. of active IEE projects 2005–2011 (567 total)
EE	1	48 (1 with local leader)
LV	2	55
CY	2	18
LT	2	55
HU	4	91

Ländervergleich IEE-geförderter Projekte in Osteuropa, eigene Darstellung.

Zwischen 2005 und 2011 wurden im Rahmen des IEE-Programms insgesamt 567 Projekte finanziert. Lediglich an 48 dieser Projekte waren estnische Kooperationspartner beteiligt, und bei nur einem davon kam der führende Projektpartner aus Estland. Dabei handelte es sich um das Projekt zur Finanzierung der Regionalen Energieagentur von Tartu.

Obwohl diese Probleme typisch für neue Mitgliedstaaten sind, reagieren Länder mit einer langen demokratischen Tradition und einer aktiven Zivilgesellschaft oft mit Unverständnis. Abgesehen von den Problemen, auf welche die Entwicklung eines nachhaltigen Energiesektors überall auf der Welt stößt, ist in neuen Mitgliedsländern wie Estland, Lettland, Litauen, Ungarn und Zypern ein ganz eigenes Problemgemenge zu beobachten, das eine nachhaltige Entwicklung hemmen und letztlich verhindern kann.

Ein Weg zur Vertrauensbildung in diesem spezifischen Bereich ist die Förderung einer leistungsfähigen Kooperation durch die Übernahme einer Führungsrolle im Energiebereich. Die lokale Führungsrolle

im Energiebereich kann wiederum gezielt durch die Bildung von Energieagenturen gestärkt werden. Da die Maßnahmen der internationalen Energie- und Klimapolitik meist auf lokaler Ebene umgesetzt werden, ist die Schaffung von Energieagenturen eine der wichtigsten Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft für eine nachhaltige Entwicklung im Energiebereich. Seit mehr als zwei Jahrzehnten unterstützt die Europäische Kommission die Entwicklung von Energieagenturen durch die Exekutivagentur für Wettbewerb und Innovation (Executive Agency for Competitiveness and Innovation EACI), die für das IEE-Programm verantwortlich ist. Die EACI unterstützt die nachhaltige Entwicklung im Energie- und Verkehrsbereich durch die Beratung von staatlichen Institutionen und Bürgern auf lokaler Ebene sowie durch die Vermittlung von politischen Maßnahmen der Europäischen Kommission. Energieagenturen können so zu einem wesentlichen Bestandteil der kommunalen Entwicklung werden.

Der auf Energieagenturen beruhende Ansatz erfreut sich großer Beliebtheit: Gegenwärtig gibt es in ganz Europa über 422 Energieagenturen. Ein Blick auf die geographische Verteilung der Energieagenturen in der EU macht deutlich, dass ihre



Karte der Energieagenturen in einigen neuen Mitgliedsstaaten der EU, www.managenergy.net.

Verteilungsdichte in den neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten deutlich hinterherhinkt. So befinden sich in den 12 seit 2004 der EU beigetretenen Ländern lediglich 73 Agenturen, was 17 Prozent der Gesamtzahl entspricht. Das sind 12 weniger als allein in Italien und Spanien, die eine vergleichbare Bevölkerungszahl aufweisen. Finnland und Schweden verfügen über 28 Energieagenturen bei einer Einwohnerzahl von weniger als 16 Millionen – einem Sechstel der Bevölkerung in den neuen Mitgliedstaaten. Allein in Deutschland finden sich 63 Agenturen bei einer Bevölkerung, die um 20 Millionen unter der Gesamtbevölkerung der neuen Mit-

gliedstaaten liegt. In Estland hingegen gibt es nur eine einzige Energieagentur.

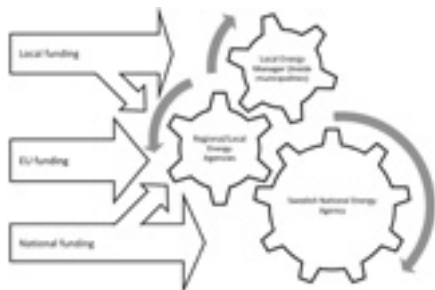
In Regionen, in denen Energieagenturen gegründet wurden, können diese dank einer lokalen Führungsrolle im Energiebereich neue Möglichkeiten für die Entwicklung von nachhaltigen Energien schaffen. Im Idealfall bilden die Energieagenturen das Rückgrat der regionalen Energieentwicklung und unterstützen die Gemeinschaft auf vielfältige Weise. Insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten konnte beobachtet werden, dass Energieagenturen eine zentrale Vermittlungsfunktion übernehmen und dabei helfen, das fehlende Vertrauen zu überwinden sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

- **Vorteile für den öffentlichen Sektor:** Energieagenturen sind kostengünstige Quellen unabhängiger Sachkenntnis.
- **Vorteile für die Öffentlichkeit:** Als NGOs verfügen Energieagenturen über größere Flexibilität und Freiheit in der Vermittlung von wichtigen Themen an die Öffentlichkeit. Ihre Unabhängigkeit vom Staat und anderen Institutionen macht es leichter, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.
- **Vorteile für die Unternehmenswelt:** Energieagenturen können Expertenwissen für spezifische Bereiche zur Verfügung stellen, ermöglichen Unternehmen so den Zugang zu Kapital und neuen Märkten und helfen ihnen, Kosten zu senken und einen Wettbewerbsvorteil zu erlangen.

- **Vorteile für die Medien:** Energieagenturen liefern und vermitteln allgemeine Informationen über Themen wie den Klimawandel und die Energiepolitik der EU.
- **Vorteile für den Finanzsektor:** Energieagenturen bieten Machbarkeitsanalysen für Energie-Investitionen.

In anderen Worten: Leistungsfähige Energieagenturen fungieren als „Übersetzer“, die den Unternehmen die Sprache der Finanzwelt vermitteln und den Verbrauchern die Sprache der Energieeffizienz und des Klimawandels. Damit bieten sie den Kommunen die Chance, durch einen gut geführten Energiesektor Mehrwert zu generieren.

Leider jedoch tritt dieser Idealfall in der Praxis selten ein. Insbesondere in den



Das schwedische Modell der Energieagenturen (vereinfacht), eigene Darstellung.

neuen Mitgliedstaaten mit geringer zivilgesellschaftlicher Erfahrung und schwach ausgeprägtem Vertrauen in den Staat ist die Einführung von regionalen Kooperationen nicht einfach. Ein Grund für die man-

gelnde Kooperation liegt in der fehlenden Gewissheit über die Beständigkeit der Energieagenturen. Ihre kurze Lebensdauer (die garantierte Förderung beschränkt sich auf drei Jahre) stellt ein Problem in einer Gesellschaft dar, in der Vertrauen mühselig erarbeitet werden muss und wie überall auf der Welt Zeit braucht, sich zu entwickeln.

Angesichts dieser Schwierigkeiten haben einige der älteren Mitgliedstaaten eine Reihe von Strategien zur Unterstützung des Energiemanagements entwickelt. In Schweden entrichtet zum Beispiel jede Gemeinde in Abhängigkeit von ihrer Einwohnerzahl eine bestimmte Summe für das Energiemanagement. In den neuen Mitgliedstaaten fehlen solche Kooperations- und Unterstützungsmodelle bislang.

Es gibt zahlreiche Gründe für das gute Abschneiden der älteren Mitgliedsländer im Vergleich zu den neuen. Nicht zuletzt kommt zum Tragen, dass Erstere bereits Erfahrung in der aktiven Ausübung sowie der Unterstützung einer Führungsrolle im Energiebereich sammeln konnten, dass sie über mehr Ressourcen verfügen und dass sie den Vorteil einer längeren Geschichte von gesunden Zivilgesellschaften haben, in denen die Beziehungen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor generell besser entwickelt sind.

Als die Stadt Tartu sowie der Wissenschaftspark Tartu die Initiative zur Entwicklung der Regionalen Energieagentur Tartu (Tartu Regional Energy Agency, TREA) ergriffen, stellten sie fest, dass die Bündelung von

Fachkompetenzen in einer einzigen Organisation trotz der vielen Vorteile nicht den gewünschten maximalen Nutzen für die regionale Energieentwicklung generierte. Ein Besuch anderer Energieagenturen in ganz Europa verdeutlichte zwei wichtige Faktoren im Hinblick auf das Energiemanagement in den neuen Mitgliedstaaten: Das erste Problem, die schwache Entwicklung des Marktsegments für eine erfolgreiche Führungsrolle im Energiebereich, betrifft auch andere Länder, ist aber in den neuen Mitgliedstaaten besonders stark ausgeprägt. Zweitens wurde festgestellt, dass

Country	2005 RES	2020 RES Target
Estonia	18%	25%
Latvia	34,9%	42%
Cyprus	2,9%	13%
Lithuania	12% (2010)	23%
Hungary	4,3%	13%

Zielsetzungen für den Anteil erneuerbarer Energien in den neuen Mitgliedsstaaten, eigene Darstellung.

nicht nur der Marktzugang Schwierigkeiten birgt, sondern es ebenso problematisch ist, sich auf dem Markt zu halten. Als Folge waren die Energieagenturen in den neuen Mitgliedstaaten kurzfristig weniger erfolgreich bei der Förderung nachhaltiger Strategien, und für entsprechende Ergebnisse benötigen sie größere Anstrengungen und einen höheren Ressourcenaufwand.

Es sollte zu den strategischen Zielen der Europäischen Kommission gehören, die langfristige Nachhaltigkeit der regionalen Energieagenturen in den neuen Mitgliedstaaten zu stärken. Dies würde den neuen Mitgliedstaaten dabei helfen, das Vertrauen der Bürger zu erhöhen und intensivere

Kooperationsbeziehungen mit wichtigen Akteuren des Energiesektors einzugehen, wie etwa mit lokalen Verwaltungen, Zivilorganisationen, Privatunternehmen, dem Finanzsektor sowie anderen Agenturen des Versorgungsektors.

Als Ergebnis dieser intensiveren Beziehungen könnten die beteiligten Gemeinschaften ihre langfristig gesteckten Umweltziele erreichen, zum Beispiel die Anhebung des Anteils von erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch, wie unten dargestellt.

Es sollte außerdem ein strategisches Ziel der Europäischen Kommission sein, die Anzahl der erfolgreichen und nachhaltigen regionalen Energieagenturen in den neuen Mitgliedsländern zu erhöhen. Dies könnte durch

Qualifikationsprogramme und/oder Leitfäden zu leistungsfähigen Kooperationsstrategien geschehen, damit sich die Lernkurve neuer regionaler Energieagenturen deutlich verkürzt. Weitere Kommunikationsstrategien können die Bildung eines Rückmeldungssystems beinhalten, über das die spezifischen Umstände der neuen Mitgliedstaaten (sowie ihre besonderen Probleme) der Europäischen Kommission mitgeteilt werden. So würden nicht nur wertvolle Daten erhoben, sondern es würde auch eine wichtige Kontaktinstanz entstehen. All dies ist jedoch nur von Nutzen, wenn die Vorteile einer guten Kommunikation von allen Akteuren ernst genommen werden.

Erfolgreiche Umsetzung der Aarhus-Konvention auf lokaler Ebene? Eine Analyse der UVP, SUP und der Flächennutzungsplanung in der Tschechischen Republik

ZUZANA DRHOVÁ

Zentrum für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften,
Karls-Universität Prag

Die Diskussion über Bürgerbeteiligung und ihre Ausgestaltung in der Landes- und Regionalpolitik wird in der Tschechischen Republik seit vielen Jahren geführt. Der Schutz der für die Bürgerbeteiligung maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften gehört zu den Hauptthemen, auf die sich die Lobbyarbeit von Nichtregierungsorganisationen aus dem Umweltbereich konzentriert.

Die folgenden wichtigen Gesetze sind maßgeblich für das Recht der Öffentlichkeit zur Mitbestimmung bei Umweltthemen: das Natur- und Landschaftsschutzgesetz (1991) sowie das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (1992). Diese Gesetze können als Konsequenz der post-revolutionären Stimmung des späten zwanzigsten Jahrhunderts gewertet werden, als der Umweltschutz ein drängendes Anliegen der Bürger war und die Politiker Bereitschaft zeigten, für mehr Bürgerbeteiligung in Entscheidungsfindungsprozessen zu stimmen.

Gründe für Bürgerbeteiligung

Bei der Bürgerbeteiligung in Umweltfragen handelt es sich um ein politisches Thema im Rahmen der Agenda 21 (UNCED 1992), in der es heißt: „Eine der Grundvoraussetzungen für die Erzielung einer nachhaltigen Entwicklung ist die umfassende

Beteiligung der Öffentlichkeit an der Entscheidungsfindung. Darüber hinaus hat sich im spezifischeren umwelt- und entwicklungspolitischen Zusammenhang die Notwendigkeit neuer Formen der Partizipation ergeben.“

Die Vorteile und Argumente für die Bürgerbeteiligung im Rahmen der Entscheidungsfindung können wie folgt zusammengefasst werden (Connely 2002):

- Nutzung von örtlicher Sachkenntnis
- Notwendigkeit einer öffentlichen Definition von „Lebensqualität“ sowie einer Einbindung der Bürger in die Zielsetzung
- Größere Legitimität von Entscheidungen durch Einbindung der Öffentlichkeit
- Die Subjektivität und wertorientierte Natur wissenschaftlicher Beiträge muss untersucht werden, und durch andere Werte und Erkenntnisse muss ein Gegengewicht geschaffen werden
- Aufgrund der politischen und wertorientierten Natur der anstehenden Entscheidungen bedarf es der Beteiligung der Öffentlichkeit

- Nutzung der demokratischen Rechenschaftspflicht zum Schutz von öffentlichen Interessen
- Aufklärung der Öffentlichkeit über Themen im Bereich Nachhaltigkeit
- Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft

Formen der Bürgerbeteiligung in der Tschechischen Republik

Die Bürgerbeteiligung kennt verschiedene Ausprägungen je nach Ausmaß der öffentlichen Einbindung. Hier kann zwischen drei Ebenen unterschieden werden: a) Information, b) Befragung und c) partnerschaftliche Einbindung in Entscheidungsfindungsprozesse. Die Erfahrungen in der Tschechischen Republik lassen zwei maßgebliche Elemente erkennen, die Einfluss auf die Ausprägung der Bürgerbeteiligung nehmen: Im Rahmen der Aarhus-Konvention lag der Schwerpunkt auf einer Information der Öffentlichkeit über ihr Recht auf Information, auf Beteiligung (in frühen Phasen der Entscheidungsfindung) sowie auf Gerechtigkeit in Bezug auf Umweltthemen, hauptsächlich durch eine entsprechende Gesetzgebung sowie die Einrichtung von verbindlichen Verfahren im Rahmen der Entscheidungsfindungsprozesse. In diesem Zusammenhang kann die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) genannt werden.

Ein neues Feld für öffentliches Engagement wurde 2006 mit dem Erlass des Baugesetzes sowie seiner Anwendung im Bereich der Flächennutzung eingeführt. Hierdurch

wurden Bürgerkonsultationen sowie öffentliche Anhörungen zu einem obligatorischen Teil des Planungsverfahrens.

Bei dem zweiten Element handelt es sich um die Bewegung der Lokalen Agenda 21. Sie konzentriert sich auf die beteiligende Strategieplanung auf lokaler Ebene, die methodisch durch den Umweltminister koordiniert wird und je nach den lokalen Bedingungen verschiedene Ausmaße von Bürgerbeteiligung ermöglicht.

Wie wird die Aarhus-Konvention in der Tschechischen Republik umgesetzt?

Jeder Bürger hat nach der geltenden tschechischen Rechtslage – Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), Strategische Umweltprüfung (SUP) und Baugesetzbuch (2006) – das Recht auf Information und Anhörung. Zugang zu den Gerichten in Umweltangelegenheiten haben jedoch laut Natur- und Landschaftsschutzgesetz sowie Wasserschutzgesetz nur NGOs und nach dem Baugesetzbuch zudem die bevollmächtigten Vertreter der Öffentlichkeit. Die tschechischen NGOs folgen der Aarhus-Konvention und wenden deren Prinzipien an, um langfristige Interessen zu schützen. Die NGOs waren im Vorfeld an der Formulierung der Konvention beteiligt und nahmen auch am Ratifizierungsprozess teil; und in den wenigen Jahren seit der Ratifizierung der Konvention haben sie den Umsetzungsprozess analysiert. Der Green Circle-Bericht zum Stand der Umsetzung der Aarhus-Konvention in der Tschechischen Republik (Green Circle 2008)

deckt punktgenau die Schwächen dieses Prozesses auf, indem er den Blick auf die Bürgerbeteiligung gemäß Artikel 6 und 7 (Zugang zu Entscheidungsverfahren nach dem Natur- und Landschaftsschutzgesetz, beratende Maßnahmen nach den UVP-/SUP-Gesetzen) lenkt:

Artikel 6: Die Entscheidungsfindung bei besonderen Eingriffen ist die häufigste und auch die traditionellste Art der Öffentlichkeitsbeteiligung. In der Praxis geht es hier um die Entscheidungsfindung bei speziellen Eingriffen, die möglicherweise eine besonders erhebliche Auswirkung auf die Umwelt haben, z. B. Bebauungspläne, Hochhäuser, Projekte für größere Anlagen oder die Marktzulassung von Produkten. Die wichtigsten Bereiche mit unzureichender Umsetzung sind folgende:

- Die fehlende Definition des Begriffs „Öffentlichkeit“ nach der Aarhus-Konvention. Diese Tatsache hat schwerwiegende Folgen – die Gruppe der Berechtigten ist viel kleiner, als es die Aarhus-Konvention vorschreibt. Das heißt, nur zivilrechtliche Organisationen können an den Verfahren teilnehmen, nicht jedoch die unorganisierte Öffentlichkeit. (Nichtsdestotrotz haben auch zivilrechtliche Organisationen Schwierigkeiten sowohl beim Zugang zum Rechtsschutz als auch bei der juristischen Überprüfung von Entscheidungen, und das mindert per se den Einfluss der Öffentlichkeitsbeteiligung).
- Der Dialog mit der Verwaltung findet meist von Person zu Person am Behördenhalter oder Schreibtisch statt.

Dies könnte die Ursache für die niedrige Bürgerbeteiligung an den Verfahren sein. Unzureichend sind auch der direkte Kontakt, die Sitzungstermine und die Art der Veröffentlichung von Informationen.

Artikel 7: Entscheidungsfindung in Bezug auf Pläne, Programme und Richtlinien. Auf diesem Gebiet sind in der Tschechischen Republik im Gegensatz zu den Entscheidungsprozessen bei besonderen Eingriffen die Rechte und Pflichten weniger genau definiert. Unzulänglichkeiten in der Praxis ergeben sich insbesondere in folgenden Bereichen:

- Ungeeignete Wege der Information der Öffentlichkeit; mangelnde direkte Ansprache wie etwa durch die Lokalpresse
- Schlechte Zusammenstellung und mangelhafte Abklärung der von den Bürgern erhobenen Einwände (etwa durch den Verzicht auf die Ernennung eines Verantwortlichen für die Abklärung dieser Einwände)
- Geringes öffentliches Interesse am Verlauf der SUP-Beteiligung
- Ungünstige Termine für öffentliche Anhörungen: Die Zeiten entsprechen eher den Wünschen der Beamten als denen der Öffentlichkeit (z. B. am Vormittag eines Werktags)
- Die SUP-Ergebnisse sind zu kompliziert – eine Zusammenfassung der Schlussfolgerungen aus den Qualitätsprüfungen fehlt

- Unzureichende Information über SUP-Prozesse und über die Planung unter Beteiligung von Experten und dem Laienpublikum
- Unzureichendes Wissen um Methoden der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der öffentlichen Verwaltung (unprofessionelles Vorgehen)
- Unzureichende Ermittlung der betroffenen Öffentlichkeit
- Mangel an Informationen über die Vorteile der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungsprozessen

Unter welchen Umständen ist Bürgerbeteiligung wirkungsvoll?

Beratungsverfahren und öffentliche Anhörungen sind die am häufigsten angewandten Formen der Bürgerbeteiligung in Entscheidungsprozessen. Sie sind obligatorischer Bestandteil der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP), der Strategischen Umweltprüfung (SUP) und von Verfahren der Flächennutzungsplanung. Wie im NGO-Bericht (Green Circle 2008) aufgezeigt, fiel die Beteiligung der Bevölkerung (nicht von Nichtregierungsorganisationen) bei Beratungsverfahren und in öffentlichen Anhörungen gering aus. Man muss sich fragen, warum dies der Fall ist. Doch zur Beantwortung der Frage „Warum fällt die Bürgerbeteiligung gering aus?“ muss man zunächst allgemeiner fragen: „Warum sollten sich die Bürger beteiligen?“ oder „Was motiviert oder demotiviert die Bürger, sich aktiv zu beteiligen?“

Öffentliche Anhörungen werden üblicherweise durchgeführt, um den Bürger zu informieren und ihm die Möglichkeit zu geben, sich zu den zu prüfenden Vorhaben oder Konzepten zu äußern. Man kann davon ausgehen, dass Menschen öffentliche Anhörungen besuchen, weil sie entweder neugierig sind oder weil sie sich eine ausgewogenere Betrachtungsweise, die beide Seiten einschließt, aneignen möchten. Möglich wäre es auch, dass sie in der Hoffnung anwesend sein wollen, die Politikgestaltung beeinflussen oder sich zu neuen, in der Diskussion befindlichen politischen Fragen äußern zu können.

Nach Arnstein (1969) reicht Bürgerbeteiligung von Kontrolle durch den Bürger bis hin zu offener Manipulation der Bürger/innen, und da die meisten öffentlichen Anhörungen zwischen diesen beiden Extremen liegen, können sie als informativ oder beratend betrachtet werden. Informative Treffen werden in erster Linie abgehalten, um den Zuhörern Informationen zur Verfügung zu stellen, wie etwa durch Fachvorträge. Beratende Treffen bedienen einerseits den Informationsbedarf, legen aber auch Wert auf die Beiträge der Bürger (McComas, Besley und Trumbo 2006). Die Fachliteratur zur Bürgermotivation weist zudem darauf hin, dass die Menschen öffentlichen Treffen mit konkreten Absichten und genau bezeichneten Ziel beiwohnen. Sie wägen den Aufwand ihrer Teilnahme (etwa bei der Arbeit zu fehlen) gegenüber dem Ertrag (z. B. Erhalt neuer Informationen) ab. Wenn der Aufwand den Ertrag übertrifft, fällt die Motivation für die Teilnahme geringer aus

(Whitely 1995). Die Motivation wird zudem dadurch beeinflusst, in welchem Maße sich die Menschen tatsächlich durch das Thema betroffen fühlen. Untersuchungen bestätigen, dass Menschen, denen ein konkretes Thema stärker am Herzen liegt, mit höherer Wahrscheinlichkeit öffentlichen Anhörungen zu diesem Thema beiwohnen. Neugier oder einfach nur der Wunsch zu hören, was Entscheider oder andere Bürger zu sagen haben, sind weitere Erklärungen für die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen (McComas 2003).

Die Erkenntnisse von McComas, Besley und Trumbo (2006) hinsichtlich der Motivation für die Teilnahme an öffentlichen kommunalen Anhörungen deuten darauf hin, dass die Mehrzahl der teilnehmenden Bürger den Kategorien „die Neugierigen“, „die Besorgten“ und „die Abkömmlichen“ zugeordnet werden kann. Die meisten Bürger, die nicht teilnehmen, gehören zu den „Uninformierten“, „Desinteressierten“, „Beschäftigten“ und „nicht Betroffenen“. Heberlein (1976) wertete die Motivationen der Bürger für die Teilnahme an öffentlichen Anhörungen zum Thema Umweltschutz aus und kam zu folgendem Schluss: „Eine Person, die glaubt, dass das Thema sie betreffen wird, die um den Zeitpunkt und den Ort der Anhörung weiß, die keinen konkurrierenden Verpflichtungen unterliegt, die sich selbst in einer verantwortungsvollen Rolle sieht und über das Vorhaben Bescheid weiß, wird, wenn sie auch noch der Meinung ist, dass ihre Anwesenheit etwas bewirkt ist, voraussichtlich einer Anhörung beiwohnen.“

Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung bei UVP-/ SUP-Verfahren

Zu Beantwortung der Frage, warum bei manchen öffentlichen Anhörungen die Teilnahme gering ist, können vier Aspekte untersucht werden:

1. Effektivität des UVP-/ SUP-Verfahrens
2. Wirksamkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung
3. Teilnehmerfreundliche Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger
4. Wissen der Öffentlichkeit über das Verfahren

Die Effektivität des Verfahrens

Die UVP-/SUP-Verfahren sollen die Umweltverträglichkeit von Entwürfen für Vorschriften oder Entwicklungsvorhaben prüfen, die wesentlichen Gefahren herausarbeiten und Maßnahmen zu ihrer Verringerung vorschlagen. Der Zweck einer UVP-/SUP-Sitzung besteht nicht darin festzustellen, ob die Politik oder das Projekt wegen allgemeiner, wirtschaftlicher, sozialer oder anderer Gründe positiv oder negativ wahrgenommen wird. Die Teilnehmer sind vielmehr eingeladen, ihre Meinung zum Einfluss der Politik oder des Projektes auf die Umwelt vorzutragen bzw. auf mögliche Konflikte mit den geltenden Gesetzen hinzuweisen. In öffentlichen Anhörungen können die Bürger mit dem Hinweis auf Umweltverträglichkeitsaspekte, die bisher nicht berücksichtigt wurden, Än-

derungen an den jeweiligen Einschätzungen verlangen oder neue Kennzahlen für die Messung der Umweltverträglichkeit vorschlagen. Das UVP-/SUP-Verfahren führt im Ergebnis zu einer Stellungnahme des Umweltministeriums; sie ist nicht rechtlich bindend und hat nur Empfehlungscharakter. Das bedeutet, dass öffentliche Anhörungen nicht organisiert werden, um die Vorschriften oder Projekte zu verbessern, sondern um den UVP-/SUP-Prozess zu optimieren, der ein eigenes Spezialgebiet darstellt, das Expertenwissen verlangt.

Die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsbeteiligung

Die entscheidenden Punkte, um den Bürger zu einer aktiven Teilnahme an den Beratungsverfahren zu motivieren, sind das Vertrauen der Öffentlichkeit in dieses Verfahren und dessen Fairness sowie die Überzeugung, dass der eigene Beitrag konkrete Ergebnisse zeitigen könnte. Sorgen um mögliche Auswirkungen auf die Lebensqualität oder Neugier auf die Art der Diskussion können bei informativen öffentlichen Anhörungen ebenfalls Anreize zur Beteiligung sein. Die Bürger erwarten neue Informationen, die interessant und verständlich dargestellt werden, und sie erwarten Raum für eine Diskussion, die die endgültige Entscheidung beeinflussen könnte. Aber es muss allen Beteiligten klar sein – der Öffentlichkeit, den Organisatoren und den Interessenvertretern –, was von den öffentlichen Anhörungen erwartet wird, und der Zweck der Bürgerbeteiligung muss bekannt sein. Wenn die Öffentlichkeit teilnimmt, um ihren Beitrag zu leisten, dann erwartet sie auch, dass ihre Einwände in den

Bericht einfließen. Falls nicht, fordert sie möglicherweise eine Erklärung dafür, warum ihre Beiträge nicht berücksichtigt wurden.

Teilnehmerfreundliche Verfahren

Damit die Bürger an der öffentlichen Anhörung teilnehmen können, müssen sie über Ort und Termin informiert werden. Wenn eine öffentliche Anhörung am Vormittag gehalten wird, obwohl man davon ausgehen muss, dass viele potenzielle Teilnehmer auf der Arbeit sind, ist keine starke Beteiligung zu erwarten. Im Gegenzug erhöht ein Veranstaltungsort in der Stadtmitte die Wahrscheinlichkeit, dass mehr Menschen teilnehmen. Es gibt noch andere wichtige Aspekte: Sind die Informationen, die zur Diskussion stehen oder für eine aktive Beteiligung an der öffentlichen Anhörung unerlässlich sind, online verfügbar oder über ein anderes Medium zugänglich? Außerdem muss berücksichtigt werden, ob die verfügbaren Informationen für die Mehrheit der Menschen verständlich sind und ob der Zweck der Bürgerbeteiligung sowohl den Teilnehmern als auch den Organisatoren klar ist. Hinzu kommen Fragen des zeitlichen Ablaufs, etwa wie viel Zeit die Öffentlichkeit braucht, um einen Überblick über die Diskussionsthemen zu erhalten; wurden die Informationen so frühzeitig verfügbar gemacht, dass man sich vor der Veranstaltung noch drei bis fünf Seiten durchlesen konnte? Sind die verfügbaren Informationen sehr technisch? Müssen technische Dokumentationen durchgearbeitet werden?

Auch zu welchem Zeitpunkt im Verfahren die Anhörung geplant wird, ist eine wichti-

ge Frage. Wenn die Versammlung im Frühstadium des Verfahrens stattfindet, dann ist die Diskussion allgemeiner und beschäftigt sich mit politischen Zielen, möglichen Umweltgefährdungen, Kennzahlen usw. Wenn die öffentliche Anhörung in einem späteren Stadium des Verfahrens beginnt (wie es in der Tschechischen Republik oft der Fall ist), dann sind eine gute Vorbereitung und Zugang zu Expertenwissen wichtig, weil die Diskussion wahrscheinlich fachlicher wird. Um einen sachkundigen Beitrag zu einer UVP-/SUP-Anhörung in der Tschechischen Republik leisten zu können, müssten die anwesenden Bürger das UVP-/SUP-Gesetzbuch kennen und im Vorhinein die gesamte Dokumentation durchgearbeitet haben, die ein paar hundert Seiten, inklusive technischer Daten, umfasst.

Wissen der Öffentlichkeit über das Verfahren

Für eine wirksame Beteiligung an UVP-/SUP-Verfahren (und die Erzielung von Ergebnissen) müssen die Teilnehmer wissen,

wie das System funktioniert und welche Art Beiträge von der Öffentlichkeit erwartet wird. In diesem Zusammenhang sollte auch klargestellt werden, dass nicht alle Beiträge wichtig für das Verfahren sind, denn Bürger, die ihre Funktion nicht kennen, haben auch keine realistischen Erwartungen und werden daher von der Teilnahme enttäuscht sein. Es reicht aus, wenn sie sich einmal oder zweimal derart von einer öffentlichen Anhörung enttäuscht fühlen: Dann stellen sie fest, dass solche Veranstaltungen Zeitverschwendung sind, und leisten zukünftigen Einladungen keine Folge mehr.

Untersuchungsergebnisse und Schlussfolgerung

Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategische Umweltprüfungen sind Expertenverfahren, und eine wirksame Beteiligung daran erfordert Fachwissen. Wenn Bürger oder gesellschaftliche Gruppen (NGOs) ihre Meinung zu Entwicklungsprojekten oder Richtlinienentwürfen äußern wollen, dann sind UVP-/SUP-Verfahren oft die einzige

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung	Anhörung in einer späteren Phase
<i>Die öffentliche Anhörung findet in einem frühen Stadium statt, bevor die Arbeit an dem UVP-/SUP-Dokument beginnt (Konzeptphase).</i>	<i>Die öffentliche Anhörung findet in einem späteren Stadium statt, wenn das UVP-/SUP-Dokument bereits fertig ist und der Öffentlichkeit vorgestellt wird.</i>
<i>Der methodische Ansatz des Bewertungsverfahrens kann diskutiert und gegebenenfalls verändert werden.</i>	<i>Der methodische Ansatz steht fest, er kann nur noch kritisiert werden.</i>
<i>Es ist nicht nötig, die UVP-/SUP-Dokumente durcharbeiten (meist reicht die Diskussion als solche zur Information aus), und nur konkrete Befürchtungen hinsichtlich möglicher Auswirkungen der Pläne sind von Bedeutung.</i>	<i>Es ist erforderlich, die SUP-Dokumente durcharbeiten, weil die Diskussion möglicherweise sehr fachspezifisch abläuft.</i>
<i>Es ist möglich, die Diskussion fortzusetzen, Ziele und Prioritäten zu verändern.</i>	<i>Die Dokumentation ist abgeschlossen, nichts kann mehr verändert werden.</i>
<i>Der Bürgerbeteiligungsplan, sein Zeitablauf und die Werkzeuge für das SUP-Verfahren können in Zusammenarbeit mit der Öffentlichkeit vorgestellt, erklärt und bei Bedarf verändert werden.</i>	<i>Das SUP-Verfahren ist beendet.</i>

Vergleich der Wirksamkeit von Anhörungen zu verschiedenen Zeitpunkten des UVP-/SUP-Verfahrens, eigene Darstellung.

Möglichkeit, dies zu tun; weil es aber diesen Einzelpersonen und Gruppierungen oft am Verständnis der genauen UVP-/SUP-Verfahrensschritte mangelt, haben sie das Gefühl, dass ihre Beiträge bei der öffentlichen Anhörung gar nicht zählen (z. B. weil ihre Beiträge nicht die Umweltfolgen betreffen oder zu allgemein gehalten sind). In manchen Fällen hingegen sind die Einwände der Öffentlichkeit tatsächlich von Bedeutung, beeinflussen aber die endgültige Entscheidung nicht, weil, wie oben erwähnt, die UVP-/SUP-Stellungnahmen nur Empfehlungscharakter haben. Wenn die Öffentlichkeit den Eindruck erhält, dass ihre Beiträge keine Wirkung haben, reagiert sie enttäuscht und demotiviert.

Der Zeitpunkt der öffentlichen Anhörung im Rahmen des Verfahrens ist ein weiterer wichtiger Punkt. In der Tabelle werden Unterschiede bei der Terminplanung – frühzeitige oder spätere Öffentlichkeitsbeteiligung am UVP-/SUP-Verfahren – verglichen. Dabei wird offensichtlich, dass eine Öffentlichkeitsbeteiligung in einem späteren Stadium des Verfahrens (wie es das tschechische Recht vorsieht) nicht wirksam sein kann. Öffentliche UVP-/SUP-Anhörungen haben in der tschechischen Republik nur einen informativen Charakter und sind eher für das UVP-/SUP-Verfahren als solches von Bedeutung, während der tatsächliche Inhalt der Umweltprüfungen in der Praxis nicht wirksam beeinflusst werden kann. Wie bei den derzeitigen Planungsverfahren für die Flächennutzung in Prag und anderen ähnlichen Prozessen in der tschechischen Republik haben die Organisatoren öffent-

licher Anhörungen (Beamte und UVP-/SUP-Arbeitsgruppen) keine klaren Vorstellungen darüber, was sie von der Öffentlichkeitsbeteiligung erwarten, und keine Vorstellung von deren möglichem Nutzen. Öffentliche Beratungen und Anhörungen werden als notwendige Erschwernisse angesehen, die gemäß den gültigen Rechtsvorschriften durchgeführt werden müssen. Die geringe Teilnahme und spärlichen Beiträge der tatsächlich anwesenden Personen wecken allgemeine Skepsis im Hinblick auf die Öffentlichkeitsbeteiligung in politischen Entscheidungsprozessen. Ausnahmen gibt es nur, wenn NGOs als Mittler zwischen der Öffentlichkeit, den Beamten und den UVP-/SUP-Experten fungieren. NGOs wie Arnica in Prag oder Veronica in Brno informieren die betroffenen Zielgruppen erfolgreich, indem sie ihnen die nötigen Hilfen für einen ersten Überblick über die Flächennutzungs- und SUP-Verfahren verschaffen und ihnen dann helfen, ihre Einwände einzureichen. Das Ergebnis dieses Vorgehens: tausende von öffentlichen Einwänden, davon 16.000 allein in Prag.

Diese Ergebnisse werfen neue Fragen auf: Sollte es ein formelles oder eher ein informelles Bürgerbeteiligungsverfahren geben? Und kann die schlechte Steuerung eines formellen Verfahrens die Öffentlichkeitsbeteiligung lähmen?

Insgesamt ist festzustellen, dass die Beratungen und die öffentlichen Anhörungen nicht die einzigen Instrumente der politischen Öffentlichkeitsbeteiligung sind. Das praktische Beispiel der Tschechischen Republik macht deutlich, dass eine mangel-

hafte Organisation der öffentlichen Anhörungen und Beratungen wenig Anreize für die Öffentlichkeit schafft, die sich folglich kaum einbringt. Es ist wichtig, dass die formellen Prozesse im Hinblick auf die Aarhus-Konvention laufend überprüft und verbessert werden, besonders im Zusammenhang mit UVP-/SUP- und Raumplanungsverfahren. So lässt sich sicherstellen, dass diese Verfahren wirksamer werden, dass öffentliche Anhörungen im Frühstadium der Entscheidungsfindung stattfinden, dass Beratungen zielorientierter werden und dass verständliche Informationen im Vorfeld verfügbar gemacht werden. Der Einsatz von NGOs und von Vertretern der Öffentlichkeit in Arbeitsgruppen oder als Mitglieder in den UVP-/SUP-Teams könnten die Erfolgsmethoden festigen. UVP-/SUP-Verfahren basieren aber auf fachspezifischen Dokumenten für Experten und sollten für die Öffentlichkeit nicht die einzige Möglichkeit darstellen, sich an der Politikgestaltung zu beteiligen.

Kooperative Beteiligungsprozesse (Collaborative Participative Processes, CPP) bei der Flächennutzung und die lokale Entwicklungsstrategie (LES) sind neue Felder der Öffentlichkeitsbeteiligung. Versuche zu Methoden und Techniken, wie sie in

der Delphi-Studie verwendet werden (beispielsweise Arbeitsgruppen, Workshops, Deliberative Mapping, beratende Ausschüsse für die Bürger und andere Strategien), fehlen in der tschechischen Republik oder stecken noch in den Anfängen. CPP und LES fordern ein neues strategisches Planungsumfeld, und genau an dieser entscheidenden Weggabelung müssen wir uns der Herausforderung stellen, eine wirksamere Beteiligung der Bürger an Entscheidungsverfahren zu ermöglichen, insbesondere auf lokaler Ebene.

Arnstein, Sherry (1969) *A Ladder of Citizen Participation*. Journal of the American Planning Association, Bd. 35, Nr. 4, S. 216–24.

Connely, Stephen (2002) *Public Involvement in Local Agenda 21: The Impact of Local Authority Policy Processes*. Sheffield: Sheffield University.

Heberlein, Thomas (1976) *Some Observations on Alternative Mechanisms for Public Involvement: The Hearing, the Public Opinion Poll, the Workshop and the Quasi-Experiment*. Natural Resources Journal, Bd. 16, S. 197–212.

Humlickova, Petra und Černý, Pavel (2008) *Non-Governmental Report on the Aarhus Convention 2007 Implementation*. Prague: Green Circle.

Views of Public Meetings. Journal of Public Relations Research, Bd. 15, S. 91–115.

McComas, Katherine, Besley, John und Trumbo, Craig (2006) *Why Citizens Do and Do Not Attend Public Meetings about Local Cancer Cluster Investigations*. The Policy Studies Journal, Bd. 34, Nr. 4.

Whiteley, Paul (1995) *Rational Choice and Political Participation: Evaluating the Debate*. Political Research Quarterly, Bd. 48, Nr.1, S. 211–233.



Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

© Mesto Koprivnice



Wirtschaftliche Beteiligung im kommunalen Klimaschutz

Energiegenossenschaften: Bürgerbeteiligung an der kommunal organisierten Energiewende

BURGHARD FLIEGER
Energie in Bürgerhand eG

In Deutschland gibt es einen kleinen Gründungsboom bei den Energiegenossenschaften. Ein Schwerpunkt dieser Neugründungen liegt bei Genossenschaften, die Solaranlagen installieren zwecks der Produktion erneuerbarer Energien. Viele dieser Ansätze können als erster Einstieg gesehen werden in eine komplexere Form der aktiven Bürgerbeteiligung mit gleichzeitig politisch-ökologischer und ökonomisch-förderwirtschaftlicher Ausrichtung. In welche Richtung diese gehen könnte wird nach einem ersten Überblick über Photovoltaikgenossenschaften anhand der Energie in Bürgerhand eG veranschaulicht, die sich im Bereich der Rekommunalisierung von Energienetzen engagiert. Sie verfolgt einen bundesweiten Ansatz mit jeweils starker lokaler Verankerung in Kommunen, in denen eine gewisse Offenheit für Bürgerbeteiligung vorhanden ist.

Energiegenossenschaften als Gegenpol zur Globalisierung

Mit der fortschreitenden Globalisierung findet eine unmittelbare kommunale bzw. regionale Wertschöpfung oft nur noch in sehr unzulänglicher Weise statt. Dies geht einher mit dem Wegfall von Möglichkeiten und Instrumenten zur Gestaltung des lokalen Sozialraums und zur Steuerung so-

zialräumlicher Entwicklung (Häußermann und Siebel 2004). Hier stellt sich die Frage „Wie wollen wir uns zukünftig organisieren, als Orte mit gewachsenen Traditionen, basierend auf gemeinschaftlicher Infrastruktur und Selbstverwaltung oder durchprivatisiert?“

Eine der wichtigsten Alternativen zu dem Prozess der weiter wachsenden Ansammlung von Vermögen in der Hand großer internationaler Konzerne ist die finanzielle und partizipative Bürgerbeteiligung. Hier bietet sich als Organisationsform in besonderem Maße die Genossenschaft an. Sie ist als privatrechtliches Unternehmung die einzig wirkliche Alternative zur gemeinwesenverantwortlichen staatlichen Organisation der Energieversorgung. Die Genossenschaft, die Energieerzeugungs- und ebenso die Energieverbraucher-genossenschaft, ist gesetzlich auf die Förderung ihrer Mitglieder, den Bewohner/innen des Gemeinwesens, verpflichtet. Sie muss nutzer- statt investororientiert handeln.

Von ihrem Selbstverständnis her sind Genossenschaften in erster Linie Wirtschaftsvereine. Viele sahen die Genossenschaft schon immer als eine besondere Unternehmensform an, in der auch soziale, kulturelle oder ökologische Zwecke verfolgt werden können (Flieger 2003). Auf jeden Fall

gibt die genossenschaftliche Rechtsform einen gesetzlichen Rahmen für Menschen zwecks wirtschaftlicher Selbsthilfe. Selbsthilfe ist in diesem Fall auch beim Fehlen einer preisgünstigen und gleichzeitig klimaverträglichen Energieversorgung, diese selbst gemeinschaftlich zu organisieren. Entsprechend stehen Energiegenossenschaften als nutzerorientierte Unternehmensorganisation für die systematische partizipative Einbindung der Verbraucher oder Produzenten. Sie übernehmen für den Wandel in Richtung nachhaltiger Energiewirtschaft aktuell eine wichtige Pionierfunktion. Ihre beobachtbare Vielfalt veranschaulicht die Komplexität, Bandbreite und Veränderungschancen dieses Sektors. Gleichzeitig können sie als Zukunftsprisma dienen. Ihre Ausbreitung und Weiterentwicklung ist eine wichtige Innovationsaufgabe für den Klimaschutz.

Möglichkeiten und Grenzen von Photovoltaikgenossenschaften

Am stärksten verbreitet unter den neu gegründeten Energiegenossenschaften sind Energieproduktionsgenossenschaften. Dazu gehören vor allem Genossenschaften, die Photovoltaikanlagen auf Dächern installieren und betreiben. Die Rechtsform bei den Solargenossenschaften wird gewählt, weil gleichberechtigte demokratische Mitsprache unabhängig von der Höhe der Beteiligung des Einzelnen möglich ist. Damit kann Bürgerwille direkt und basisdemokratisch umgesetzt werden.

Anders als viele bereits bestehende Bürgersolarkraftwerke in der Form der Energie-

gemeinschaften verfolgen Photovoltaikgenossenschaften mehr als „nur“ den Betrieb einer Solaranlage. Mit der Genossenschaft steht den Initiatoren eine Rechtsform zur Verfügung, die es erlaubt, viele Projekte (Solaranlagen) im Rahmen einer Organisation zu realisieren. Ziel ist es also, mehr als ein einzelnes Projekt umzusetzen. Das bei der Planung, Erstellung, Inbetriebnahme und Wartung der Anlage erworbene Know-how geht nicht verloren, sondern wird für weitere Aktivitäten im gleichen Unternehmen genutzt. Und was eine Genossenschaft noch auszeichnet: Sie verbindet soziale Leitbilder dauerhaft mit einer wirtschaftlichen Betriebsform. Genossenschaften stehen für Kooperation, gesellschaftliche Verantwortung, betriebliche Demokratie und vor allem gemeinschaftlicher Selbsthilfe.

Auch vom Gegenstück der Energiegemeinschaften, den Solarfonds, lässt sich der genossenschaftliche Ansatz abgrenzen. Für Investoren mit mehreren tausend Euro persönlich verfügbarem Kapital existieren genügend Möglichkeiten, in erneuerbare Energien zu investieren. Es sollte aber keine Frage des Geldes sein. Deshalb ist es ein zentrales Anliegen der meisten Energieproduktionsgenossenschaften, viele Menschen in die von ihnen gebotenen Investitionsmöglichkeiten einzubeziehen, überwiegend begrenzt auf eine bestimmte Region. Insofern steht bei genossenschaftlichen Ansätzen fast immer im Vordergrund, weniger zahlungskräftigen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu bieten, sich finanziell an der Energiewende in ihrer Gemeinde zu beteiligen. Deshalb gibt es in Deutschland eine Reihe solcher Genossen-

schaften, bei denen bereits ein Einstieg mit einer Beteiligung von 100 Euro möglich ist.

Die genossenschaftliche Rechtsform eignet sich besonders für Photovoltaikanlagen in der Größenordnung von ca. 30 kWp oder ca. 300 qm Dachfläche, bevorzugt auf Dächer von Schulen oder sonstigen öffentlichen Einrichtungen. Eine solche Größenordnung bietet zumindest nach den Bestimmungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) die optimale finanzielle Förderung. Außerdem existieren Dächer dieser Größe nicht so selten. Gleichzeitig kommen bei Dachflächen dieser Größenordnung die wirtschaftlichen Vorteile einer Großanlage bereits zum Tragen. Grob vereinfacht lässt sich für Anfang 2010 festhalten: Je Dach werden dann ca. 30 Genossen benötigt, die im Schnitt für 1.000 Euro Anteile zeichnen. Insgesamt sind dies dann ca. 300 Anteile und 30.000 Euro Eigenkapital, um die zur Finanzierung mindestens benötigten 20 Prozent Eigenkapital auszuweisen.

In den Aufbaujahren können oftmals keine Ausschüttungen erfolgen, da hierfür ein entsprechender Bilanzgewinn vorliegen muss. Gewinne fallen aber durch die Projektierungskosten und die Investitionen in neue Anlagen bzw. die anfänglichen Abschreibungen in vielen Fällen nicht an. Deshalb besteht die Gefahr, dass später hinzukommende Genossen bei schließlich erfolgenden Ausschüttungen unberechtigterweise bevorzugt werden. Insofern kann es sinnvoll sein, dass die Generalversammlung einer Energieproduktionsgenossenschaft beschließt, ein Eintrittsgeld zu verlangen. Auch ist es möglich, neue Mitglieder bei den Ausschüttungen

in den ersten Jahren nicht einzubeziehen. Dadurch können die Ungerechtigkeiten bei den Ausschüttungen durch unterschiedliche Zeiten des Beitritts der Genossenschaftsmitglieder relativiert werden.

Festzuhalten bleibt auf jeden Fall, dass Photovoltaikgenossenschaften zahlreiche Vorteile mit sich bringen, die nicht allein auf die Mitglieder als Zeichner von Anteilen begrenzt bleiben:

- **Das Plus für die Anleger:** Die Beteiligung zahlt sich aus. Die Anleger erhalten für viele Jahre Einnahmen aus dem Verkauf des Solarstroms.
- **Das Plus für die regionale Wirtschaft:** Die Solarstromanlage fördert die regionale Wirtschaft. Die Solarstromanlagen werden von örtlichen Handwerkern installiert.
- **Das Plus an Unabhängigkeit:** Mit Solarstrom werden knappe Ressourcen geschont und die Unabhängigkeit von politisch unsicheren Energieimporten gefördert.
- **Das Plus für die Umwelt:** Neben dem Geldbeutel nutzt diese Umweltinvestition dem Klimaschutz. Mit einer 5 kWp-Anlage wird die Umwelt im Jahr um mehr als drei Tonnen des klimaschädlichen CO₂ entlastet.

Energieproduktionsgenossenschaften sind ein wichtiger erster Schritt, durch bürgerschaftliches Engagement in einer Gemeinde zur Energiewende beizutragen.

Für dauerhafte Veränderungen bleiben ihre Potentiale aber zu gering. Grundlegende Veränderungen werden u.a. durch die Energienetze, ihre Weiterentwicklung und deren Umgestaltung zu sogenannten intelligenten Netzen entscheidend mitbestimmt. Insofern bestehen in Kommunen, in denen dezentrale Energieeinspeisung erfolgt und diese durch entsprechende Netzoptimierung auf Unterstützungen stößt, besondere Chancen, Gemeinden und Regionen erfolgreich zu sogenannten 100-Prozent-Erneuerbare-Energien-Regionen auszubauen.

Dies lässt sich auf fundiertere und sicherere Fundamente stellen, sobald die Netze sich in kommunaler, genossenschaftlicher oder am besten in gemischten Eigentumsverhältnissen zwischen beiden Formen befinden. So lässt sich am besten verhindern, dass Politiker bei knappen finanziellen Mitteln auf Kosten der langfristigen Absicherung der Daseinsfürsorge die Netze verkaufen und versuchen so den kommunalen Haushalt zu sanieren. Umgekehrt können öffentliche Eigentumsanteile auch dazu beitragen, rein privatwirtschaftliche Erwägungen, auch wenn diese genossenschaftliche geformt sind, zu begrenzen. Insofern stellt die genossenschaftliche Beteiligung an kommunalen Netzen eine besondere Qualität der Bürgerbeteiligung dar, die für die Energiewende von hoher Bedeutung werden wird. Die Energie in Bürgerhand eG (EiB) ist die erste Genossenschaft in Deutschland, die versucht diesen Ansatz konsequent umzusetzen. Weitere Ansätze, beispielsweise in Wolfhagen und in Titisee-Neustadt, befinden sich aber bereits in der Entwicklung.

Energie in Bürgerhand eG als Beispiel der Weiterentwicklung genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung

Die Genossenschaft „Energie in Bürgerhand“ wurde am 9. April 2009 gegründet, um mit vielen anderen die Idee einer ökologischen und zukunftsweisenden Energiewirtschaft zu verwirklichen. Ursprünglich stand im Mittelpunkt als erstes Projekt eine Beteiligung an der Thüga mit dem Ziel, in diesen Stadtwerkeverbund Bürgerbeteiligung zu integrieren. Dafür konnten in erstaunlich kurzer Zeit, innerhalb von rund neun Monaten, viele Menschen und Kapital mobilisiert werden. Ende 2010 lagen Zusagen und Einzahlungen von über 5.000 Bürger/innen in Höhe von 30 Millionen Euro vor.¹

Erklären lässt sich ein Teil dieses Erfolges durch zahlreiche prominente Unterstützer/innen sowie entsprechend bekannte Gründer/innen, von denen viele seit Jahren erfolgreich Projekte im Umwelt- und Energiesektor abwickeln. Besonders bekannt sind der Solararchitekt Rolf Disch vom Büro Solararchitektur und Michael Sladek von den Elektrizitätswerken Schönau. Diese betreiben das Stromnetz in Schönau und versorgen bundesweit über 100.000 Nutzer/innen mit grünem Strom. Sladek ist Aufsichtsratsvorsitzender der EiB.

Nachdem eine Beteiligung an der Thüga nicht zustande kam, angeboten in den Verhandlungen wurden nur die Weiterverfolgung eines sogenannten Genussrechtsmodells ohne Entscheidungsbeteiligung, werden aktuell zahlreiche spannende Projekte verfolgt. Wichtig dabei ist immer, dass

sie mit der Beteiligung oder dem Rückkauf von Netzen verbunden sein sollen. Damit verknüpft ist der Unternehmensgegenstand bzw. Geschäftszweck der Genossenschaft:

- Beteiligungen an Stadtwerken und Stadtwerkeverbänden
- Entwickeln und Betreiben dezentraler klimafreundlicher Kraftwerke
- Betreuung von Partizipations- und Beteiligungskonzepten im Energiesektor durch Festigung lokaler Wertschöpfungspartnerschaften mit den Kunden vor Ort

Als Organisationsform wurde die Genossenschaft gewählt. Durch das Prinzip „ein Mensch eine Stimme“ ist ausgeschlossen, dass sich Investmentgesellschaften einkaufen können, um die Ziele der Genossenschaft in ihrem eigenem Interesse zu beeinflussen. Im Mittelpunkt einer Genossenschaft steht der genossenschaftliche Förderauftrag. Bei der Energie in Bürgerhand ist dieser:

- Ausstieg aus der Atomenergie
- Organisation von Bürgerbeteiligung
- Dezentrale, klimaverantwortliche Energieversorgung
- Organisation lokaler Wertschöpfung

Die Energie in Bürgerhand eG befindet sich gegenwärtig auf dem Weg Vorbild und Unterstützungsstruktur für genossenschaftliche Bürgerbeteiligungen zu werden. Folgende Unterstützungen lassen sich für lokale Initiativen seitens der EiB anfordern:

- Beratung bei der Entwicklung von Energiegenossenschaften mit weitgehender Bürgerbeteiligung aus der Region
- Rückkauf von Anteilen des jeweiligen Stadtwerks aus der Hand überregionaler Energiekonzerne mit einer möglichst weitgehenden Bürgerbeteiligung der Bürger vor Ort
- Unterstützung beim Rückkauf des lokalen Stromnetzes bei Auslaufen von Konzessionsverträgen durch eine möglichst weitgehende Bürgerbeteiligung der Bürger vor Ort
- Hilfe beim Aufbau eines kommunalen Energieversorgungsunternehmens durch einen Kooperationsverbund. Die EiB hätte hier den Part der Bürgerbeteiligung und einer Teilfinanzierung durch Bürgerkapital

Drei Angebote für Initiativen, Stadtwerke und Kommunalvertreter stehen bei der Energie in Bürgerhand eG im Vordergrund:

Angebot Eins:

Die unkomplizierteste Form der Unterstützung ist die Beratung und Begleitung bei der Entwicklung einer eigenständigen

Energiegenossenschaftsgründung, gegebenenfalls ergänzt durch eine Finanzierungsüberbrückung durch die EiB über eine Beteiligung. Dies wird beispielsweise gegenwärtig mit den Stadtwerken Wolfhagen konkret umgesetzt

(http://www.stadtwerke-wolfhagen.de/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=61&Itemid=112).

Angebot Zwei:

Erfahrungen zu den Schwierigkeiten und der Vorgehensweise liegen bereits vor zu dem Ansatz wie er gegenwärtig in Jena angegangen wird: die Beteiligung an einem Stadtwerk durch Rückkauf einer „Fremdbeteiligung“, in der Regel eines der großen Energiekonzerne, verbunden mit der Umsetzung einer Bürgerbeteiligung der Energienutzer/innen des betreffenden Stadtwerks. In Jena durchläuft die Energie in Bürgerhand gerade ein aufwendiges Verfahren, in dem es im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens um eine 10-prozentige Beteiligung geht (<http://www.jenapolis.de/92791/schwaebische-genossenschaft-energie-in-buergerhand-macht-sich-schick-fuer-jena/>). Eine ähnliche Diskussion ist gegenwärtig in Unna entstanden hinsichtlich eines 25-prozentigen Anteils der RWE, auch wenn dort die Energie in Bürgerhand bisher noch nicht in einem offiziellen Verfahren eingebunden ist.

Angebot Drei:

Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Integration in Rekommunalisierungen im Zusammenhang mit auslaufenden Konzessionsverträgen. Vorgespräche dazu laufen

in verschiedenen Kommunen ohne eigene Stadtwerke. Bei mehreren Kommunen in Nordrhein-Westfalen hat sich die EiB offiziell dafür beworben. Oftmals liegen bei den Kommunen dafür weder finanzielle noch fachliche Voraussetzungen vor. Deshalb wird für die Verbesserung der Umsetzungschancen gerade eine strategische Partnerschaft „geschmiedet“. Eingebunden sind darin gegenwärtig drei Unternehmen, die sich hervorragend ergänzen. Hier kooperiert Energie in Bürgerhand mit Alliander und der EWS Schönau. Beide verstehen sich wie die Energie in Bürgerhand als Partner der Kommunen zur Rekommunalisierung der Netze zwecks Stärkung der kommunalen Selbstbestimmung und Ausstieg aus der Atomenergie:

- Die Firma Alliander ist ein Energieunternehmen in der Hand der niederländischen Kommunen. Es betreibt ausschließlich Netze. Alliander ist interessiert an der Übernahme und dem Betrieb von Energieversorgungsnetzen (kein Stromverkauf, keine Stromerzeugung). Sie entwickelt die Stromnetze weiter zu intelligenten Netzen für eine nachhaltige, dezentral geprägte Energieversorgung. Alliander bietet Beteiligungskapital für das Netz an und das notwendige Know-how, diese Netz für nachhaltige, dezentrale Energieversorgung zu optimieren (www.alliander.de).
- Die EWS Schönau, mittlerweile von der Trägerorganisation als Genossenschaft organisiert, ist einer der glaubwürdigsten Verbrauchergenos-

1. <http://www.energie-in-buergerhand.de/>

senschaften in Deutschland hinsichtlich der Versorgung mit Ökostrom. Sie bietet ihr Wissen an zum Einkauf und zur Lieferung von Ökostrom an die Endverbraucher (<http://www.ew-schoenau.de/>).

- Die Energie in Bürgerhand eG bietet Eigenkapital zum Rückkauf des Netzes und den Aufbau einer kommunalen Energieversorgung. Da dies Bürgerkapital ist, soll damit auch immer ein Konzept der nicht nur finanziellen Beteiligung, sondern der Mitwirkung der Bürger vor Ort verbunden sein (Beirat, Aufsichtsrat, Entwicklung lokales Energiekonzept).

Wenn die Gemeinden kurz-, mittel- oder langfristig ein eigenes Stadtwerk aufbauen wollen und können, aber aus finanziellen Engpässen heraus nicht direkt einen nennenswerten Anteil des Netzes oder des Vertriebssystems übernehmen, können dafür entsprechende Kaufoptionen eingeräumt werden. Zusätzlich kann die Unterstützung für den Aufbau einer lokalen Energiegenossenschaften erfolgen, die sich auf die Errichtung und das Betreiben von Erzeugungsanlagen und damit den Aufbau lokaler Energieerzeugungsstrukturen konzentriert und deren Energie mittelfristig, wenn das EEG für die Einspeisung nicht mehr attraktiv sein sollte, über das lokale Netz vertrieben wird. Dafür können gegebenenfalls Exklusivverträge entwickelt werden. Hierfür steht fundiertes Wissen und viel Erfahrung durch Burghard Flieger, Vorstandsmitglied der Energie in Bürgerhand eG zur Verfügung

(<http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/>)

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Energie in Bürgerhand eignet sich als Modell der Beteiligung an Rekommunalisierungsprozessen, wie sie beispielsweise in Berlin in die Wege geleitet werden. Konzeptentwicklung einschließlich Öko- bzw. Nachhaltigkeitsbeirat sowie andere Formen der Bürgereinbindung sind hierfür gemeinsam mit Initiatorinnen und Initiatoren vor Ort abzustimmen. Stadtwerke, aber auch Verbände von Stadtwerken, können so Bürgerstadtwerke bzw. Bürgerbeteiligungen in genossenschaftlicher Form integrieren und darüber neben finanzieller Beteiligung der Bürger an ihren Stadtwerken auch eine Aktivierung in Richtung nachhaltiger Entwicklung in die Wege leiten. Kontakt: info@energie-in-buergerhand.de.

Managementwerkzeug für Energiegenossenschaften

Um Energiegenossenschaften in den skizzierten Ausformungen zu gründen, benötigen die handelnden Akteure – sogenannte Initiatoren oder Promotoren – das erforderliche Handwerkszeug. Dieses, einschließlich des Genossenschaftsmarketings, können sie sich in einer sehr innovativen Weiterbildung „Projektentwickler/innen für Energiegenossenschaften“ aneignen. Über diese werden Bürgerinnen und Bürger dazu befähigt, Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen und ihre Energieversorgung als Gegenpol zu der eingangs skizzierten Globalisierung selbst in die Hand zu nehmen. Sie werden also in die Lage

versetzt Solargenossenschaften in einer der drei genannten Formen systematisch auf den Weg zu bringen (<http://www.energiegenossenschaften-gruenden.de/>)

Böde, Ulla and Gruber, Edelgard (ed.) (2000) *Klimaschutz als sozialer Prozess: Erfolgsfaktoren für die Umsetzung auf kommunaler Ebene*. Heidelberg.

Elsen, Susanne (2007) *Die Ökonomie des Gemeinwesens: Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung*. Weinheim.

Flieger, Burghard (1997) *Partizipative Umweltunternehmen - Lernfelder für die Politik und Wirtschaft von morgen*. netz (ed.) Ökologie und Partizipation. Bonn.

Flieger, Burghard (2011) *Energiegenossenschaften: Eine klimaverantwortliche, bürgernahe Energiewirtschaft ist möglich*. In Elsen, Susanne (ed.) *Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens – Perspektiven und Ansätze der ökosozialen Transformation von unten*. Neu-Ulm, pp. 305-328.

Flieger, Burghard (ed.) (2003) *Sozialgenossenschaften - Wege zu mehr Beschäftigung, bürgerschaftlichem Engagement und Arbeitsformen der Zukunft*. Neu-Ulm: AG Spak.

Flieger, Burghard and Freiherr von Blittersdorff, Dietmar (2010) *Energiewende erfordert Bildungswende: Ein Projektbericht zur Qualifizierung „Projektentwickler/in für Energiegenossenschaften“*. forum erwachsenenbildung 4/10, pp. 49–53.

Flieger, Burghard and Klemisch, Herbert (2008) *Eine andere Energiewirtschaft ist möglich – Pionierfunktion neuer Energiegenossenschaften*. WIDERSPUCH, vol. 54, pp. 105–110.

George, Wolfgang and Bonow, Martin (eds.) (2008) *Energieversorgung. Regionales Zukunftsmanagement Band 2*. Lengerich.

Häußermann, Hartmut and Siebel, Walter (2004) *Stadtsoziologie: Eine Einführung*. Frankfurt: Campus Verlag.

innova eG (ed.) (2007) *Genossenschaften gründen, Genossenschaften nutzen*. Leipzig.

Rutschmann, Ines (2009) *Einfache und unkomplizierte Organisationsform: Genossenschaftsexperte Burghard Flieger im Interview*. Photon, February 2009, pp. 86–88.

Rutschmann, Ines (2009) *Genossenschaften auf dem Vormarsch: Bürgerliche Energieerzeuger entdecken die Vorteile einer bisher wenig genutzten Rechtsform*. Photon, February 2009, pp. 78–84.



Lokale Klimapolitik und die Rolle des Bürgers – Fallstudie Potsdam (Deutschland)

FRITZ REUSSWIG und MIRJAM NEEBE
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Lokale Klimapolitik und die Rolle der Bürger

Bis vor kurzem galten internationale Verhandlungen zwischen Nationalstaaten als selbstverständlicher und angemessener Austragungsort für globale Streitfragen wie den Klimawandel. Zwei voneinander unabhängige Entwicklungen haben diese Ansicht infrage gestellt: Die eher enttäuschenden Ergebnisse der beiden UN-Klimagipfel in Kopenhagen (2009) und Cancún (2010) sowie die wachsende Bedeutung lokaler Maßnahmen im Bereich Klimapolitik.

Städte bedecken rund zwei Prozent der Erdoberfläche, beherbergen aber mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung und tragen überproportional zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Mit anderen Worten: Städte sind die Wachstumsmotoren des Planeten, aber auch seine größten Wissensstandorte und kulturellen Versuchsräume. Sie sind zudem bedeutende Verursacher von Treibhausgasen (THG) und tragen deshalb Verantwortung für den Planeten. Die THG-Emissionen des Großraums London übertreffen zum Beispiel die von Griechenland, aber im Gegensatz zu Griechenland ist London als Stadt nicht in die UN-Klimapolitik eingebunden.

Wenn es um internationale Klimapolitik geht, verhalten sich viele Nationalstaaten wie Trittbrettfahrer, was zu unterdurchschnittlichen Ergebnissen, schleppendem Fortschritt und einer Vorherrschaft gleichgewichteter nationaler Interessen führt – während auf lokaler Ebene zu beobachten ist, dass einige Städte die Initiative übernehmen und ehrgeizige THG-Reduktionsziele umsetzen, die weit über die Projekte der nationalen Regierungen hinausgehen. Weil es keine internationale Plattform für lokale Klimapolitik gibt – außer freiwilligen städtischen Netzwerken wie dem Klimabündnis (siehe <http://www.klimabuendnis.org/>) oder dem Internationalen Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI, Local Governments for Sustainability Organisation, siehe <http://www.iclei.org/>) –, sind all diese Aktivitäten lokaler Art und werden ohne Aufstellung von Bedingungen durchgeführt, eben weil sie freiwillig sind.

In welchem Maße beeinflussen Bürger durch ihre Bereitschaft, etwas gegen den Klimawandel zu tun, diese Entwicklung? Lässt sich die proaktive Rolle einiger Städte auf dem Gebiet der Klimapolitik wenigstens zum Teil auf die politischen Vorlieben und das Verhalten der Bürger zurückführen? Welche Rolle spielen die Bürger im Umfeld der lokalen Klimapolitik? Und

können Städte eine bessere Klimapolitik erreichen, wenn sie die Bürgerbeteiligung stärken? Dies sind wichtige Fragen, die wir anhand einer deutschen Fallstudie erörtern möchten: der Stadt Potsdam.

Die lokale Klimapolitik der Stadt Potsdam

Potsdam ist mit seinen ca. 155.000 Einwohnern die Hauptstadt des Bundeslandes Brandenburg. Im Gegensatz zu vielen anderen Städten in der ehemaligen DDR ist das südwestlich von Berlin liegende Potsdam keine schrumpfende, sondern eine wachsende Stadt, mit jährlich über 1.000 Neubürgern.

1990 verursachte das Stadtgebiet eine THG-Emission (ohne indirekte Emissionen durch Konsumgüter und Flugreisen) von etwa 1,59 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten (11,2 t pro Kopf und Jahr). Damals lieferte ein Braunkohlekraftwerk den Großteil der Wärme und Energie für die Stadt. Nach einer sehr umstrittenen Entscheidung (Brandenburg ist eine Kohleförderregion) entschloss sich die Stadt Mitte der 1990er Jahre, das alte Kraftwerk durch ein erdgasbetriebenes Heizkraftwerk (HKW) zu ersetzen. Außerdem wurden viele Gebäude mit niedriger Energieeffizienz, die größtenteils Eigentum

kommunaler Wohnungsgesellschaften waren, in den 1990er Jahren saniert. Das Ergebnis: Die städtischen Emissionen beliefen sich im Jahr 2005 auf nur noch 0,867 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente (5,9 t pro Kopf und Jahr).¹

1995 trat Potsdam dem Klimabündnis bei, das eine „sanfte“ Verpflichtung zur Minderung der THG-Emissionen um 10 Prozent alle fünf Jahre beinhaltet. Im Jahr 2000 veröffentlichte die Stadtverwaltung im Rahmen ihrer Pflichten als Mitglied des Klimabündnisses ihr erstes THG-Emissionsinventar. Um eine kontinuierliche THG-Berichterstattung sicherzustellen und die Aufgaben der lokalen Klimapolitik zu koordinieren, wurde im Jahr 2000 eine Verwaltungsstelle geschaffen, die Keimzelle der 2007 gegründeten Koordinierungsstelle Klimaschutz. Im gleichen Jahr – die globale Klimadebatte hatte durch die Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change) in jenem Jahr einen historischen Höhepunkt erreicht – beschloss der Potsdamer Stadtrat in einer Resolution, die lokalen Emissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 2005 zu senken. Das ergibt pro Jahr eine durchschnittliche Reduktion von 0,173 Millionen Tonnen bis 2020. Als langfristiges

¹ Der Durchschnittsdeutsche emittiert pro Jahr rund 11 Tonnen CO₂-Äquivalente. Aber diese Zahl umfasst direkte sowie indirekte Emissionen durch den Verbrauch von Lebensmitteln, anderem Konsum oder auch Flugreisen. Diese Aspekte hatte die Stadtverwaltung gemäß den Berechnungsgrundlagen des Klimabündnisses nicht einkalkuliert. Die Gesamtmenge der Emissionen, resultierend aus Flugreisen, Lebensmitteln und anderem Konsum, liegt in Deutschland im Mittel bei 5,4 Tonnen pro Kopf. Wenn man diese Menge zu den Pro-Kopf-Emissionen in Potsdam aus dem Jahr 2005 addiert, ergeben sich für dieses Jahr hypothetische Pro-Kopf-Emissionen von 11,3 Tonnen. Das zeigt, dass die Stadt noch weit von ihrem langfristigen Ziel entfernt ist. Trotz der Berechnungsregeln des Klimabündnisses ging die Stadt davon aus, dass Flugreisen und das allgemeine Verbrauchsverhalten der Bürger außerhalb ihres Einflussbereichs liegen.

Ziel bis 2050 wurde gemäß den Vereinbarungen im Klimabündnis ein Wert von 2,5 Tonnen pro Kopf und Jahr festgelegt. Es war offensichtlich, dass man sich mehr anstrengen müsste, aber weder die Stadtratmitglieder noch die Verwaltung wussten, wie, mit welcher Strategie und zu welchen Kosten das Ziel erreicht werden könnte. Deshalb beschloss die Verwaltung, sich für die Umsetzung der Resolution von 2007 durch externe Fachleute unterstützen zu lassen.

Hier kam das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ins Spiel. Das PIK stand an der Spitze eines Expertenkonsortiums, das schließlich die Ausschreibung gewann, um für die Stadt eine Strategie zu entwickeln: das so genannte Integrierte Klimaschutzkonzept.² Das PIK hatte als international orientierte, klimawissenschaftliche Denkfabrik mit einem Schwerpunkt auf Modellerstellung keine Erfahrung mit der Beratung auf dem Gebiet der lokalen Klimapolitik, sah diese Aufgabe aber als einzigartige Gelegenheit, für Potsdam tätig zu werden – die Stadt ist ja die Namensgeberin und der Standort des Büros. Für das PIK und seine Partner – Stadtplaner, Energieberater, Verkehrsplaner und Ingenieure – stellte die Vorgabe, das Konzept in nur sechs Monaten zu erarbeiten, eine echte Herausforderung dar.

Das Integrierte Klimaschutzkonzept

Schließlich legten das PIK und seine Partner der Stadtverwaltung einen 477 Seiten starken Bericht vor.³ Die Studie enthielt eine detaillierte Analyse des CO₂-Fußabdrucks der Stadt Potsdam und des Landverkehrs, eine regionalisierte und digitalisierte Aufstellung der Heizungserfordernisse aller Gebäude und eine komplette Zusammenstellung des Stromverbrauchs in der Stadt. Außerdem wurden die Struktur der Stadt und ihre großen Grünflächen analysiert.

Auf der Basis dieser Untersuchung wurde eine übergreifende Vision für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel in Potsdam entwickelt. Obwohl die Stadtverwaltung vorwiegend an der konkreten Anpassung an den Klimawandel und an der THG-Minderung interessiert war, wurde doch klar, dass die übergreifende Vision wichtig war, denn sie verbildlichte den spezifischen „Potsdamer Ansatz“ der lokalen Klimapolitik. Im Hinblick auf das globale Ziel des Klimaschutzes zählen nur die eingesparten Tonnen an CO₂-Äquivalenten. Das ist ein Problem für Städte, die ja lebendige soziale Organismen sind: THG sind immer mit dem spezifischen Charakter der Stadt verbunden, und Maßnahmen zur Reduktion sind Teil soziotechnischer Ver-

2 Viele deutsche Städte und Gemeinden verfügen über solche Konzepte, und das benötigte Sachwissen stammt meist von externen Fachleuten. Das Bundesumweltministerium (BMU) bietet eine finanzielle Förderung für die Erstellung derartiger Strategien an, die auch von Potsdam genutzt wurde.

3 Die vollständige Version des Konzeptes zum Download unter: http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10069761_978696/a89a339e/IntegriertesKlimaschutzkonzept2010.pdf.

4 Bei vielen dieser Maßnahmen war es fast unmöglich, das CO₂-Reduktionspotential bzw. den finanziellen Aufwand zu berechnen, insbesondere bei der Bereitstellung und Verbreitung von Informationen für die Öffentlichkeit. Manche Maßnahmen hatten einen Zusatznutzen, der schwerer wog als die Kosten. Dazu gehörten beispielsweise die Verringerung der Luftverschmutzung oder auch Anpassungsmaßnahmen, die nicht nur Gesundheitsrisiken durch den Klimawandel mindern, sondern daneben die allgemeine Gesundheit der Bevölkerung verbessern.

änderungsprozesse, Teil individueller Biographien – oder sogar biographischer Veränderungen. Die Kohlenstoffbilanzierung ist sowohl eine Frage von Zahlen als auch von Geschichten: Geschichten von Städten und von Menschen. Das Konzept sorgte für eine Vision und sollte die Zahlen mit den individuellen Geschichten verbinden. Es wurde Leitbild und Stellungnahme zu der Frage, wie die Stadt ihr besonderes urbanes Kapital einsetzen könnte.

Aber neben diesem Leitbild mussten natürlich konkrete Maßnahmen eingeführt werden. Das vom PIK geleitete Expertenkonsortium entwickelte also 99 Einzelmaßnahmen für Potsdam, die zu einer durchschnittlichen Reduktion in Höhe von 0,284 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr führen sollten – wesentlich mehr, als die Stadt ursprünglich geplant hatte. Ob Potsdam dieses Ziel wirklich erreichen konnte oder nicht, hing vom politischen Willen der Stadtverwaltung sowie der Beteiligung der Geschäftswelt und der privaten Haushalte ab. Für jede im Konzept vorgeschlagene Maßnahme wurden Kosten und Nutzen sowie die verantwortliche Stelle in der Stadt aufgelistet.⁴ Das Konzept erörterte schließlich verschiedene Szenarien: Zum Beispiel ein Maßnahmenbündel in Übereinstimmung mit dem 2007 aufgestellten Ziel, die Potsdamer Emissionen um 20 Prozent zu reduzieren. Die Szenarien unterschieden sich durch die verwendeten Auswahlkriterien: CO₂-Effizienz, Kosteneffizienz oder strategische Kohärenz. Das PIK und seine Partner bevorzugten das Szenario der strategischen Kohärenz, obwohl es weder das preiswerteste noch das kosteneffektivste

war. Es umfasste 50 Einzelmaßnahmen, die zu einer Gesamtreduktion von 0,192 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr führen sollten, was einen monetären Wert von 342,3 Millionen Euro bis 2020 ausmacht. Sie würden die Stadtverwaltung im gleichen Zeitraum rund 8,7 Millionen Euro kosten.

Der Grund für die Bevorzugung dieses Leitbild-Szenarios war das Engagement des Expertenkonsortiums für eine kohärente und in der Öffentlichkeit sichtbare lokale Klimapolitik. Obwohl es möglich gewesen wäre, einen Großteil der Reduktion durch den Ausbau und die Verdichtung der zentralen Potsdamer Fernheizung zu erzielen, wurde diese Idee abgelehnt. Der Hauptgrund war sowohl wirtschaftlicher als auch strategischer Natur: Da Fernheizungen heute teurer sind als erdgasbetriebene Einzelheizungen, hätte die Preispolitik geändert und obendrein die Hausbesitzer von einem Anschluss an die Fernheizung überzeugt werden müssen.

Das hätte bei den Stadtwerken eine bewusste strategische Entscheidung erfordert und von der Stadt eine proaktive Kommunikationsstrategie. Für beides wären eine starke Klimaschutz-Politik und eine glaubwürdige Kommunikationsstrategie nötig gewesen, die auf jeden Fall ein breites Spektrum von Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen (öffentliche und private Gebäude, Verkehrs- und Stadtplanung, Kommunikation) erfordert hätte, die alle öffentlich sichtbar und zugleich überzeugend sind. Aber es waren genau diese Kriterien, die zu dem von uns vorgeschlagenen Leitbild-Szenario für die Stadt Potsdam geführt hatten. Au-

ßerdem betraf (und manchmal belastete) das bevorzugte Szenario nicht nur einen, sondern viele wichtige Akteure in der Stadt: Wohnungsbaugesellschaften, private Hausbesitzer, Autofahrer, Stadtplaner und die bürgerliche Gesellschaft insgesamt. An diesem Punkt kam auch die Öffentlichkeitsbeteiligung ins Spiel.

Bevor wir diesen Punkt genauer erörtern, sollte vermerkt werden, dass der Potsdamer Stadtrat das Leitbild-Szenario Anfang 2011 als „Orientierungsrahmen“ für weitere Entscheidungen annahm. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen hatte einen Gegenvorschlag vorgelegt und sich dafür ausgesprochen, das Szenario mit den 50 Maßnahmen als verbindliches Klimaschutz-„Paket“ einzuführen, aber dafür fand sich keine Mehrheit. Jetzt ist es Aufgabe der Stadt, die vorgeschlagenen Maßnahmen umzusetzen, und die Stadtverordneten müssen dann separat über jede Einzelmaßnahme entscheiden, sofern sie abstimmungspflichtig ist.

Bürgerbeteiligung

Ob auf nationaler oder lokaler Ebene: Klimapolitik kann nicht ohne die aktive Beteiligung der Bürger umgesetzt werden. Das hat mehrere Gründe:

- Obwohl einerseits die wissenschaftliche Erforschung des Klimawandels große Bedeutung hat, ist der Umgang mit seiner gesellschaftlichen (im Gegensatz zu seiner naturwissenschaftlichen) Dimension der öffentlichen Wahrnehmung und Sorge unterworfen, genau wie der

politischen Tagesordnung. Erst die öffentliche Klimadiskussion, die Wahrnehmung und die Auswirkungen des Klimawandels haben die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse auf die Tagesordnung der politischen und wirtschaftlich Verantwortlichen gebracht (Reusswig 2010). Klimapolitik braucht den Menschen.

- Politische Entscheidungen müssen von der Öffentlichkeit getragen werden, besonders in Demokratien, in denen die Politiker auf ihre (Wieder-)Wahl hinarbeiten. Studien beweisen, dass sich viele Menschen um den Klimawandel sorgen und dass weite Teile der Bevölkerung eine proaktivere Klimapolitik fordern (BMU/UBA 2010). Klimapolitik braucht den Bürger.
- Da ein großer Teil der Emissionen auf Konsum zurückzuführen sind (über 40 Prozent des individuellen CO₂-Fußabdrucks), sind Einzelpersonen (private Haushalte) eindeutig dafür verantwortlich, zum Klimaschutz beizutragen. Klimapolitik braucht den Verbraucher.

Das gilt insbesondere für lokale Gemeinschaften. Auf lokaler Ebene fällt die Integration und Beteiligung der Bürger leichter und hat größeren Einfluss auf die Politik. Die Demokratie hat ihre Wurzeln in der Stadt, wo die Politik dem Bürger näher steht, was die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen der lokalen Verwaltung und den Bürgern erleichtert. Stadtbürger haben auch mehr Einfluss auf die

Entscheidungsfindung und auf Planungsprozesse; die Konsequenzen daraus sind direkter wahrnehmbar, somit transparenter und werden direkter durch Wahlen beurteilt als auf nationaler Ebene (Kleger 2002). Bürger in den Städten können sich auch leichter in ihrer unmittelbaren Umgebung einbringen: In Verbänden, Nachbarschaftsinitiativen und der lokalen Wirtschaft können sie Wertmaßstäbe und Lebensstil ihrer Mitbürger beeinflussen und neue Formen des Lebens und Wirtschaftens schaffen. Außerdem gibt es eine enge Verbindung zwischen staatsbürgerlichem Engagement und ökologischem Beitrag. Die Summe der Einzelentscheidungen der Bürger – etwa, ob sie ihre Häuser dämmen, mit dem Rad zur Arbeit fahren oder weniger Fleisch essen – hat einen starken Einfluss auf die Umwelt. Die individuellen Entscheidungen der Stadtbewohner haben zusammengenommen mehr Macht als die Eingriffsmöglichkeit ihrer Verwaltung (McKinsey & Company 2008).

In Potsdam spielte während der Gründungsphase der lokalen Klimapolitik die Öffentlichkeitsbeteiligung eine wichtige Rolle. Von 1999 bis 2001 fanden mehrere Runde Tische zum Thema Energie statt. In der Folge legte die Stadt mehrere Energiesparprogramme an Schulen auf, und der Oberbürgermeister verkündete 2007 öffentlich, dass die Stadt sich dafür einsetzen werde, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern. Im gleichen Jahr wurde ein Klimarat als beratendes Gremium für den Oberbürgermeister eingerichtet, bestehend aus Wissenschaftlern sowie verschiedensten Vertretern der Verwaltung, wichtiger Verbände und Bürgerorganisationen.

2007 wurde das Energieforum Potsdam (<http://www.energie-forum-potsdam.de/>) gegründet, ein gemeinnütziger Verein, der sich der Förderung der Klimapolitik und der sauberen Energie für die Stadt verschrieben hat und sich aktiv und kritisch mit der Stadtverwaltung und dem Unternehmenssektor auseinandersetzt. An der Universität Potsdam wurde eine aktive Studentengruppe gebildet. Sie initiierte die Installation von Solaranlagen auf dem Dach der Hochschule und versuchte, sowohl die Verantwortlichen aus der Verwaltung als auch die Studenten zum Engagement für die Klimapolitik zu bewegen. Im Herbst 2010 organisierte die Fachhochschule Potsdam eine innovative Ausstellung zu Klimawandel und Klimapolitik, und sie steht kurz vor der Einrichtung eines neuen Studiengangs zum Thema städtisches Klimamanagement. Aktiv gefördert wird das Thema von den NGOs der Stadt. Der „Bürgersolarverein“, eine Genossenschaft, wirbt Mitglieder und Mittel ein, um Solaranlagen auf den Dächern der Stadt zu installieren.

Diese Form der Beteiligung ist auch ein wesentliches Merkmal des Integrierten Klimaschutzkonzepts. Als das Konzept fertig und veröffentlicht war, aber noch nicht in der Stadtverordnetenversammlung erörtert worden war, entschloss sich die Verwaltung zum Dialog mit der städtischen Öffentlichkeit und stellte das Konzept im Herbst 2010 bei zwölf öffentlichen Versammlungen zur Diskussion. Als Schauplätze für diese Versammlungen wurden mit Absicht Örtlichkeiten an verschiedenen Punkten der Stadt gewählt, um die gesamte geografische und soziale Heterogenität abzudecken. Das PIK

und seine Konsortiumspartner stellten zusammen mit der Klimaschutz-Abteilung der Stadtverwaltung die Ergebnisse der Studie vor und erörterten sie im Hinblick auf die zukünftige lokale Klimapolitik. Während dieser Veranstaltungen kamen einige lebhafte Diskussionen auf, aber meist war die Öffentlichkeitsbeteiligung gering: Ein vergleichbares Beteiligungsverfahren – der so genannte „Bürgerhaushalt“ – zog bis zu 100 Teilnehmer an, während die Klimaschutz-Versammlungen enttäuschender Weise nur von 20 oder weniger Personen besucht wurden. Im Alltag der meisten Bürger spielt der Klimawandel offensichtlich immer noch keine Rolle – nicht nur, weil der Klimawandel manchmal noch als umstrittenes wissenschaftliches Feld wahrgenommen wird, sondern auch, weil viele Menschen glauben, dass „die Verwaltung“ sich schon irgendwie darum kümmern werde.⁵

Andererseits haben die Diskussionen gezeigt, dass diese Einstellung sich radikal verändern könnte, sobald die persönlichen Auswirkungen des lokalen Klimawandels und der lokalen Klimapolitik deutlicher werden. Geht es zum Beispiel um die Frage der zukünftigen Energieversorgung, dann entsteht eine lebhafte Diskussion über die Nachhaltigkeit von Biomasse als Energieträger. Obwohl die Potsdamer Landwirte möglicherweise von massiven Ankäufen durch die Versorgungsunternehmen profitieren könnten, sind viele Bauern gegen

eine veränderte Flächennutzung, die Mais als Energiequelle dem Weizen als Lebensmittel vorzieht.⁶ Stattdessen werden schnellwachsende Baumarten als nachhaltiger bewertet und außerdem als ästhetisch überzeugender. Hitzige Debatten flammen auch auf, wenn die Rede auf die Interessenabwägung zwischen Klimaschutz und Denkmalschutz kommt. Die barocke Innenstadt von Potsdam, aber auch viele andere Orte innerhalb der Stadtgrenzen sind sehr schön und stehen unter Denkmalschutz. Sogar Mitglieder der Partei Bündnis 90/ Die Grünen protestieren laut gegen Solarpaneele auf historischen Dächern, während überzeugte Anhänger des Klimaschutzes oder der modernen Architektur – beide sind in Potsdam nicht leicht zu finden – bereit wären, für die Verkleinerung des CO₂-Fußabdrucks (bzw. für eine „modernere“ Anmutung) das Erscheinungsbild Potsdams zu opfern. Die Ausweitung und Verdichtung des Fernwärmenetzes löste weitere heftige Debatten aus, es wurden von einigen sogar Vergleiche zu DDR-Methoden gezogen, weil sie annahmen, das Konzept „Zwangsanschluss“ bedeute unter dem Strich eine Verteuerung.

Wir fassen unsere Erfahrungen wie folgt zusammen: Erstens ist in Potsdam die öffentliche Beteiligung an der ernsthaften Diskussion über die lokale Klimapolitik immer noch sehr begrenzt. Man trifft normalerweise bei den traditionellen For-

⁵ Das ist zumindest der vorläufige Schluss, der aus einem laufenden, von der EU finanzierten Forschungsvorhaben gezogen werden kann, bei dem zehn städtische und ländliche Regionen aus fünf europäischen Ländern im Hinblick auf die Einstellung zum Klimawandel, zur lokalen Klimapolitik und zu Energieeinsparungen verglichen werden (<http://www.gildedeu.org/>). Weil die endgültigen Ergebnisse noch ausstehen, müssen wir den Nachweis für diese Annahme zu einem späteren Zeitpunkt erbringen.
⁶ Im Jahre 2003 wurde die Stadt Potsdam in nördliche Richtung erweitert. Jetzt zählen einige ländliche Kommunen mit hohem Landwirtschaftsanteil zum Stadtgebiet.

men der öffentlichen Diskussion oder bei Abendveranstaltungen zum Thema, das die meisten Menschen immer noch als fernab von ihrem Leben wahrnehmen, eine Handvoll der „üblichen Verdächtigen“. Zweitens wurde die lokale Klimapolitik in der Stadt Potsdam bisher vor allem von der Verwaltung vorangetrieben oder, genauer gesagt, von einigen engagierten Leuten in der Verwaltung – die aber auch Rückhalt von der Stadt und vom Oberbürgermeister erhielten. Ehrgeizige Ziele wurden aufgestellt, vor allem aufgrund der Tatsache, dass Potsdam Mitglied des Klimabündnisses ist. Weil der Beitritt freiwillig erfolgte, können diese Ziele als eine Mischung aus freiwilligen Maßnahmen und einem „sanften Zwang“ durch eine Zivilgesellschaftliche Organisation interpretiert werden. Drittens kann man davon ausgehen, dass die Diskussion an Lebhaftigkeit gewinnen und die Teilnehmerzahlen steigen werden, sobald die Bürger bemerken, dass sich die Folgen des Klimawandels und der Klimapolitik auf den Einzelnen auswirken, sei es durch erhöhte Betroffenheit, mehr Verantwortung oder die Folgen öffentlicher Entscheidungen. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass sich die Bürger für den Klimaschutz oder eine höhere Energieeffizienz engagieren werden; möglich ist auch, dass sie sich nach Abwägung der Kosten für weniger bindende Ziele aussprechen oder dafür, die Last auf andere abzuwälzen. Auf jeden Fall wird hier eine viel breiter angelegte und maßgeschneiderte Kommunikationsstrategie nötig, genauso wie neue Formate bei entsprechenden Veranstaltungen. Viertens kann man mit Blick auf das derzeitige, starke Engagement der Bürgerorganisationen

auf dem Feld der Klimapolitik in Potsdam vorhersagen, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung immer wichtiger werden wird und dass dieses Thema über die Einflussosphäre der Stadtverwaltung und der gesetzgebenden Versammlung hinaus diskutiert werden wird. Teilweise ist das eine Nebenwirkung der wichtigen Rolle, die die öffentlichen Versorgungsunternehmen und die Wohnungsgesellschaften in Zukunft spielen werden. Wenn neue erneuerbare Energien eingeführt werden, neue dezentrale Energiesysteme möglich werden (z. B. auf der Ebene von Stadtbezirken), wenn die Elektromobilität an Bedeutung gewinnt (durch Mobilitätsmanagement), wenn Wohnungsunternehmen aktiv mit niedrigeren Energiekosten werben oder sogar einen Einstieg in die Energieversorgung erwägen – dann wird sich die Öffentlichkeit viel stärker in der lokalen Klimapolitik engagieren müssen. Für diesen Zeitpunkt sollten sich die Stadtverwaltungen auch auf die aktive Auseinandersetzung mit den Einwohnern als Mitregierenden vorbereiten.

BMU/UBA (Hrsg.) (2010) Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin/Dessau: BMU.

Kleger, Heinz (2002) Was kann europäische Urbanität heute bedeuten? In Hassenpflug, Dieter (Hrsg.) Die europäische Stadt – Mythos und Wirklichkeit. Munich: LIT Verlag, S. 143–176.

McKinsey & Company (2008) Sustainable Urban Infrastructure: London edition - a view to 2025. Munich: Siemens.

Reusswig, Fritz (2010) The New Climate Change Discourse: A Challenge for Environmental Sociology. In Gross, Matthias and Heinrichs, Harald (Hrsg.) Environmental Sociology: European Perspectives and Interdisciplinary Challenges. Dordrecht/ Heidelberg/ London/ New York/ Berlin: Springer, S. 34–61.

Engagement und Beteiligung im Klimaschutz – Drei Beispiele aus Mittel- und Osteuropa

JANA CICMANOVA

Energy Cities

Immer mehr mittel- und osteuropäische Städte entwickeln sich zu Niedrigenergiezentren mit dem Ziel einer hohen Lebensqualität für jedermann. Sie haben eine Vision. Sie sind offen für Europa und für neue Ideen, bereit, etwas zu den europäischen Energie- und Klimazielen beizutragen, motiviert, die Vertreter lokaler Interessengruppen und Bürger zu unterrichten und sie an der Schaffung einer nachhaltigen lokalen Energiepolitik zu beteiligen, und sie sind bereit, zwecks Wissens- und Erfahrungsaustausch europäischen Initiativen und Netzwerken beizutreten. Das Interesse am Beitritt zum Konvent der Bürgermeister wächst laufend, und immer mehr mittel- und osteuropäische Städte nehmen an verschiedenen Europaprojekten teil, die die Frage der Öffentlichkeitsbeteiligung beim städtischen Klimaschutz aufgreifen.

Bistrita (Rumänien):

Lokale intelligente Energieforen

Bistrita (84.520 Einwohner) trat 2006 dem europäischen Projekt BELIEF bei, einem Projekt, welches das Konzept der Nachhaltigen Energiekommunen im europäischen Maßstab fördert. Insgesamt 20 Kommunen aus 11 europäischen Ländern haben unter Beteiligung wichtiger lokaler Interessengruppen und Bürger lokale intelligente

Energieforen organisiert. Gemeinsam mit den lokalen Akteuren haben sie einen Aktionsplan für nachhaltige Energie (APNE) vorbereitet oder angepasst, genau wie einen Finanzierungsplan mit ausreichenden wirtschaftlichen Mitteln für die Umsetzung ihrer Initiativen und Aktivitäten vor Ort.

Bistrita bewarb seine lokalen intelligenten Energieforen bei den Bürgerinnen und Bürgern und lud dazu öffentliche und private Partner, Wirtschaftsverbände und NGOs ein. Der Bürgermeister unterzeichnete die Einladungen und übernahm den Vorsitz der Foren; so stellte er sicher, dass die Veranstaltungen ausreichend zur Geltung kamen, und unterstrich deren Bedeutung. Die Foren wurden regelmäßig alle drei Monate veranstaltet. Unter den Beteiligten waren die Stadtverwaltung von Bistrita, die örtliche Handelskammer, die Agrarindustrie des Bezirks Bistrita-Năsăud, die Umweltschutzbehörde, der Stromversorger und der unabhängige Wasserversorger, örtliche Verkehrsunternehmen, der Eigentümerverband, das Softwood-Sägewerk, ein IT-Anbieter, ein Lebensmittelhersteller und viele weitere. Auf diesen Foren diskutierten die Teilnehmer darüber, wie sie zu dem lokalen APNE und seiner Weiterentwicklung beitragen könnten.

Im Oktober 2009 trat Bistrita dem Konvent der Bürgermeister bei und verpflichtete sich zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 20 Prozent bis zum Jahr 2020. Die Partnerschaften mit den lokalen Interessengruppen und Bürgern im Rahmen von BELIEF trug entscheidend zur Vorbereitung eines grundlegenden Emissionsinventars und zur Aktualisierung des APNE bei.

Weitere Informationen

Einzelheiten über BELIEF unter: <http://www.belief-europe.org/>

Einzelheiten zum APNE von Bistrita: http://www.eumayors.eu/about/signatories_en.html?city_id=982&seap

Einzelheiten zum BELIEF-Leitfaden (entwickelt mit dem Ziel, Stadtverwaltungen dabei zu helfen, Interessengruppen und Bürger im Hinblick auf gemeinsame Ziele und Projekte an einen Tisch zu bringen, insbesondere bei lokalen Energieforen) <http://www.belief-europe.org/-INFO-CENTREto unite stakeholders and citizens around common objectives and projects, especially in Local Energy Forums> <http://www.belief-europe.org/-INFO-CENTRE>

Gabrovo (Bulgarien): Städtische Energiespartage

Gabrovo (60.748 Einwohner) und 42 weitere Städte aus zehn neuen Mitgliedstaaten sowie Kroatien entschlossen sich zur Teilnahme an dem Europaprojekt MODEL und dazu, ihren Bürgern und lokalen Interessengruppen beim vernünftigen Umgang mit Energie als gutes Beispiel voranzugehen. Diese Städte haben kommunale Energiesparmanager ernannt, eine Energieabteilung innerhalb ihrer Verwaltung eingerichtet, lokale Energieaktionspläne und Energie-Informationssysteme entwickelt und die Finanzierung konkreter Vorhaben unterstützt. Die Kommunikation mit den Bürgern war von zentraler Bedeutung für diesen Prozess. Jährlich wurden Städtische Energiespartage (Municipal Intelligent Energy Days, MIED)

organisiert, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie die lokalen Behörden Energie sparen und auf welche Weise die Bürger zu den Bemühungen der Stadt um die Senkung des Energieverbrauchs beitragen können. Im Jahr 2008 wurden in acht Mitgliedstaaten 31 MIED mit über 55.000 Teilnehmern abgehalten.

Gabrovo wurde als „Beste Pilotstadt 2008“ ausgezeichnet und erzielte auch die höchste Punktzahl in der Kategorie „Beste städtische Energiespartage“. Die Stadt bewarb ihre MIED in der Zeitung Gabrovo heute, auf der Internetseite der Stadt Gabrovo und einigen anderen Internetseiten sowie mit einer Sondersendung auf Radio Gabrovo. Die Bevölkerung war dadurch gut über die Veranstaltungen informiert.

Heimische Schauspieler/innen, Bürger/innen und die Medien beteiligten sich aktiv an der Organisation der MIED. Einige Abteilungen der öffentlichen Verwaltung, das Zentrum für Energieeffizienz EnEffect in Sofia, die Leiter von Schulen und Kindergärten sowie die Verantwortlichen der städtischen Webseiten, der Lokalpresse, von Radios, Fernsehen und lokalen Unternehmen (besonders aus dem Sektor Energiesparen) beteiligten sich ebenfalls aktiv.

Die MIED warben für verschiedene Aktivitäten, die die Bürger bei ihren Energiesparbemühungen unterstützen sollten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war eine Präsentation, die alle Möglichkeiten darstellte, wie Bürger aktiv werden können, und einen Überblick über energieeffiziente Produkte gab. Die örtlichen Behörden stellten ihre Aktivitäten

auf dem Gebiet der nachhaltigen Energienutzung vor, und eine Bank sowie einige Unternehmen präsentierten ihre Energiesparprogramme und -produkte. Ein weiterer Höhepunkt war die Einweihung eines Energieeffizienz-Informationszentrums, das für die Beratung und technische Unterstützung der Bevölkerung sowie kleiner und mittlerer Unternehmen eingerichtet wurde. Daneben wurde eine Ausstellung von Kinderbildern zum Thema „Auch uns geht die Zukunft unseres Planeten an“ gezeigt.

Weitere Informationen

Einzelheiten zu MODEL: www.energymodel.eu

Einzelheiten zu MIEDs:

<http://www.energymodel.eu/spip.php?rubrique100>

Bielsko-Biala (Polen): Engagierte Bürger

Bielsko-Biala (178.000 Einwohner) trat dem Konvent der Bürgermeister bei und verpflichtete sich damit, seine CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu reduzieren. Aufgrund der Erkenntnis, dass dieses Ziel ohne die Hilfe der Bürger und ihre kleinen Schritte nicht zu erreichen sein würde, trat Bielsko-Biala dem Europaprojekt ENGAGE bei, einer europaweiten Kommunikationsinitiative, die Bürger/innen und lokale Interessenvertreter motivieren will, sich

auf lokaler Ebene zu engagieren und die ihnen zufallende Rolle beim Aufbau einer umweltverträglichen Energiepolitik zu übernehmen.

Anfangs leistete eine Kerngruppe von zwölf Städten aus zwölf verschiedenen Ländern Europas die Vorarbeit für das Projekt. Die kommunalen Verwaltungen dieser Städte standen vor der Herausforderung, die Kommunikation zu erleichtern – also sicherzustellen, dass die Beteiligung sowohl machbar als auch erstrebenswert war. Dazu mussten die Verwaltung und so viele Interessenvertreter und Bürger wie möglich mobilisiert werden, so dass ein basisorientierter Dialog begonnen werden konnte. Das Projekt hatte zum Ziel, mindestens 3.300 Interessenvertreter und Bürger zu rekrutieren, die bereit waren, eine oder mehrere ihrer täglichen Gewohnheiten zu ändern, um ihren CO₂-Fußabdruck zu verkleinern und so zum Erreichen der lokalen Energie- und Klimaziele beizutragen, wobei ihr Engagement auf Plakaten der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden sollte.

Weitere Informationen

Einzelheiten zu den Aktivitäten von Bielsko-Biala: siehe Kapitel 10.

Einzelheiten zu ENGAGE: <http://www.citiesengage.eu/>

Die europäische Postergalerie der ENGAGE-Bürger und -Interessenvertreter ist hier zu sehen: http://www.citiesengage.eu/european_gallery.php

© Mesto Kopřivnice



Bürgerbeteiligung beim städtischen Klimaschutz – Das Beispiel Bielsko-Biala (Polen)

Ein Interview von **KATHARINA ABRAMOWICZ** mit
ZBIGNIEW MICHNIOWSKI
Stellvertretender Bürgermeister von Bielsko-Biala

Welche Klimaschutzmaßnahmen werden in Bielsko-Biala umgesetzt?

Momentan führen wir mehrere Projekte durch. Einige von ihnen betreffen den Klimaschutz direkt und wurden vom Konvent der Bürgermeister (CoM), dem wir vor zwei Jahren beigetreten sind, entwickelt. Die Aktionen in Bielsko-Biala, mit deren Hilfe Energie gespart, das Klima geschützt und die Kohlendioxidemissionen gesenkt werden sollen, reichen aber weiter zurück bis in die 1990er Jahre: Schon 1994 gab es in Bielsko-Biala ein Büro für Energiemanagement, das immer noch aktiv ist. Bei den ersten Projekten, die realisiert wurden, ging es um das Energiemanagement von öffentlichen Gebäuden in unserer Stadt, vor allem Schulen. Angesichts der großen Anzahl von über 150 Gebäuden dieser Art waren die Ergebnisse nach der Ergreifung einfacher Maßnahmen überall direkt sichtbar und generierten einen beträchtlichen wirtschaftlichen Nutzen. Es stellte sich heraus, dass sich einfache Lösungen beim Energiemanagement eines Gebäudes in Kombination mit einer verbesserten Wärmedämmung nach nur vier oder fünf Jahren auszahlen können. Dieses Programm finanziert sich langfristig selbst.

Außerdem ist uns wichtig, dass unsere Aktionen auf eine für jedermann verständliche

Art vermittelt werden. Erst vor drei Jahren, als ich mich zu fragen begann, was sich die Menschen eigentlich unter Energieeffizienz vorstellen und was sie von der Umsetzung guter Praktiken beim Energieverbrauch halten würden, kam ich auf die Idee, ein Diagramm zu erstellen. Diese graphische Darstellung des Themas überzeugte nicht nur die Mitarbeiter der Stadtverwaltung und alle Beteiligten, sondern erwies sich vor allem als äußerst wertvolle Verständnishilfe beim Kongress des polnischen Städteverbands Związek Miast Polskich. Die Bürgermeister/innen waren begeistert, und die Teilnehmer des Kongresses erkannten klar und deutlich, dass unsere Maßnahmen effizient sind und das Geld sparen.

Im Laufe der Jahre bekamen wir viele Anregungen, sowohl von Energy Cities als auch vom polnischen Netzwerk Energie-Cités, das 1994 gegründet wurde. 1997 traten wir Energy Cities bei: Dies war die logische Folge unserer Aktionen und der Zusammenarbeit mit anderen Städten beim Entwurf eines konkreten Modells zum städtischen Energiemanagement. Diese beiden Organisationen (wir sind das einzige polnische Mitglied von Energy Cities) förderten viele Projekte in Bielsko-Biala. Die Wirkung zeigt sich am deutlichsten bei öffentlichen Gebäuden, insbesondere

Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Die Stadt beteiligte sich außerdem an einem Projekt namens SchooBie-Do, das die Verhaltensweisen nicht nur im Bereich Strom, sondern auch in den Bereichen Heizung, Gas und Wasser verbessern sollte. Die Schüler/innen begegneten dem Projekt zunächst eher skeptisch, doch nachdem ihnen anhand von Grafiken die Vorteile erklärt worden waren, entwickelten sie ein starkes Interesse daran, mit anderen Schulen in Wettbewerb zu treten. Dies erwies sich als äußerst motivierend. So nahmen die Jugendlichen an dem Projekt teil, und sie arbeiteten bereitwillig und gern zusammen.

Bei einem weiteren europäischen Projekt namens DISPLAY wurden die Ergebnisse der einzelnen Schulen im Freien ausgestellt. An den Außenwänden der Schulgebäude wurden große Plakate aufgehängt, auf denen die Errungenschaften der jeweiligen Schule bekanntgegeben wurden: Reduzierung der CO₂-Emissionen, Steigerung der Energieeffizienz und Einsparungen bei Wasser und Strom.

Ein weiteres, für uns sehr wichtiges, Projekt namens MODEL wurde vor vier Jahren ins Leben gerufen. Ursprünglich ist es ein Projekt des Energy-Cities-Netzwerks. Das Ziel war der Entwurf von Modellstädten, die durch ihre eigenen Aktionen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch anderen Städten als Vorbild dienen könnten. Vor drei Jahren wurde MODEL von Andrzej Piebalg, dem damaligen Energiebeauftragten der Europäischen Kommission, als „vielversprechendstes Projekt in Europa“ ausgezeichnet. Wir fühlten uns sehr geehrt,

obwohl wir interessanterweise nicht einmal direkt teilnahmen, da wir ohnehin schon eine Modellstadt waren, die im Rahmen des Energie-Cités-Netzwerks eine beratende Funktion erfüllte. Das Herzstück des Projekts, also die Einführung eines Energie-Teams und bestimmter Mechanismen zur Überprüfung des Energieverbrauchs in öffentlichen Gebäuden, war für viele Jahre unser Haupttätigkeitsfeld. Zweifelsohne bestand eine der wichtigsten Aufgaben des Energie-Teams darin, einen Energiefahrplan für die Stadt zu entwerfen, und dies war auch die Grundlage unserer jahrelangen Bemühungen um mehr Energieeffizienz.

Der nächste Schritt war der Beitritt zum Konvent der Bürgermeister (CoM). Ungefähr zum Zeitpunkt der Auszeichnung für das MODEL-Projekt von Energy Cities kam die Idee des CoM-Beitritts auf. Wir waren unter den ersten 41 europäischen Städten, die sich für die Idee begeisterten, und versprachen, bei dieser überaus wichtigen Initiative eine aktive Rolle zu übernehmen. Es dauerte ein Jahr, alle beteiligten Akteure – darunter auch den Stadtrat – zu überzeugen, dass hier ein hochinteressantes Konzept vorlag und die Stadt daran teilnehmen sollte. Der Rat akzeptierte den Beschluss, dem CoM beizutreten, und zusammen mit 350 weiteren europäischen Städten unterzeichneten wir als eine von vier polnischen Mitgliedern das Dokument. Der Beitritt zum Konvent ging mit der Verpflichtung einher, für die nächsten zehn Jahre einen eigenen Aktionsplan für nachhaltige Energie zu entwickeln. Den schwierigsten Moment erlebten wir, als wir feststellten, dass wir dafür ungefähr 300 Millionen Zlotys über

diesen Zeitraum aufbringen müssten, also etwa 30 Millionen Zlotys pro Jahr. Unsere Entscheidungsträger verließ der Mut, und es schien aussichtslos, dass dieses Projekt jemals im Stadtrat Erfolg haben würde. Die Einstellung unseres Bürgermeisters war aber sehr pragmatisch: Er wollte genaue Schätzungen darüber haben, wie viel Geld zu welchem Zeitpunkt aufgewendet werden müsste, wie die Aussichten für eine Amortisation dieser Investitionen aussähe und ob eine solche überhaupt zu erwarten sei. Wir nahmen es also auf uns, diese Berechnungen durchzuführen und exakte Zahlen vorzulegen. Sie erwiesen sich als glaubwürdig und realistisch genug, um alle beteiligten Parteien für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Wir arbeiten noch immer sowohl mit der polnischen Organisation Energie-Cités als auch dem europäischen Energy-Cities-Netzwerk zusammen. Dazu gehört auch die Mitarbeit am Projekt IMAGINE, in dessen Rahmen dutzende europäische Städte zeigen wie sie ihre Klimapläne umsetzen. Es wurde eine Plakatausstellung zur Präsentation der interessantesten Klimaziele einzelner Städte organisiert. Sie fand auch in Polen begeisterten Anklang.

Eine weitere unserer Aktionen, an der abermals Schulen beteiligt sind, findet im Rahmen des Projekts Euronet 50/50 statt. Sie konzentriert sich auf eine verbesserte Energieeffizienz durch nicht-finanzielle Maßnahmen, die den Wasser-, Wärme- und Stromverbrauch und in der Folge die CO₂-Emissionen senken. Durch Aufklärung, organisatorische Maßnahmen oder schlichte Änderung von Gewohnheiten wollen wir

die Ausgaben der Stadt effizienter gestalten. Wenn wir dann nach einer Weile wissen, wie viel wir einsparen konnten, soll die Hälfte des durch das Projekt eingesparten Geldes der Schule und die andere Hälfte der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die ersten Ergebnisse liegen uns schon vor, und sie sollen an dieser Stelle Erwähnung finden: Wie sich herausstellte, erbrachte eine unserer Schulen die beste Leistung! (50 europäische Schulen, darunter elf aus Polen, nehmen an dem Projekt teil.) Die jungen Teilnehmer sind natürlich ganz begeistert von ihrem Erfolg.

Außerdem würde ich gern das Projekt ENGAGE erwähnen, an dem sich zwölf europäische Städte beteiligen. Ziel dieses Projekts ist die finanzielle, organisatorische und inhaltliche Unterstützung bei allen Maßnahmen des Konvents der Bürgermeister. Drei ausgewählte städtische Mitarbeiter werden über die nächsten drei Jahre ungefähr drei Tage im Monat an diesem Projekt arbeiten, was den Bekanntheitsgrad deutlich erhöhen kann. Es sind in diesem Rahmen diverse Aktivitäten geplant. Zuerst sollen im Oktober Energietage mit einer begleitenden Plakatkampagne stattfinden. Wir haben 300 so genannte Energiebotschafter ausgewählt. Ihre Aussagen zu den Zielen des CoM (3x20-Paket: Senkung der Kohlendioxidemissionen, Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung alternativer Energiequellen um je 20 Prozent) werden anschaulich mit Hilfe von Plakaten und großflächigen Anzeigen bekanntgegeben. Dies soll unseren Bürgern zeigen, dass wir bei klimafreundlichen Aktionen im Vergleich europäischer Städte weit vorn liegen.

An welchen Aktionen können sich Bürger und andere Interessierte engagieren? Und wie?

Wir haben vor allem kommunale Unternehmen eingebunden. AQUA beispielsweise ist zuständig für die Wasserversorgung und Abfallentsorgung. Dieses Unternehmen verfügt über Programme für mehr Energieeffizienz bei allen Betriebsabläufen und führt ein höchst interessantes Biogasprojekt durch. Ab sofort deckt die Biogasproduktion durch die Abfallverarbeitung den gesamten betriebseigenen Energie- und Wärmebedarf des Unternehmens. Da sich das Projekt noch in der Entwicklungsphase befindet, kann künftig möglicherweise ein Energieüberschuss verkauft werden. In Europa werden solche Projekte am häufigsten für den Betrieb von Anlagen mit Biogas durchgeführt (z. B. in Stockholm).

Auch das Unternehmen THERMA ist einer unserer Kooperationspartner. Es versorgt über 50 Prozent der privaten Haushalte und Betriebe in Bielsko-Biala über ein Fernheizwerk mit Wärme. THERMA hat durch eine umfassende Aufrüstung seines Wärmenetzwerks hervorragende Ergebnisse erzielt, unter anderem auch eine Reduzierung der Verlustwärme um einige Prozent pro Jahr. Aufgrund der Größe des Wärmenetzwerks von Bielsko-Biala wird dieses Projekt noch bis 2020 laufen. Die Minimierung von Verlustwärme ist für die Stadt sehr wichtig, ebenso wie neue Technologien zur Wärmeverteilung und Isolierung sowie für den Umgang mit Betriebsausfällen.

Ein weiteres Unternehmen, Miejski Zakład Komunikacji (MZK), betreibt den gesam-

ten öffentlichen Nahverkehr der Stadt. Im Laufe der letzten Jahre hat MZK seinen Busfuhrpark in punkto Kraftstoffeffizienz an die aktuellen europäischen Richtlinien angepasst. Wir überlegen derzeit, ob in ein paar Jahren von Dieselmotoren auf Erdgas oder sogar Biogas umgestellt werden soll.

Bei der Entwicklung unseres Energieplans, zu der wir nach polnischem Recht verpflichtet waren, erkannten wir die Notwendigkeit, das Kraftwerk von Bielsko-Biala zu erneuern, da es ab 2014 nicht mehr den europäischen Standards für Luftverschmutzung genügen würde. Dies erwies sich als ernstes Problem, denn das Kraftwerk gehört einem Energieunternehmen. Die von uns angestoßenen Verhandlungen waren am Anfang schwierig, da die Kostenschätzungen höher lagen als zunächst erwartet. Nach langen Diskussionen willigte die Firma ein, einen Modernisierungsplan zu entwerfen. Jetzt wird investiert, um den Wirkungsgrad durch Kraft-Wärme-Kopplung von aktuellen 62 Prozent auf 87 Prozent zu steigern. Diese Steigerung soll durch einen neuen, höchsten Standards entsprechenden Brennraum sowie durch den Einsatz eines riesigen Wärmespeichers erreicht werden. An dieser Stelle muss ich anmerken, dass Kohle seit vielen Jahren unsere Hauptenergiequelle ist und es noch für lange Zeit bleiben wird.

Auch die Bürger von Bielsko-Biala engagieren sich für unseren Energieplan. So gibt es zum Beispiel ein Projekt, bei dem die Stadt Finanzhilfen für die Auswechslung von Boilern in Privathäusern zu Verfügung stellt. Die polnische Abkürzung dieses Programms

für die Reduzierung der Emissionen lautet PONE. Ziel ist es, die veralteten Boiler in freistehenden Gebäuden durch moderne Geräte zu ersetzen, die durch den Verbrauch hochwertiger Kohle den Wirkungsgrad um eine zweistellige Prozentzahl steigern und die Luftverschmutzung um 30 Prozent senken. Außerdem unterstützen wir Bürger, die vom Heizen mit Kohle auf Gas, Strom oder Wärmerückgewinnung umstellen. Ab diesem Jahr stehen Zuschüsse für diejenigen zur Verfügung, die zur Installation von Solarzellen bereit sind. Allerdings decken diese Transferleistungen nicht die Gesamtkosten. Trotzdem ist diese Maßnahme bei unseren Bürgern sehr beliebt, was sich daran zeigt, dass die verfügbaren Fördermittel sofort abgerufen werden. Auch für unsere neuen Projekte erhalten wir viele positive Rückmeldungen.

Welchen Einfluss die Stadt auf das Engagement ihrer Bürger hat, ist schwer zu sagen. Wir haben festgestellt, dass manche Bürger sogar ohne finanzielle Unterstützung durch die Stadt Solaranlagen installieren. Dies ist ein Hinweis auf ein wachsendes Bewusstsein der Bürger für alternative Energiequellen.

Wer nutzt Ihrer Erfahrung nach die Möglichkeiten, die sich durch die Energieaktionen der Stadt ergeben? Handelt es sich dabei immer um die gleiche Gruppe von Bürgern?

Das ist schwer feststellbar, denn wenn wir die gesamte Bevölkerung von Bielsko-Biala betrachten, ist die Beteiligung statistisch gesehen gering. Wichtig ist die Erkenntnis,

dass die teilnehmenden Bürger zwar die sprichwörtliche Schwalbe sind, die noch keinen Sommer macht, aber ihr Engagement zeigt, dass der Sommer vor der Tür steht. Jeder einzelne, der sein Verhalten ändert, wird zum Botschafter der neuen Denkweise.

Obwohl unterstützende Signale durch die Nationalregierung für die kommunalen Umweltmaßnahmen bislang ausbleiben, bin ich der Ansicht, dass es früher oder später zu einer Kooperation kommen muss. Der frühere Energiekommissar Andrzej Piebalg stellte bei der Gründung des CoM eindeutig klar: Ohne die Städte und Gemeinden, ohne die Einbindung der Bürger werde kein europäischer Plan für mehr Energieeffizienz oder Klimaschutz gelingen. Die Regierung muss einsehen, dass erneuerbare Energien anders als ein großes, zentrales Atomkraftwerk durch unzählige lokale Aktionen genutzt werden können, die den Energieverbrauch beeinflussen und berücksichtigt werden müssen. Das Problem besteht darin, den geeigneten Grad an Organisation und Überwachung zu finden. Dann entsteht, was wir als Smart City bezeichnen. Das setzt genaue Energieberechnungen und Prognosen der vor Ort möglichen Energieproduktion voraus, damit nur der verbleibende Bedarf an Energie von außerhalb zugekauft werden muss. Zwar wird dieser Restbedarf immer noch bei 80 Prozent liegen, doch wir dürfen nicht vergessen, dass dies der erste Schritt zur Unabhängigkeit von externen (auch ausländischen) Energiequellen ist. Zusätzlich müssen wir den internen Markt der Stadt an die Smart-Energy-Anforderungen anpassen.

Was ist erfolgversprechend und was sollte bei einer Beteiligung der Bürger an den städtischen Entscheidungsprozessen vermieden werden?

Im Bereich Klimaschutz und Energieeffizienz verfügen wir über ein starkes Team, das alle Parteien der Stadt zu überzeugen imstande ist, darunter auch politische Fraktionen im Stadtrat. Trotz heftiger Auseinandersetzungen in den Ausschüssen hat der Stadtrat stets einstimmig entschieden, sei es beim CoM-Beitritt oder bei der Verabschiedung des Aktionsplans für nachhaltige Energie, der einen großen finanziellen Aufwand bedeutete. Das gegenseitige Verständnis ist unsere große Stärke. Deshalb ist uns nicht nur die Unterstützung durch den Stadtrat bei öffentlichen Debatten sicher, sondern wir haben auch die Gewissheit, dass wir die auf wirtschaftlich solider Grundlage stehenden Projekte nicht abbrechen müssen. Man muss bedenken, dass Politiker mit Meinungen arbeiten. Wir jedoch bauen auf Argumente und nicht auf Meinungen und orientieren uns an technischen und wirtschaftlichen Fakten. Und mit diesen Argumenten gelingt es uns, andere zu überzeugen. Der Erfolg von Bielsko-Biala stützt sich auf drei Pfeiler: qualifizierte Mitarbeiter, konsequentes Handeln und die Koordination mit jenen, die ähnliche Projekte leiten und mit denen ein Erfahrungsaustausch möglich ist.

Die Mitarbeiter unseres Teams sind qualifiziert genug, um selbst bei Verhandlungen mit Energieunternehmen zu überzeugen. Wir sind konsequent in unserem Handeln

und machen deshalb keine halben Sachen. Dabei gibt es keinen Kompromiss, denn Energieverbrauch oder der Einsatz bestimmter Technologien kann nicht nur zu 50 Prozent effizient sein. Das geht nicht! Entweder macht man es richtig, oder man erreicht sein Ziel überhaupt nicht. Diese beiden Aspekte, qualifiziertes Personal und konsequentes Handeln, sind ebenso entscheidend wie die Koordination. Von Anfang an haben wir mit Energy Cities zusammengearbeitet, so dass wir von der Erfahrung anderer Städte profitieren konnten. Sie haben uns bei der Entwicklung unserer Projekte und bei der Vermeidung von Fehlern geholfen. Im Gegenzug ist Bielsko-Biala immer zum Austausch von Wissen und Erfahrungen mit anderen Städten bereit – vor allem in Polen.

Was konsequentes Handeln anbetrifft: Man kann nur dann konsequent sein, wenn man davon überzeugt ist, das Richtige zu tun. Es gibt aber momentan ein entscheidendes Problem: Nur wenige Menschen kennen sich mit den Themen Energieproduktion, Energieeffizienz und Projektmanagement aus. Die Darstellungsweise und Art der Vermittlung muss also für alle sozialen Gruppen verständlich sein. Es geht darum, die gegnerischen Argumente gleich zu Beginn zu entkräften. Oft sehen wir uns mit einer sehr rationalen Einstellung konfrontiert, die von uns eine detaillierte Analyse der wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen verlangt. Dem nachzukommen, ist nicht immer einfach, denn manchmal muss man Geld investieren, um Gewinne zu erzielen, die sich nicht in wirtschaftlichen Zahlen ausdrücken lassen.

Beispiele für die Partizipation von Bürgern und anderen lokalen Akteuren in Kopřivnice (Tschechische Republik)

Ein schriftliches Interview von TINA BÄR mit IVANA RAŠKOVÁ
Stadt Kopřivnice

Was sind Kopřivnices Aktivitäten im Bereich Klimaschutz?

Einige jüngere Beispiele, bei denen die Stadt sich in Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren und der Öffentlichkeit für den Klimaschutz einsetzte, sind folgende:

- Modernisierung von Kopřivnices Abfallmanagementplan.
- Durchführung des Projekts Živá Kopřivnice [Lebendiges Kopřivnice], welches von einem Umlauffonds des Umweltministeriums finanziert wurde. Dieses Projekt bestand aus elf Maßnahmen, wie z. B. der Einführung eines Systems zur Mülltrennung per Barcode, der Bereitstellung von neuen Abfallcontainern zur Mülltrennung, der Unterstützung von Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Kampagne Den Země [Earth Day] und einer Ein-Jahres-Akademie für Senioren zum Thema Umwelt und nachhaltige Entwicklung.
- Kopřivnice schloss sich zahlreichen Städten im In- und Ausland an, die ihre Nachhaltigkeit mit speziellen Indikatoren, den sogenannten ökologischen Fußabdrücken, bewerten.

In welche Aktivitäten sind Akteure und Bürger eingebunden und wer kann teilnehmen?

Wir streben stets an, die Öffentlichkeit in unsere Aktivitäten und Aufgaben mit einzubeziehen. Wenn das Thema eine bestimmte Gruppe von Menschen betrifft, versuchen wir, uns an diese spezifische Zielgruppe zu wenden, wie z. B. beim Abwasserprojekt in Lubina, einem der drei Dörfer, die zur Gemeinde Kopřivnice gehören. Es wurden mehrere Versammlungen mit den Bürgern von Lubina abgehalten. Das Medienecho war zwar lokal begrenzt und erreichte daher vor allem die Einwohner, aber natürlich hatte jeder die Möglichkeit, sich über die Geschehnisse zu informieren. Ein Beispiel breit angelegter Bürgerbeteiligung sind öffentliche Anhörungen, deren Ergebnisse alle Einwohner von Kopřivnice betreffen (z. B. die Aktualisierung von Konzepten oder Plänen). Wenn möglich und erwünscht, versuchen wir stets, Vertreter von drei Gruppen mit einzubeziehen: Vertreter der allgemeinen Bevölkerung, des Non-Profit-Sektors und von ortsansässigen Unternehmen.

Wie sieht die Bürgerbeteiligung konkret aus? Bitte beschreiben Sie kurz die Vorgehensweise.

Bei uns hat es sich bewährt, verschiedene Methoden der Bürgerbeteiligung gemäß dem Thema, der Zielgruppe und anderer Aspekte zu kombinieren. Wir organisieren oft öffentliche Diskussionen und Runde Tische und beziehen Partner in Arbeitsgruppen oder Komitees mit ein. Oft veranstalten wir auch Kampagnen zur Bewusstseins-schaffung sowie interaktive Ausstellungen im Stadtzentrum. Und nicht zuletzt dienen natürlich die öffentlichen Meinungsumfragen und Fragebögen als wertvolle Informationsquellen.

Der Prozess der Integration der Öffentlichkeit in den Entscheidungsprozess der Stadt wird vom Gemeinderat, den Angestellten der Stadtverwaltung, die die Projekte vorbereiten, sowie manchmal auch von den Bürgern selbst initiiert. In Verbindung mit den Projekten PZM [Projekt Gesunde Stadt] und MA 21 [Lokale Agenda 21]¹ wird dann die beste Methode zur Einbeziehung der Öffentlichkeit ausgewählt. Nachdem die Veranstaltung vorab öffentlich angekündigt und beworben wurde, findet

zum öffentlich bekanntgegebenen Termin eine Sitzung statt. Diese wird normalerweise vom Koordinator organisiert, so dass die Unparteilichkeit des Mediators von der Öffentlichkeit und den Experten der Gemeinde, die die Pläne und Absichten der Stadt vorstellen, gewährleistet ist.

Gleichzeitig versuchen wir immer sicherzustellen, dass mindestens ein Vertreter des Gemeinderats anwesend ist.

Inwiefern tragen die Bürger/innen und anderen lokalen Akteure zum Erfolg dieses Prozesses bei? Gibt es Beispiele für Entscheidungen, in die sie einbezogen wurden? Und was wäre ohne die Beteiligung der Bürger anders entschieden bzw. durchgeführt worden?

Bei der Vorbereitung von Plänen und Konzepten wird die Öffentlichkeit während des gesamten Prozesses als Partner betrachtet. Bei den Sitzungen schlagen die Bürger

¹ Projekt Zdravé Město, bzw. das internationale Projekt „Healthy Cities“, wurde von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1988 ins Leben gerufen und lud alle größeren europäischen Städte zur Teilnahme ein. 15 Jahre später waren bereits 1.300 „Gesunde Städte“ in 30 verschiedenen Ländern (z. B. in Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Ungarn) geschaffen worden. Das Hauptziel des Projekts ist es, Städte, Dörfer und Regionen bei der Umsetzung von international anerkannten Zielen zu unterstützen: Gesundheit, nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität.

Eine „gesunde Stadt“ zu werden, ist natürlich nicht nur eine Aufgabe für Gemeindeoberhäupter, den Stadtrat und andere Autoritäten. Ohne die enge alltägliche Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern, die nicht zur öffentlichen Verwaltung gehören (Berufsverbände, NGOs, Schulen, Unternehmen), sowie der breiten Öffentlichkeit kann dieses Vorhaben nicht gelingen. Die „gesunden“ Städte, Dörfer und Regionen sind daher praktische Beispiele dafür, was die Lokale Agenda 21 beinhaltet (Förderung von nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene mit aktiver Einbeziehung der Bevölkerung).

Die Mistní Agenda 21 [Lokale Agenda 21] wurde zur Umsetzung der Agenda 21 auf lokaler Ebene aufgestellt (weitere Informationen unter <http://www.ma21.cz>). Die Lokale Agenda 21 ist ein schrittweises Verfahren zur Steigerung der Qualität in der öffentlichen Verwaltung, welches der praktischen Anwendung der Prinzipien von nachhaltiger Entwicklung auf lokaler und regionaler Ebene dienen soll. Im Vergleich zu anderen Methoden liefert die Lokale Agenda 21 eine höhere Qualität und effektivere Ergebnisse und bringt viele zusätzliche Vorteile mit sich: stärkere Zufriedenheit der Bürger, deren aktive Einbindung ins öffentliche Leben und in die öffentliche Entscheidungsfindung, aber auch strategische Erkenntnisse für die aktuelle und zukünftige Entwicklung des Dorfes oder der Region.

spezielle Maßnahmen, Aktivitäten und Aufgaben vor, welche dann gegebenenfalls in die Pläne mit einbezogen werden. Bei Investitionsprogrammen ziehen wir die Bürger zumindest hinsichtlich der endgültigen Ausgestaltung der Projekte hinzu. Manchmal können die Einwohner sogar selbst mitentscheiden, wie die schlussendliche Lösung aussehen soll. Als zum Beispiel ein neuer Spielplatz gebaut werden sollte, wurde der Standort dafür von den Einwohnern ausgewählt (sie schlugen einen ganz anderen Ort vor). Außerdem bestimmten sie, was auf keinen Fall auf dem Spielplatz fehlen sollte. Schließlich stellten verschiedene Firmen ihre Gestaltungsvorschläge vor, und die Bürger trafen die Entscheidung. Eine ähnliche Prozedur wurde später auch für das zur Gemeinde gehörige Dorf Vlčovice angewandt.

Wer nimmt nach Ihrer bisherigen Erfahrung die Möglichkeit zur Beteiligung wahr – handelt es sich um alle Arten von Akteuren, oder sind nur bestimmte Gruppen vertreten? Werden Ihre Beteiligungsangebote häufig genutzt?

Wie bereits vorhin erklärt, kann jeder Einwohner der Stadt bzw. des Gemeindegebiets teilnehmen: Vertreter von gemeinnützigen Organisationen, Vereinen oder Verbänden sowie Vertreter von Unternehmen oder auch „gewöhnliche“ Bürger. Es gibt hierbei keine Altersbeschränkung. Ein gutes Beispiel hierfür ist eine Reihe von öffentlichen Diskussionen, die von Jugendlichen und Kindern angestoßen wurden, die mit dem Zustand des örtlichen Skateparks unzufrieden waren. Jetzt gibt es einen gut

ausgestatteten Skatebereich, der von seinen Nutzern gestaltet wurde – den Kindern selbst. Die notwendigen finanziellen Mittel konnten durch ein externes Darlehen für die Entwicklung der Lokalen Agenda 21 bereitgestellt werden.

Wenn wir uns an die breite Öffentlichkeit wenden, nutzen wir normalerweise folgende Möglichkeiten: Aufhängen von Postern (in der Stadt, bei Organisationen und in den zur Stadtgemeinde gehörenden Dörfern), Sendungen im Kabelfernsehen von Kopřivnice, Veröffentlichung von Artikeln oder Einladungen in der Lokalzeitung von Kopřivnice sowie auf den Homepages der Stadt und des Projekts Gesunde Stadt, Radiosendungen, Ausstellungen im Vorfeld von Veranstaltungen und Presseerklärungen. Wenn wir uns an eine bestimmte Zielgruppe wenden wollen, nutzen wir folgende Möglichkeiten: A6-Faltblätter (als Postwurfsendung für Einwohner bestimmter Gebiete, Verteilung in den persönlichen Fächern von Kindergartenkindern, um deren Familien zu erreichen, Verteilung an Passanten in der Innenstadt), Fernsehdiskussionen über das betreffende Thema (meistens zwischen einem Gemeinderatsmitglied und einem Fachmann der Stadtverwaltung) ein paar Tage vor der Veranstaltung, verbunden mit einer entsprechenden Einladung dazu, schriftliche Einladungen für spezielle Organisationen sowie Einladungen per Telefon und E-Mail usw. Alle Maßnahmen richten sich speziell nach der Art des zu erörternden Themas.

Welche Vorteile liegen Ihrer Meinung nach in der Ermöglichung

von Partizipation? Welche Nachteile sehen Sie? Haben Sie mit bestimmten Hürden zu kämpfen?

Wir in Kopřivnice versuchen, die Kommunikation mit der Öffentlichkeit zum Standard in unserer Stadt zu erheben. Ganz allgemein gesagt, versuchen wir durch die Einbindung der Öffentlichkeit aktiv Missverständnissen zwischen den Einwohnern der Stadt und der Stadtverwaltung vorzubeugen (wir diskutieren lieber vorher mit den Menschen über unsere Vorhaben, als nachher auf Petitionen und Beschwerden reagieren zu müssen). Gleichzeitig glauben wir, dass Menschen eine stärkere Beziehung zur Stadt entwickeln, in der sie leben, wenn sie selbst mitentscheiden können, was dort passiert. Und schlussendlich denken wir, dass durch diese Treffen das Verhältnis zu den Einwohnern vertieft und dass das Vertrauensverhältnis zwischen der Stadtverwaltung und den Einwohnern gestärkt wird. Einfach gesagt arbeiten wir schon seit langem an der Verbesserung der Atmosphäre in Kopřivnice auf diese Weise. Wie erfolgreich wir sind, zeigen die Ergebnisse der soziologischen Untersuchung zur Zufriedenheit der Einwohner mit ihrer Gemeinde, die in den Jahren 2005, 2008 und 2010 durch eine externe Firma durchgeführt wurde. Die Ergebnisse dieser Studie sind auf der Homepage der Stadt Kopřivnice verfügbar.

Die folgenden zwei Punkte würde ich nicht als Nachteile bezeichnen, sondern eher als Aspekte, über die im Vorfeld nachgedacht werden muss, damit die Einbeziehung der Öffentlichkeit und der diversen Akteure

systematisch abläuft und gut organisiert ist und nicht zu einer reinen Formsache verkommt. Zunächst können diese beiden Punkte auch ohne Zusatzkosten angegangen werden, dann handelt es sich aber nur um Übergangslösungen.

- **Finanzen:** Für das Anmieten von Veranstaltungsorten für die Versammlungen mit den Einwohnern (manchmal werden Räume für bis zu 100 Teilnehmer benötigt) sowie für Catering, diverses Arbeitsmaterial und die Bezahlung des eingesetzten Personals.
- **Zeit und Personal:** Je nach Veranstaltungsart werden einige Personen für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Veranstaltung benötigt, also für Aufgaben, die eigentlich nicht in ihrer Stellenbeschreibung enthalten sind. Außerdem wird zumindest ein Moderator benötigt, der Veranstaltungsort muss vorbereitet werden (Tontechnik und andere Ausrüstung), und die Kommentare und Mitteilungen der Teilnehmer müssen weitergegeben werden.

Kopřivnice ging diese Herausforderungen folgendermaßen an:

Um die nationalen Kriterien der MA 21 [Lokale Agenda 21] zu erfüllen, wurde 2004 eine Koordinatorenstelle für das Projekt PZM [Projekt Gesunde Stadt] eingerichtet, deren Hauptaufgabe es ist, die lokale, regionale und nationale Kooperation anzuregen und zu unterstützen und die

Öffentlichkeit in den Entscheidungsprozess mit einzubeziehen. Seit Anfang 2009 untersteht die Koordinatorenstelle dem Stadtentwicklungsdezernat in der Abteilung für Strategische Planung. Ein weiterer ähnlicher Berührungspunkt mit der Öffentlichkeit ist das Dezernat für Bildung und Außenbeziehungen, welches zuständig ist für die externe Kommunikation der Stadt. Der Koordinator für das PZM- und MA-21-Projekt arbeitet daher eng mit dem Pressesprecher der Stadt zusammen, der auch für Kopřivnice Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist. Bei Rückmeldungen vonseiten der Öffentlichkeit ist der Sprecher unter anderem dafür verantwortlich, Presseartikel herauszugeben, an TV-Diskussionen und Diskussionsforen teilzunehmen und Informationen auf der Homepage der Stadt bereitzustellen.

Ein Risiko besteht beispielsweise darin, zu viel von der Öffentlichkeit zu erwarten. Mit der Möglichkeit, an externe Ressourcen der EU zu gelangen, eröffnen sich neue Aussichten für Städte, die nötigen Finanzmittel zu erhalten. Viele Städte, darunter auch Kopřivnice, weiteten ihre Aktivitäten zur Mitteleinwerbung aus; gleichzeitig wurde es immer wichtiger, die Öffentlichkeit in die Planung von Veranstaltungen einzubeziehen. Während der darauffolgenden zwei Jahre mussten wir dann sorgfältig überlegen, wie oft, mit welchem Ziel und in welcher Form wir mit unseren Partnern kommunizieren sollten, damit diese nicht regelrecht mit Aufmerksamkeit überschüttet und überfordert würden. Es bestand das Risiko, dass die Bürger das Interesse verlieren, sollte die Beteiligung mit der Zeit weniger attraktiv werden.



© Mesto Kopřivnice

Gab es Rückmeldungen von den Teilnehmern? Wurde der Prozess ausgewertet und was waren die Ergebnisse?

Bei jeder Veranstaltung werden neben anderen Unterlagen Auswertungsfragebögen ausgeteilt, um Ideen zu sammeln, wie die öffentlichen Sitzungen weiter verbessert werden können. Das Ausfüllen dieser Fragebögen ist vollkommen freiwillig, was

sich auch in der Antwortquote von ca. 22 Prozent widerspiegelt. Die gestellten Fragen beziehen sich auf Termin und Ort des Treffens. Wir fragen auch, ob die vorgelegten Informationen klar genug waren usw. Am Ende des Fragebogens gibt es ein Textfeld, in dem die Befragten frei beschreiben können, womit sie bei der Veranstaltung zufrieden und womit sie unzufrieden waren. Schließlich bitten wir die Befragten, die Veranstaltung auf einer

Skala von eins bis fünf zu bewerten (eins ist die schlechteste Bewertung, fünf die beste). Die Auswertungen des Fragebogens werden stets in die Veranstaltungsberichte miteinbezogen, die dann auf der Homepage der PZM- und MA-21-Projekte veröffentlicht werden.

Details about the Local Agenda 21: <http://www.koprivnice.cz/index.php?id=zapisy-zdrave-mesto-koprivnice/>

Details about the Project Healthy Town: <http://zdravemesto.koprivnice.org/>

Das Workshop-Projekt Danube der Stadt Straßburg (Frankreich)

CÉCILE CUNY

Centre Marc Bloch/Universität Paris 8

Ähnlich wie in anderen westeuropäischen Staaten war auch in Frankreich das seit den 1970er Jahren vorherrschende Modell des Städtewachstums jenes der Zersiedelung der Landschaft, des sogenannten „Urban Sprawl“. Seit den 1990er Jahren jedoch entwickeln verschiedene Städte alternative Modelle, die geprägt sind von einer Aufwertung des Stadtzentrums (einschließlich einer Beendigung oder sogar einer Umkehrung der Flucht in die Vorstädte und Außenbezirke) und die mit einem relativen Rückgang oder einer Stabilisierung des Vorstadtwachstums einhergehen. Zu diesen Städten gehört auch Straßburg, das mit seinen rund 450.000 Einwohnern die elftgrößte Stadtregion Frankreichs ist.¹

In den Jahren 2008/2009 gewann die Stadt Straßburg bei einem vom französischen Umweltministerium lancierten Wettbewerb für Ökostadt-Projekte eine nationale Auszeichnung. Die von Straßburg vorgeschlagene ökologische Entwicklungsstrategie beruht auf einer ehrgeizigen Erweiterung des

Stadtzentrums am Rhein entlang in Richtung Kehl, der Nachbargemeinde auf der deutschen Seite der Grenze. Die Strategie zielt auf einen Bevölkerungszuwachs von 50.000 Einwohnern bis zum Jahr 2025 ab. Zur Erhöhung der Bevölkerungsdichte im Stadtzentrum sieht die Strategie auch eine Umsetzung von 24 Projekten innerhalb der aktuellen Stadtgrenzen vor.

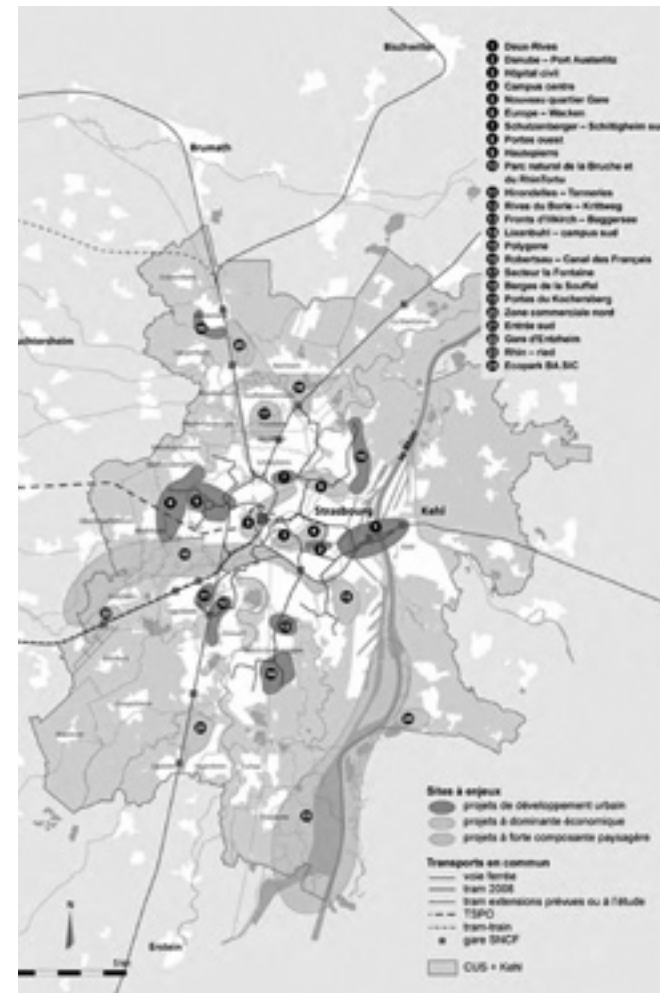
Dieses Vorzeigeprojekt der Stadt Straßburg, die seit 2008 einen sozialistischen Bürgermeister hat (seine Amtsvorgängerin gehörte einer konservativen Partei an), wird begleitet von einer Reihe über die gesetzlichen Anreize hinausgehender Initiativen zur Förderung einer „lokalen Demokratie“. Bereits seit der Einführung des Gesetzes zur lokalen Demokratie („Loi relative à la démocratie de proximité“) im Jahr 2002 müssen sämtliche französischen Gemeinden mit mehr als 80.000 Einwohnern Stadtteilbeiräte ins Leben rufen. Das Gesetz lässt den Gemeinden jedoch die Freiheit, Funktionen, Kompetenzen und Zusammensetzung dieser

lokalen Einrichtungen selbst zu definieren. Derartige lokale Strukturen sind also nichts Neues in Straßburg, doch im Vergleich zur bisherigen Gesetzgebung wird den Organen der neuen Initiativen gegenüber der Kommunalregierung mehr Autonomie zugestanden (z. B. steht ihnen keine gewählte Amtsperson mehr vor). Des Weiteren werden sie zu sämtlichen im betreffenden Stadtteil geplanten Projekten systematisch konsul-

tiert, und ein Teil ihrer Mitglieder wird per Los bestimmt. Zusätzlich hat die Stadt auch partizipatorische Strukturen entwickelt, die auf junge Menschen (z. B. Jugendräte) sowie Immigrantengemeinschaften (Räte von Nicht-EU-Ausländern) ausgerichtet sind – Personen also, die bei den Kommunalwahlen kein Stimmrecht haben.

Im Jahr 2009 hat das Straßburger Amt für lokale Demokratie („Service de la démocratie locale“) eine neue Methode zur Förderung der Bürgerbeteiligung ins Leben gerufen. Nach dieser Methode – einem Workshop-Projekt, das unter dem Namen „Atelier urbain“ (Stadtplanungsworkshop) bekannt ist – wird die Bürgerbeteiligung weder auf Stadtteilebene organisiert, noch richten sich Initiativen zur Förderung der Bürgerbeteiligung an eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Der neuen Methode liegt vielmehr ein Stadtentwicklungsprojekt zugrunde. Ein erstes Experiment mit dieser Form der „gemeinschaftlichen Stadtentwicklung“ begann im Juni 2008, nur wenige Monate nach den Kommunalwahlen, mit dem Ziel, die Schaffung eines neuen Stadtteils – des Öko-Viertels Danube – am rechten Rheinufer zu planen (siehe Karte 1).

Das Danube-Workshop-Projekt wurde ursprünglich von Alain Jund, dem für die Stadtentwicklung zuständigen Referenten des Bürgermeisters, ins Leben gerufen. Ziel war eine umfassende Neubewertung des Projekts zur Schaffung des Öko-Viertels Danube, für das die alte Stadtregierung bereits Studien eingeleitet hatte, sowie eine transparente Debatte über das Projekt.² Die gewählten Amtspersonen, die technischen



Karte 1: Die 24 Projekte der Ökostadt-Initiative EcoCités der Stadt Straßburg, Stadt Straßburg 2010.

1 Seit der Volkszählung im Jahr 1990 verwendet die französische Statistikbehörde (INSEE) bei der Messung des Städtewachstums auf französischem Staatsgebiet den Begriff „aire urbaine“ (Stadtregion). Dieser Begriff ist definiert als die Gesamtheit aller räumlich miteinander zusammenhängenden Gemeinden (ohne Enklaven), bestehend aus einem städtischen Pol (wobei eine städtische Siedlungseinheit mindestens 5.000 Arbeitsplätze bieten muss) und einem periurbanen Gürtel, der sich aus ländlichen oder städtischen Gemeinden zusammensetzt und dessen erwerbstätige Wohnbevölkerung zu mindestens 40 Prozent in der Stadtregion tätig ist.

2 Interviews mit der verantwortlichen Person für das Danube-Projekt vom 8. Juli 2011 sowie ein Interview mit der Leitung des „Atelier urbain“ vom 8. April 2011.

Dienste, verschiedene Experten und eine Reihe im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung aktiver Verbände (Carsharing-Vereine, Baugemeinschaften, Verbände zur Förderung von Öko-Vierteln) trafen sich im Juni 2008 zu einer ersten Sitzung, bei der ihnen das Projekt vorgestellt wurde. Zum damaligen Zeitpunkt war das Ziel der Initiative eine Neudefinierung der Vorgaben bezüglich der Wahl eines Planers (siehe Kasten 1). Die Teilnehmer wurden in drei themenspezifische Workshops eingeteilt: 1. der öffentliche Raum und die Rolle des Autos, 2. Stadtplanung, 3. Organisation und Steuerung des Projekts. Diese Workshops mündeten in zwei dreitägige Sitzungen im Oktober und November 2008.

Parallel zu diesen Sitzungen organisierten drei lokale Verbände auch interne Treffen, um ihre eigenen Beiträge weiter auszuarbeiten. Diese Beiträge wurden beim Abschluss-treffen im Dezember 2008, an dem die Ergebnisse der Workshops zusammengefasst wurden, eingereicht.³

Im Jahr 2009, während der öffentlichen Debatten im Zusammenhang mit der Wahl eines Planers, unternahm die Gruppe verschiedene Stadtteilbesichtigungen und stattete dabei auch dem Öko-Viertel in Tübingen einen Besuch ab. Dieser Besuch ermutigte die Workshop-Teilnehmer, ein zusätzliches Kriterium in die Anforderungsliste für die Wahl des Planers aufzunehmen (siehe Kasten 1): nämlich die Anforderung, dass sich ungefähr zwanzig

verschiedene Bauunternehmen am Bau beteiligen und dass zur Gewährleistung von Strukturvielfalt die Parzellengröße variabel sein sollte⁴.

Im Februar 2010 wurde der ernannte Planer zum neuen Gesprächspartner im Rahmen des Projekts. Er schlug vor, zur Wahl eines Projektleiters für die städtebaulichen Arbeiten einen „wettbewerblichen Dialog“ durchzuführen (siehe Kasten 1): Drei im Vorfeld ausgewählte Teams arbeiten parallel, wobei jedes Team in Bezug auf seine Pläne Rückmeldungen aus der Gemeinde erhält. Eine „begrenzte Gruppe“ von Workshop-Teilnehmern, die unter allen Teilnehmern ausgewählt worden sind, nimmt an diesem „wettbewerblichen Dialog“ teil. Als Voraussetzungen für ihre Beteiligung müssen sie eine Geheimhaltungserklärung einhalten und an allen Sitzungen teilnehmen. Diese „begrenzte Gruppe“ ist nicht für die Wahl des Projektleiters zuständig. Diese Verantwortung fällt vielmehr dem „Lenkungsausschuss“ zu, der sich aus gewählten Amtspersonen und Mitarbeitern der technischen Dienste sowie aus zwei Mitgliedern der Stadtteilbeiräte zusammensetzt, die sich am Projekt-Workshop beteiligt und der „begrenzten Gruppe“ angehört hatten.

Zwischen März und Juni 2011 schließlich trafen sich die Teilnehmer des Workshop-Projekts bei vier weiteren Gelegenheiten, um den vom gewählten Projektteam vorgestellten städtebaulichen Ausführungsplan zu besprechen.

³ Aus den Protokollen der Sitzungen vom 26. Juni, 23. September, 14. bis 16. Oktober, 18. bis 21. November sowie vom 11. Dezember 2008.
⁴ Gemäß eines Gesprächs mit der Leitung des Danube-Projekts vom 8. Juli 2011.

Kasten 1: Die wichtigsten Schritte eines städtebaulichen Projekts in Frankreich

Seit den 1990er Jahren ersetzt der Begriff „projet urbain“ (Stadtentwicklungsprojekt oder Projekt zur Stadtteilaufwertung) in Frankreich den älteren Begriff „planification urbaine“ (Stadtplanung). Diese Umformulierung ging einher mit einer Veränderung der Stadtplanungsprozesse hin zu einer Dezentralisierung, wobei den lokalen Gebietskörperschaften – den Regionen, den Départements, den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Communautés de communes) – bei der städtebaulichen Planung und Gestaltung mehr Kompetenzen eingeräumt wurden. Der neue Begriff ist auch ein Zeichen für die gleichzeitige Minderung des Einflusses der französischen Zentralregierung in diesen Bereichen.

Die Dezentralisierung der Stadtplanungsprozesse wurde von einer Reihe gesetzlicher Änderungen begleitet. Seit der Einführung des Gesetzes zur städtischen Solidarität und Erneuerung („Loi relative à la solidarité et au renouvellement urbains“, SRU) vom 13. Dezember 2000 sind sämtliche Gemeinden dazu aufgefordert, einen lokalen Bebauungsplan („Plan local d’urbanisme“, PLU) zu erstellen, in dem die Haupttendenzen der zukünftigen Stadtentwicklung unter Einbeziehung der Bereiche Wohnraum, Verkehr, Umwelt, Wirtschaft usw. festgelegt sind. Mit anderen Worten: Der lokale Bebauungsplan (PLU) ist eine gesetzliche Umsetzung des „projet urbain“ – des Stadtentwicklungsprojekts –, das von der Gemeinde zur Einbeziehung aller Bereiche der Gebietsentwicklung (Wirtschaft, Soziales, Technologie usw.) formuliert und festgelegt wird.

Wenn eine Stadtverwaltung im Rahmen ihres PLU ein städtisches Entwicklungs- oder Neuentwicklungsprojekt für einen ganzen Stadtteil ins Auge fasst, wie beispielsweise im Falle des Öko-Viertels Danube in Straßburg, kann die Stadtverwaltung ein Planungsinstrument verwenden, das unter dem Namen „Zone d’aménagement concerté“ (ZAC, städtebauliches Erschließungsgebiet) bekannt ist. Zur Schaffung einer ZAC muss die Stadtverwaltung selbst oder über ein öffentliches oder privates Beratungsbüro eine Reihe von Voruntersuchungen durchführen, die als Grundlage für die Festlegung des Erschließungsprogramms dienen, die Entscheidung für das gewählte Gebiet rechtfertigen, die technische, wirtschaftliche und finanzielle Durchführbarkeit des Programms bewerten, die Bedingungen für eine Integration des Programms in die Gesamtplanung der Stadt festlegen und ein Umsetzungsverfahren für das Programm wählen. Nach dem französischen Städtebaurecht müssen die lokalen Behörden die Öffentlichkeit (Bürger, Vereine und Verbände) ab diesem Stadium formell konsultieren. Eine Dokumentation der Öffentlichkeitsbeteiligung muss in der Akte zur Schaffung einer ZAC enthalten sein, die Ergebnisse der Konsultation sind jedoch für die lokalen Behörden nicht verbindlich. Anders ausgedrückt: Die Behörde ist in keiner Weise dazu verpflichtet, das ursprüngliche Programm aufgrund von Rückmeldungen der Öffentlichkeit zu ändern. Eine ZAC entsteht nach Überprüfung der ursprünglichen Akte durch den für die Stadtentwicklung zuständigen Ausschuss des Stadtrates sowie nach formeller Genehmigung durch den Rat selbst.

Nach Genehmigung der Akte zur Schaffung der ZAC, wofür eine Aufstellung der öffentlichen Einrichtungen und durchzuführenden Bauarbeiten auf dem von einem Finanzierungsplan abgedeckten Gebiet erforderlich ist, übertragen die Behörden bestimmte Aufgaben häufig an externe Managementteams (öffentliche, halböffentliche oder private Unternehmen). Zu diesen Aufgaben gehören die technische Aufsicht (z. B. Inkenntnissetzung und Koordinierung aller am Projekt Beteiligten, Kauf und Vorbereitung der Grundstücke vor deren Abtretung an Projektentwickler und Käufer) sowie die Aufsicht über die städtebaulichen Arbeiten (Weiterentwicklung des Projekts durch die Übertragung der Wünsche lokaler Behörden in einen Ausführungsplan, Bestellung von individuellen Machbarkeitsstudien und Implementierung von Abtretungs- und Finanzierungsbestimmungen). Die Wahl solcher Managementteams hat in jedem Fall auf der Grundlage einer öffentlichen Ausschreibung zu erfolgen, die verschiedene Formen annehmen kann. Am häufigsten handelt es sich um einen Wettbewerb.

Bevor mit den Bauarbeiten vor Ort begonnen werden kann, muss die Akte zur Umsetzung einer ZAC auch vom Stadtrat angenommen werden.

Von allen von der Stadt Straßburg ins Leben gerufenen Workshop-Projekten (im Augenblick laufen ungefähr acht Workshops) ist das Danube-Workshop-Projekt das älteste. Die ihm zugrunde liegende „Methode“ wurde im Jahr 2009 empirisch entwickelt, ohne das bei der lokalen Demokratie gewonnene Know-how zu nutzen, das bei der Durchführung der anderen Workshops eingesetzt wird. Der Workshop profitierte von der aktiven Unterstützung des Bürgermeisters, der das Workshop-Projekt ursprünglich ins Leben gerufen hatte und an sämtlichen Sitzungen – mit Ausnahme der zwei thematischen Sitzungen im Jahr 2008 – teilnahm.

Ohne eine genaue Form vorzugeben, fordert die französische Städtebaugesetzgebung die Festlegung von Verfahren für eine Öffentlichkeitsbeteiligung sowohl zum Zeitpunkt, zu dem die Pläne zur Bestimmung der ZAC erarbeitet werden, als auch zum Zeitpunkt, zu dem die Umsetzung der vorgeschlagenen Projekte geplant wird. Die Workshop-Initiative der Stadt Straßburg als Teil des Projekts zur Schaffung des Danube-Öko-Viertels geht weit über die Anforderungen der französischen Gesetzgebung hinaus: Im Rahmen der Initiative erhalten die Teilnehmer die Möglichkeit, sich an allen Projektphasen zu beteiligen, wodurch sie in jedem Stadium der Projektumsetzung mitverfolgen können, ob ihre Rückmeldungen einbezogen wurden oder nicht. Aus Sicht der lokalen Behörde und

deren technischen Diensten ermöglicht diese Art der Initiative eine „Vervielfachung der Perspektiven“ für das betreffende Stadtentwicklungsprojekt: „Auf diese Weise vervielfacht sich die Komplexität eines Projekts, was nicht heißen will, dass das Projekt komplexer wird, als es in Wirklichkeit ist. In einem Stadtentwicklungsprojekt ist Komplexität ein realer Faktor, und man schafft es kaum, sämtliche Aspekte des Projekts einzubeziehen. Durch die Vervielfachung der Perspektiven gewinnt man einen Überblick über das Projekt in seiner Gesamtheit. Kein Projektteam eines Stadtentwicklungsprojekts könnte eine solche Funktion erfüllen.“⁵

Im Hinblick auf die Umsetzung weist die Initiative jedoch fünf verschiedene Problembereiche auf:

1. Die Teilnehmerzahl der Sitzungen begann im Laufe der Zeit etwas zu schwanken, weshalb es notwendig wurde, bereits zuvor kommunizierte Informationen erneut vorzutragen, damit die anwesenden Personen angemessen über technische Fragen wie zum Beispiel die Bodenverschmutzung diskutieren konnten.
2. Das Workshop-Projekt umfasste ungefähr hundert Teilnehmer (21 Experten, 28 private und öffentliche Projektentwickler, 11 Personen von lokalen Interessengruppen, 13 Vertreter von Verbänden, 18 Mitarbeiter der technischen Dienste des Stadtverbandes Straßburg CUS sowie drei gewählte Amtspersonen). Die „begrenzte

Photo Yves Noto-Campagna © Office de Tourisme de Strasbourg



Gruppe“ war auf 30 Personen ohne Projektentwickler beschränkt. Dennoch erwiesen sich eingehende Diskussionen mit 30 bis 50 Personen (alle 100 Teilnehmer waren selten gleichzeitig anwesend) als ziemlich schwierig.

3. Die „Diskussionswerkzeuge“, insbesondere die Techniken, die zur Visualisierung und Vermittlung einer räumlichen Vorstellung eingesetzt wurden, erwiesen sich für die Besprechung des vom Projektteam vorgeschlagenen städtebaulichen Ausführungsplans als unzulänglich: Für viele Beteiligte wurde es auf dieser Stufe der Initiative schwierig, konzeptuell vom Plan zur Realität überzugehen. Hier schien die Wertschöpfung durch die Bürgerbeteiligung weniger groß zu sein als bei der Entwicklung von Anforderungen für die Wahl des Stadtplaners.

4. Der Projektleiter schätzt, dass er ungefähr 10 Prozent seiner Arbeitszeit für Aufgaben im Zusammenhang mit der Or-

ganisation von Prozessen und Abläufen aufgewendet hat. Angesichts der Tatsache, dass sich seit Juni 2008 im Vergleich zur vorhergehenden Phase, in der das Projekt eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung (öffentliche Sitzungen und Präsentationen) aufwies, weder seine Arbeitszeiten noch die Humanressourcen des Dienstes verringerten, hätte die derart aufgewendete Arbeitszeit für eine Weiterentwicklung der technischen Aspekte des Projekts genutzt werden können.

5. Der Umfang der Debatte erwies sich als zu limitiert: Durch die Beschränkung der Debatte auf die ZAC haben die lokalen Behörden und ihr technischer Dienst den Überblick verloren, wie das Projekt mit angrenzenden Stadtentwicklungsprojekten verzahnt ist.⁶

City City of Strasbourg (2009) Démarche ÉcoCités : Strasbourg, métropole des Deux-Rives [Synthèse]. Download: http://www.strasbourg.eu/urbanisme/projets_urbains/Synthese_EcoCites.pdf?FileID=documentsprincipaux%2furbansme-logement%2fprojets_urbains%2fsynthese_ecocites.pdf

⁵ Gemäß eines Gesprächs mit der Leitung des Danube-Projekts vom 8. Juli 2011.

⁶ Interviews mit der verantwortlichen Person für das Danube-Projekt vom 8. Juli 2011 sowie ein Interview mit der Leitung des „Atelier urbain“ vom 14. April 2011.

Bürgerbeteiligung für eine nachhaltige lokale Energiepolitik – Das öffentliche Forum zu intelligenter Energienutzung in Sofia (Bulgarien)

RUMEN PETROV
Bulgarischer Photovoltaikverband

Auf Umweltthemen spezialisierte NGOs gehören sowohl hinsichtlich der Anzahl Mitglieder, als auch hinsichtlich der Vielfalt an Initiativen und der Häufigkeit, mit der Initiativen lanciert werden, zu den am weitesten verbreiteten Organisationen in Bulgarien. Eine in diesem Bereich äußerst erfolgreiche Organisation ist die Energieagentur Sofia (Sofia Energy Agency, SOFENA). Das Hauptziel der SOFENA ist die Unterstützung der öffentlichen Ämter und der Stadtverwaltung von Sofia bei der gemeinsamen Entwicklung und Umsetzung einer nachhaltigen lokalen Energiepolitik, um die Umweltverschmutzung zu verringern und deren Einfluss auf den Klimawandel zu mindern. Seit ihrer Gründung im Jahr 2001 hat die SOFENA viele verschiedene Projekte durchgeführt, die darauf abzielen, die Bewohner der Stadt im Bereich Klimaschutz in die Lokalpolitik einzubeziehen. Ein Erfolg in dieser Hinsicht ist die Gründung eines öffentlichen Energieforums zum Thema intelligente Energie – ein sogenanntes „Local Intelligent Energy Forum“ – in einem Stadtteil von Sofia.

Das Energieforum wurde im Rahmen des BELIEF-Programms initiiert, das sich die Schaffung von Energieforen in 20 europäischen Städten zum Ziel gesetzt hat. Außer-

dem wurde das Forum von der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit unterstützt und in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung von Sofia umgesetzt. Bei der Organisation und Koordination des Forums half die NGO Balkan Assist, von deren Know-how in diesem Bereich bereits verschiedene andere Sozialprojekte profitiert hatten. Dies war jedoch das erste Mal, dass die Forumsmethode auf ein bulgarisches Energieplanungsprojekt angewandt wurde.

Ziele des Forums

Das Forum hatte spezifische Ziele: eine Verbesserung der lokalen Umweltbedingungen und eine Optimierung der öffentlichen Gebäude im Stadtviertel „Zona B5“ durch die Nutzung lokaler Energiequellen und energieeffizienter Technologien. Es bestand aus einer Reihe öffentlicher, strukturierter Diskussionen, die auf die Einbeziehung aller Beteiligten (Anwohner, im Stadtviertel arbeitende Personen, Experten und Unternehmen) in die Planung, Initiierung, Umsetzung und Überwachung von Projekten zur Entwicklung nachhaltiger Energie in der Gegend abzielten, wodurch die idealen Voraussetzungen für eine breitgefächerte öffentliche Debatte geschaffen wurden. Die allgemeinen Themen, Fragen

und Probleme, die in diesen Diskussionen angesprochen wurden, gaben den Bürgern die Möglichkeit, Lösungen anzubieten und sich auf diese Weise am öffentlichen Leben zu beteiligen. Während diese Art der Bürgerbeteiligung in der Regel eine Garantie für hochwertige Ideen ist, erhöht sie auch die Verantwortung der lokalen Behörden, die sich zur Entwicklung nachhaltiger Energie bekennen und dafür sorgen müssen, dass sich die Gesellschaft gleichermaßen für die Lösung solcher Probleme engagiert.

Sofia war mit dem Pilotbezirk „Zona B5“ eine der 20 Städte, die sich am BELIEF-Projekt beteiligten. Dieses Projekt wurde im Rahmen des Programms „Intelligent Energy Europe“ finanziert, es förderte die Entwicklung nachhaltiger Energien auf lokaler Ebene. Das Stadtviertel „Zona B5“ umfasst einen Wohngebäudekomplex, zwei Kindergärten, die von 550 Kindern besucht werden, eine Sekundarstufenschule, die von 1.000 Schülern besucht wird, ein Pflegeheim mit 56 Bewohnern, die Sportanlage „Sport Sofia“, zu der verschiedene Grünflächen und unterirdische Parkplätze gehören, sowie weitere Grünflächen und einige kleinere Lokalitäten.

Im Jahr 2007 wurde das lokale Forum „Chancen für eine Verbesserung der Umweltbedingungen und eine Optimierung der öffentlichen Gebäude in der Zona B5 von Sofia durch die Nutzung lokaler Energiequellen und energieeffizienter Technologien“ durchgeführt. Im Rahmen dieses Forums fanden innerhalb von acht Monaten sechs Sitzungen statt, zu denen zwi-

schen 50 und 70 Vertreter verschiedener sozialer Gruppen einen Beitrag leisteten. Bei diesen Sitzungen wurden verschiedene Optionen – beispielsweise die Optimierung der Energieeffizienz von vier öffentlichen Gebäuden, des Zustands der Grünflächen sowie die Vorteile geothermischer Energie – vorgestellt und in Verbindung mit einer Reihe gezielter Projekte und Maßnahmen für intelligente Energie und verbesserte Umweltbedingungen diskutiert. Darüber hinaus wurde ein Seminar zum Bewerbungsverfahren für Fördermittel des EU-Strukturfonds organisiert, in dem die Vorbereitung der dafür notwendigen Dokumente erklärt wurde. Bei der sechsten und letzten Forumssitzung über die „Zona B5“ wurde ein Aktionsplan für die Entwicklung nachhaltiger Energien in diesem Stadtteil beschlossen. Es kam auch zu Diskussionen bezüglich der Finanzierung bestimmter Projekte. Neben anderen Fragen zur Stadtplanung wurden Bedenken hinsichtlich des städtischen Gebäudes geäußert, in dem die Sekundarstufenschule untergebracht ist. Für dieses Problem wurde eine Lösung gefunden.

Auf den Forumssitzungen unter der Leitung von Experten der SOFENA sprachen Vertreter von Universitäten, Unternehmen und Forschungsorganisationen über den Status von vier öffentlichen Gebäuden, über die lokalen offenen Grünflächen sowie über die Möglichkeit, zur Aufwertung des Stadtviertels auf lokaler Ebene geothermische und Solarenergie zu nutzen. Die Bürger erhielten Informationen über Solarenergieprojekte, die anhand von energieeffizienten Maßnahmen im Rahmen einer

öffentlich-privaten Partnerschaft (Public Private Partnership, PPP) bereits umgesetzt worden waren. Eine öffentlich-private Partnerschaft (PPP) würde sicherstellen, dass neue Technologien trotz ihrer hohen Kosten eingesetzt werden können, was zu einer Verbesserung der Umweltqualität führt und die Energiekosten in öffentlichen Gebäuden verringert. Daraufhin tauschten sich die Teilnehmer des Forums, das sich aus Verwaltern öffentlicher Gebäude, Sekundarstufenschülern, Bewohnern des Pflegeheims sowie Eltern und Bürgern zusammensetzte, über die Sanierung des Schwimmbades, der Höfe und der Vorplätze sowie über eine Aufwertung der Grünflächen und eine Verbesserung der Straßeninfrastruktur aus. In der Folge wurde eine Liste mit spezifischen Projekten und Maßnahmen für eine intelligente Energienutzung und eine Verbesserung der Umweltbedingungen ausgearbeitet, deren Gesamtkosten sich auf ungefähr 10 Millionen Euro beliefen.

Bei einer der Forumssitzungen wurde vorgeschlagen, ein Zentrum für Energiemanagement zu schaffen, das für den Austausch des vorhandenen, vorübergehend eingesetzten Heizkraftwerks sorgen sollte, das nicht mehr genutzt werden konnte. Der Grundgedanke des Zentrums war eine Überwachung des Energiemanagements und des Unterhalts von städtischen Gebäuden in der Hauptstadt, die Erkundung neuer Technologien sowie Beratungsdienste für Bürger und lokale Unternehmen. Im Rahmen eines Wettbewerbs beauftragte die SOFENA Studenten der University of Architecture, Construction and Geodesy mit

der architektonischen Gestaltung des Zentrums. Außerdem wurden Sekundarstufenschüler eingeladen, ihre Ideen in Form von Modellen und Aufsätzen vorzustellen, was ihnen Auszeichnungen von Balkan Assist einbrachte. Die jungen Menschen gehörten zu den aktivsten Forumsteilnehmern. Sie brachten ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass das Projekt nicht nur auf dem Papier entstehen, sondern in absehbarer Zukunft auch tatsächlich umgesetzt werden würde.

Im Rahmen des internationalen Projekts wurden die Forumsteilnehmer außerdem mit Erfolgsmethoden vertraut gemacht, die in anderen Ländern bereits eingesetzt werden. Auf diese Weise wurden sie dazu ermutigt, ihre Gewohnheiten und Denkweisen zu ändern und in ihren eigenen vier Wänden in Innovationen zu investieren.

Es ist zu erwarten, dass dieses Großprojekt mit Geldern realisiert wird, die Bulgarien durch das Arbeitsprogramm für Regionale Entwicklung im Rahmen des Struktur- und Kohäsionsfonds der EU erhält. Bestimmte Projekte jedoch können durch eine öffentlich-private Partnerschaft (PPP) schneller und effizienter umgesetzt werden: Vertreter von führenden bulgarischen und deutschen Unternehmen bekundeten bereits Interesse am Projekt, einschließlich der Installation von Photovoltaikzellen an der Fassade des Pflegeheims, der Sanierung des Schwimmbades und des Schulgebäudes sowie der Schaffung eines Zentrums für Energiemanagement. Auf diese Weise kann die Stadt die vorgeschlagenen Projekte umsetzen und die „Zona B5“ zu einem beispielhaften Stadtteil machen, in dem die lokalen Be-

© Mesto Koprivnice



Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

hörden, Unternehmen und Bürger zusammenarbeiten, um ihre Ideen zur Schaffung eines stabilen und angenehmen städtischen Umfelds zu verwirklichen.

Die Annahme, dass eine Einbeziehung dieser Art die Bürgerbeteiligung verbessert und die Bürger dazu ermutigt, die Initiative zu ergreifen und Verantwortung zu übernehmen, hat sich durch die Ergebnisse des Forums als richtig erwiesen. Zusammen mit Unternehmensvertretern, lokalen Behörden und Experten wurde ein alternatives Konzept für kommunale Nachhaltigkeit geschaffen. Die Umsetzung der Projekte wird überwacht, und das Ziel ist es, spezifische, qualitativ hochwertige Projekte zu entwickeln, die die Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Raum

verbessern. Indem die Bürger mit Erfolgsmethoden vertraut gemacht werden, die in anderen Ländern bereits umgesetzt worden sind, werden sie außerdem dazu ermutigt, Gewohnheiten und vorgefasste Meinungen zu ändern und innovative Investitionen in ihr Wohnumfeld zu tätigen.

Eine Umfrage unter den Forumsteilnehmern hat ergeben, dass diese die Ergebnisse und Errungenschaften des Projekts positiv bewerten. Es wurde beschlossen, die Arbeit des Forums fortzuführen, um die Umsetzung der geplanten Projekte zu überwachen und den Aktionsplan regelmäßig anzupassen.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie auf der SOFENA-Website: <http://www.sofena.com/>

Dieser Artikel kam dank der Unterstützung von Zdravko Georgiev, dem Geschäftsführer der SOFENA, zustande.

Die Gründung der ersten Energieagentur Estlands

MAREK MUISTE

Regionale Energieagentur Tartu

Energieagenturen dienen der Entwicklung eines nachhaltigen Energie- und deren Verkehrssektors. Mit dem Programm Intelligent Energy Europe (IEE), für das die Executive Agency for Competitiveness and Innovation (EACI) zuständig ist, fördert die Europäische Kommission seit über zwei Jahrzehnten die Schaffung neuer Agenturen. Seit Gründung der Regionalen Energieagentur Tartu (Tartu Regional Energy Agency, TREA) im Jahr 2010 verfügen alle Mitgliedstaaten über eigene Energieagenturen. Deren Aufgabe ist es, nachhaltige Energie- und Mobilitätsstrukturen zu fördern, Institutionen und Bürger zu beraten und die diesbezügliche Politik der Europäischen Kommission zu kommunizieren. Energieagenturen spielen auf kommunaler Ebene eine unentbehrliche Rolle für diese Entwicklung – aber was hat sich in den Regionen, in denen es eine Energieagentur gibt, tatsächlich geändert und welche Potenziale bestehen für Energieagenturen in den neuen EU-Mitgliedstaaten?

Kurzdarstellung des Konzepts der Energieagenturen

Das Konzept der Energieagenturen basiert auf zwei Grundgedanken: erstens, dass Energiepolitik zentral für die nachhaltige Entwicklung einer Region ist, und zwei-

tens, dass diese nachhaltige Entwicklung institutionalisiert werden sollte. Das vom IEE-Programm geförderte Konzept der Energieagenturen definiert diese als gemeinnützige Organisationen, welche die Kommunen aktiv in ihre Arbeit einbeziehen, aber unabhängig von bestehenden staatlichen oder privatwirtschaftlichen Einrichtungen sind. Nichtsdestotrotz ist es unerlässlich, dass Energieagenturen frühzeitig von den örtlichen Behörden unterstützt werden, um auf eigenen Füßen zu stehen, sobald die Förderung der Europäischen Kommission ausläuft. Tatkräftige Unterstützung vonseiten der Politik ist also entscheidend.

Bis heute wurden mit Unterstützung der Europäischen Kommission mehr als 422 europäische Energieagenturen gegründet. Jährlich melden etwa 40 bis 60 lokale Behörden neue Energieagenturen beim IEE-Subventionsprogramm an, dem Programm der Europäischen Kommission zur Unterstützung nachhaltiger Energie und Mobilität (Matrix Insight and Ecologic Institute 2010). Wenn auch nicht alle Länder gleichmäßig vertreten sind, stellen die Energieagenturen ein breites Netzwerk quer durch alle EU-Mitgliedstaaten dar. Es gibt eindeutige „Erfolgsgeschichten“ wie Frankreich und Deutschland und auch weniger erfolg-

reiche Mitgliedstaaten wie etwa Lettland und Estland. Lange Zeit gab es keine Energieagentur in Estland – bis 2010 die TREA gegründet wurde. Damit hat nun jeder Mitgliedstaat eine Energieagentur.

Schweden geht mit leuchtendem Beispiel voran: Hier wurde eine Grundstruktur von Energieagenturen geschaffen, bei der neue Agenturen in das Netzwerk der bereits vorhandenen eingebunden werden. Leider fördert nicht jedes Land Energieagenturen mit demselben Engagement – einige Länder, so auch Estland, verfügen über keine gesamtstaatliche Energieagentur. Ohne derlei Unterstützung müssen neue Energieagenturen eigenständig einen mühsamen Lernprozess durchlaufen. Da es ihnen an Wissen darüber fehlt, wie eine Energieagentur am besten funktioniert, vergeuden sie viel Zeit mit dem mühsamen Sammeln von

Erfahrungen. Dieses fehlende Wissen und Know-how war das erste größere Problem für die TREA, als sie neu gegründet wurde, und erinnert an ein beliebtes estnisches Sprichwort: „Nur der mutige Wolf ist fett“, wobei einige noch hinzufügen: „Und voller Einschusslöcher“.

Mit Unterstützung der Europäischen Kommission (über die EACI) wurde die Energieagentur der Region Tartu von der Stadt Tartu und dem Wissenschaftspark Tartu gegründet. Die Agentur ist für über 100 Gemeinden mit ca. 350.000 Einwohnern in Südostland zuständig, ein 15.000 m² großes Gebiet. Tartu, die Hauptstadt der Region, hat 100.000 Einwohner.

Die TREA erfuhr von Anfang an eine breite Unterstützung vonseiten der Gemeinden, aber es dauerte trotzdem noch über vier



Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

Zielregion der TREA – die Region Tartu in Estland, eigene Darstellung.

Jahre und bedurfte zweier Projektanträge, bis aus der ursprünglichen Idee eine arbeitsfähige Agentur wurde. Gemeinsam mit anderen örtlichen Interessenvertretern, wie z. B. Universitäten und Entwicklungsorganisationen, arbeiteten die Gemeinden sowie das Projektentwicklungsteam unermüdlich an der Vollendung des Projektvorschlags. Während dieses langen Vorbereitungszeitraums änderten sich natürlich einige Ideen, und zeitweilig schien es, als würde das Projekt niemals gelingen. Der schlussendliche Erfolg des Projekts war nicht zuletzt auf die Ausdauer der Initiatoren und des Entwicklungsteams während des Vorbereitungszeitraums zurückzuführen. Ihrer Beharrlichkeit ist es zu verdanken, dass die Projektplanung im Laufe der Zeit stetig verbessert wurde. Mit aller Entschlossenheit meisterten sie den schwierigen Lernprozess und nutzten alle ihnen dabei unterlaufenen Fehler, um daraus zu lernen.

Die TREA wurde am 1. Januar 2010 mit einem Vollzeitangestellten gegründet.¹ Die IEE-Förderrichtlinien gewähren eine Vor-

finanzierung von 60 Prozent des gesamten Subventionsbetrags, dank derer die TREA ein Büro einrichten und sich relativ schnell zu einer vollwertigen Organisation entwickeln konnte. Im Spätsommer 2010 stellte die TREA zwei Energieexperten ein, und als die Agentur ihre Aktivitäten weiter ausbaute, wurde das TREA-Portfolio² im Rahmen des Programms INTERREG IVC um ein BIO-EN-AREA-Projekt erweitert, und zwei weitere Mitarbeiter wurden angestellt. Heute sind die fünf Mitarbeiter für alle Aktivitäten der Agentur zuständig, einschließlich der Entwicklung zukünftiger neuer Dienstleistungen, und nehmen damit die vom Subventionsvertrag der IEE und des BIO-EN-AREA-Programms beschriebenen Aufgaben wahr, deren Ziel der Aufbau eines nachhaltigen Energiesektors in Südland ist.

Die TREA spielt in Estland eine überaus wichtige Rolle. Vor Gründung der TREA existierte in Estland keine unabhängige Institution, die sich mit Energiethemen in der Region befasst hätte, und obwohl es



Mitarbeiterstruktur und Expertise der TREA, eigene Darstellung.

verschiedene andere Organisationen gab, die hierfür teilweise verantwortlich waren, mangelte es diesen an Neutralität und Sachkunde. Zusätzlich zu ihren derzeitigen Aufgaben vertritt die TREA auch ein gesamtgesellschaftliches Anliegen: Probleme der nachhaltigen Entwicklung sowohl jetzt



„Maslow'sche Bedürfnispyramide“ der Energiepolitik, Christoph Frei 2008.

als auch in Zukunft anzugehen und sich für eine bessere Lebensqualität für alle Menschen in der Region einzusetzen.

Energieagenturen als Instrumente für den Klimaschutz

Den Energieagenturen liegt der politische Wille der Europäischen Union zugrunde, die europäische Wirtschaft in eine neue, nachhaltigere und umweltverträglichere Richtung zu lenken. Dies ist keine einfache Aufgabe, und es ist gut möglich, dass die Europäische Union bis heute noch nicht

alle Schwierigkeiten erkannt hat, mit denen sie künftig konfrontiert sein wird. Eines der Hauptprobleme ist die Tatsache, dass noch nie zuvor eine politische Vision in dieser Größenordnung verwirklicht wurde, so dass niemand weiß, was möglich ist und was nicht. Zur Widerlegung des weitverbreiteten Glaubens, jegliche wirtschaftliche Entwicklung sei mit einer hohen Energieintensität verbunden – ja beruhe darauf –, sind lokale Gemeinschaften auf ein unabhängiges und objektives Beratungsorgan angewiesen. Dies ist genau die Rolle, die Energieagenturen erfüllen können – eine Rolle, die ihnen einmalige Chancen bietet, aber auch eine große Verantwortung überträgt. Die „Maslow'sche Bedürfnispyramide“ stellt die langfristige Perspektive dar, die gemäß Christoph Frei in wachsenden Gemeinschaften auf die Energiepolitik angewandt und von den Energieagenturen unterstützt werden soll.

Die Situation des Sektors für nachhaltige Energie und nachhaltigen Verkehr in der Region Tartu ist ambivalent: Auf der einen Seite werden über 30 Prozent der in der Region verbrauchten Energie aus lokalen erneuerbaren Quellen erzeugt. Darüber hinaus werden über 60 Prozent aller Strecken von den Bürgern in Tartu auf nachhaltige Art und Weise zurückgelegt.³ Diese Zahlen zeigen, dass die Bevölkerung das Thema Nachhaltigkeit ernst nimmt. Auf der anderen Seite jedoch werden weniger als

1 Gefördert wurde das „Region Tartu“ genannte Projekt durch den Subventionsvertrag Nr. IEE/08/AGENCI/695 des IEE-Programms der EACI.

2 Diese Projekte ermöglichen es den Regionen, ihr Wissen zu verschiedenen Themen im Bereich erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit untereinander auszutauschen und weiterzugeben.

3 Es liegen bisher noch keine Daten für die gesamte Region vor.

10 Prozent von Estlands Strom aus nicht fossilen Quellen erzeugt, und die immer häufigere Verwendung des Privatwagens in der Region beeinflusst entsprechende Planungsentscheidungen, die mehr und mehr von einem Lebensstil geprägt sind, bei dem das Auto eine bedeutende Rolle spielt.

Energieagenturen konzentrieren sich vor allem auf zwei Bereiche: erneuerbare Energiequellen (EEQ) und Energieeffizienz (EE). Wie stark sich eine Energieagentur in beiden Bereichen engagiert und welche Methoden sie einsetzt, ist abhängig von der Art und dem Zuständigkeitsbereich der Agentur. EEQ spielen traditionell eine wichtige Rolle in der Gegend um Tartu, in der Holz (und Torf) aus der Region zur Energieerzeugung eingesetzt werden, was Arbeitsplätze schafft und die lokale Mikrowirtschaft ankurbelt. Doch die TREA ist auch mit Problemen konfrontiert, beispielsweise mit der wenig effizienten Verwendung von Brennholz oder mit der Öffnung des lokalen Energiemarkts, der bis zum Jahr 2013, wenn sich Estlands Energiesektor dem freien Markt stellt, besser entwickelt werden muss. Die TREA sucht weiterhin nach Lösungen für diese Probleme.

In Estland wird das Ziel einer verbesserten Energieeffizienz hauptsächlich mit Maßnahmen zur Steigerung der Energieleistung von Gebäuden angestrebt. Wie in zahlreichen anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gibt es auch in Estland viele hohe Wohnblöcke, von denen ein Großteil über 30 Jahre alt und sanierungsbedürftig ist. Die Sanierung dieser Gebäude bietet ein enormes Potential für zukünftige Ener-

giekosteneinsparungen, ist jedoch schwer durchführbar, weil Investitionen in Energieeffizienz nicht ohne die gleichzeitigen Sanierungskosten denkbar sind. Das erfordert hohe langfristige Investitionen und lange Amortisierungszeiträume von bis zu 15 Jahren oder mehr. Zu den Dienstleistungen der TREA gehören daher auch die Bewertung der Energieleistung von Gebäuden und die Investitionsberatung. Daneben vermittelt sie Wissen im Bereich des energieeffizienten Bauens und Sanierens und bietet Fortbildungen für alle Beteiligten.

Die Verbesserung der Methoden für das Energiemanagement ist zu einem zentralen Thema geworden. Die TREA bereitet im Augenblick eine neue Methode zur Energie- und Klimaplanung für Estland vor. Zu diesem Zweck führt sie ein Pilotprojekt in der Stadt Tartu durch, bei dem die durch den Energie- und Verkehrssektor verursachte Umweltbelastung aufgezeigt werden soll. Im Zuge dieses Projekts wurde auch die bestehende Methode der Energieplanung verbessert, so dass nun die Aspekte Umweltschutz und Soziales bei der Energieentwicklung stärker einbezogen werden. Außerdem wird eine Methode für lokale Aktionspläne für nachhaltige Energie (APNE) ausgearbeitet, die nach ihrer Fertigstellung den Beteiligten in der Region vorgestellt wird.

Dank der Rolle der TREA als regionales Zentrum für Wissensaustausch und Förderung von Nachhaltigkeit in den Bereichen Energie und Verkehr wird sichergestellt, dass die Sensibilisierungsarbeit der TREA ein weites Feld lokaler Themen abdeckt.

Die TREA veranstaltet Seminare, Konferenzen, Informationsveranstaltungen und weitere Aktionen rund um Themen, die für die Region von Bedeutung sind. Sie gibt Informationen heraus, die von Fachverbänden, durch Forschung und Feldstudien zusammengetragen wurden, und organisiert jedes Jahr eine nationale Energiewoche für die gesamte kommunale Gemeinschaft und weitere Beteiligte wie etwa Vertreter des estnischen Sektors für nachhaltige Energie.

Das Ziel der TREA ist die Zusammenarbeit, nicht der Wettbewerb. Aus diesem Grunde will die TREA mit den Dienstleistungen, die sie anbietet, nicht zu privaten Unternehmen in Konkurrenz treten. Normalerweise bietet sie auch kein Know-how an, das von anderen Organisationen bereits (in ausreichender Qualität) bereitgestellt wird. Bietet



Hauptadressaten von Energieagenturen, Matrix Insight and Ecologic Institute 2010.

die TREA dennoch eine Dienstleistung an, die bereits von einem Privatunternehmen erbracht wird, verlangt sie vom Kunden den marktüblichen Preis für die Dienstleistung, um auf diese Weise unlauteren Wettbewerb aufgrund ihrer EU-Subventionen zu verhindern.

Energieagenturen und soziale Entwicklung

Energieagenturen sind immer für einen bestimmten sachlichen und räumlichen Bereich zuständig, wobei die Mindestgröße der Zielbevölkerung einer Energieagentur 200.000 Einwohner beträgt. Bei dieser relativ kleinen Anzahl Personen kann die Agentur sicherstellen, dass sie gute Beziehungen mit den Menschen und Akteuren vor Ort aufbaut. Damit die Agentur auch nach Ablauf der Finanzierung durch die EU in der Bevölkerung und der Politik Unterstützung findet und weiterbestehen kann, ist die Schaffung enger Beziehungen von großer Bedeutung. Zur Stärkung dieser Beziehungen ist die Einbettung verschiedener Akteure in die Aktivitäten der Agentur erforderlich. Zu diesen Akteuren gehören die lokalen Behörden, Privatunternehmen, Verbraucher und Dienstleister. Studien zeigen, dass Energieagenturen häufig vor allem eine Einbeziehung der öffentlichen Behörden (eine Anforderung der Exekutivagentur für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, EACI), der allgemeinen Bevölkerung, der Industrie, der Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie der Versorgungsunternehmen anstreben.

Als unabhängiges Beratungsorgan in der Region versucht die TREA, mit möglichst vielen Akteuren zusammenzuarbeiten. Leider sind jedoch nicht alle lokalen Akteure einer Zusammenarbeit gegenüber offen. Dieser fehlende Wille zur Zusammenarbeit ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, nicht zuletzt auch darauf, dass die TREA Estlands erste Energieagentur ist,

was möglicherweise bedeutet, dass viele Aspekte der Arbeit einer Energieagentur den angesprochenen Personen fremd sind. Manchmal wird die Agentur als Konkurrenz innerhalb eines sehr kleinen Marktes wahrgenommen. In vielen Fällen sind es jedoch Missverständnisse und fehlendes

schaft als auch mit wichtigen Akteuren ist Estlands Kampagne für eine nationale Energiewoche, die jedes Jahr im November stattfindet, wobei die Vorbereitungen jeweils schon im März beginnen. Das Hauptziel der Kampagne ist es, Anbieter und Verbraucher von Energieprodukten und

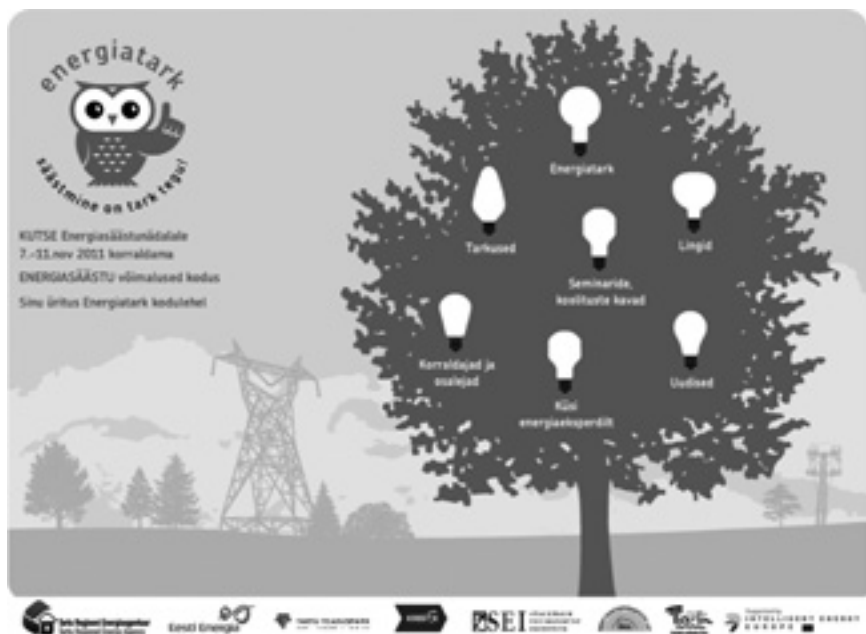
dienberichten, internen Mitteilungen und Werbematerial noch bekannter zu machen. Zu diesem Zweck wird die Agentur ihre Partner (Regierungsorganisationen, große Dienstleistungsanbieter, NGOs, Gemeinden und andere Akteure) um Hilfe und Unterstützung bitten, damit die für die Umsetzung dieser Aktivitäten erforderlichen Gelder bereitgestellt werden können.

gen Entwicklung in Verbindung gebracht. Langfristig können sich die Agenturen jedoch so verändern, dass sie eine umfassendere Rolle in der Gesellschaft spielen: zum Beispiel indem sie die Europäische Union dabei unterstützen, Klima- und Energieziele zu erreichen. Die Erfahrungen der TREA machen deutlich, dass Energieagenturen eine einmalige Stellung einnehmen, die es ihnen ermöglicht, Zusammenarbeit zu fördern und in der Gesellschaft sowie unter wichtigen Akteuren, etwa durch Veranstaltungen wie die nationale Energiewoche, Vertrauen zu bilden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Energieagenturen ein sehr effektives Modell sind, auf dessen Grundlage eine gemeinschaftliche Zusammenarbeit aufgebaut werden kann, da sie unabhängig und neutral sind. Zum heutigen Zeitpunkt werden Energieagenturen noch nicht als Instrument für die soziale Entwicklung betrachtet: Ihre Sachkenntnis wird mehr mit den technischen Aspekten der nachhaltigen

Frei, Christoph (2008) What if...? Utility vision 2020, in Energy Policy, Vol. 36, pp. 3640-3645.

Matrix Insight and Ecologic Institute (2010) Energy agencies: evaluation of the relevance of Community funding of local and regional energy agencies. Final Report. Download: http://ec.europa.eu/energy/intelligent/files/agencies/doc/energy_agencies_report_2010_en.pdf



Offene Plattform der nationalen Energiewoche in Estland: "Energiesparen ist clever!", www.energiatark.ee.

Vertrauen, die eine Zusammenarbeit, wie sie sich die TREA wünschen würde, verhindern. Dies ist typisch für Länder der ehemaligen Sowjetunion, in denen das Vertrauen allgemein relativ gering ausgeprägt ist. Die Agentur bemüht sich jedoch weiterhin darum, im Hinblick auf eine bessere Zusammenarbeit in der Gemeinschaft lokale Akteure zusammenzuführen.

-dienstleistungen zusammenzubringen. Das fünftägige Programm zieht in der Regel etwa 2.000 Menschen an. Die Initiative bietet eine Plattform, auf der praktisch jeder, der seine Produkte, Dienstleistungen oder Aktivitäten im Bereich nachhaltiger Energie vorstellen möchte, willkommen ist. Die Teilnahme ist sowohl für Anbieter als auch für Endverbraucher kostenlos. Die TREA organisiert momentan eine Task-Force, die den Auftrag hat, die nächste nationale Energiewoche anhand von Me-

Ein erfolgreiches Beispiel für eine Zusammenarbeit sowohl mit der lokalen Gemein-

Bürgerbeteiligung in der Freiburger Klimaschutzpolitik (Deutschland)

Ein Interview von **LASSE BRAND** mit **GERDA STUHLIK**
Bürgermeisterin von Freiburg

Welche Klimaschutzaktivitäten gibt es in Freiburg und auf welche Art sind Bürger/innen und andere lokale Akteure an ihnen beteiligt?

In Freiburg gibt es über einhundert Klimaschutzprojekte. Gerade weil wir so viele Maßnahmen durchführen, konnten wir in unserer Klimaschutzbilanz 2008/2009 aufzeigen, dass wir in den letzten Jahren einen kontinuierlichen Rückgang der CO₂-Emissionen um 18,5 Prozent zu verzeichnen haben. Pro Kopf umgerechnet sind es sogar 25,6 Prozent, weil Freiburg als Stadt immer noch wächst. Wir können nachweisen, dass die vielen Aktivitäten im Klimaschutz greifen und dass wir in den letzten zehn Jahren einen kontinuierlichen Rückgang der CO₂-Emissionen erreicht haben.

Klimaschutz ist in Freiburg eine Querschnittsaufgabe. Ich bin natürlich als zuständige Dezernentin für den Umweltbereich verantwortlich, aber wir haben außerdem eine Lenkungsgruppe, in der alle beteiligten Ämter und städtischen Gesellschaften sowie die relevanten Akteure Freiburgs vertreten sind. Zweimal im Jahr tauscht sich die Lenkungsgruppe darüber aus: Wo stehen wir? Wo sind die Maßnahmen gut gelaufen? Wo müssen wir nachsteuern?

Ich möchte einmal ein paar Maßnahmen benennen. Mit am wichtigsten ist der Bereich des Energieeinsparens, denn all das, was man eingespart hat, muss man nicht erzeugen. Fast zehn Jahre lang haben wir jetzt schon ein Förderprogramm namens „Energiebewusst sanieren“. Dort gibt die Stadt für die Bürger und Bürgerinnen einen Zuschuss, bar auf die Hand und nicht als Kredit, für die energetische Sanierung der Altbauten in Privatbesitz. Wir haben mittlerweile über 1.300 Antragsteller für Wärmedämmmaßnahmen oder auch Heizungsoptimierung befriedigen können. Insgesamt, neben den städtischen Zuschüssen, haben wir dadurch etwa 23 Millionen Euro bewegt. Denn neben den 10 Prozent Zuschuss der Stadt wird der Rest ja aus eigenen Mitteln investiert, und diese Summe beläuft sich in Freiburg auf über 23 Millionen Euro. Damit verbunden haben wir eine durchschnittliche Verbrauchsreduktion im Wärmebereich von 38 Prozent erreicht.

Die Stadt selbst muss wiederum Vorbild sein. Wir realisieren über unser eigenes Gebäudemanagement die energetische Sanierung der städtischen Gebäude und haben so schon fast 40 Prozent an Einsparungen im Wärmebereich erreicht. Ein drittes Beispiel ist die städtische Wohnungsbau-gesellschaft. Sie hat erst dieses Jahr ein

Hochhaus, das erste Hochhaus, nach Passivhausstandard saniert.

Bei der Sanierung im Gebäudebestand sind wir also sehr aktiv. Wir bieten weiterhin Qualifizierungen und Schulungen für Architekten, Bauherren und Handwerker an, zurzeit bearbeiten wir den Bereich der Gebäudetypen, die unter Denkmalschutz stehen. Denn das ist noch einmal eine besondere Herausforderung, für diesen Gebäudetyp optimale energetische Sanierungen zu entwickeln.

Neben der Gebäudesanierung ist darauf zu achten, wie man ambitionierte Standards von Anbeginn vorgeben kann, z. B. beim Neubau. Auf städtischen Grundstücken wird nur noch die Passivhausbauweise ermöglicht. Wir haben also klare Vorgaben für den Neubaubereich, aber der ist immer der kleinere Teil. Energieeinsparen im Gebäudebestand steht im Zentrum unserer Anstrengungen und dies geht nur mit gut ausgebildeten Fachkräften, die zudem hoch motiviert sind. Wir haben in den beruflichen Schulen gute Ausbildungsstätten, die sehr stark darauf achten, dass die zukünftigen Handwerker/innen ein umfassendes Wissen erhalten.

In unseren Schulen machen wir ein Fifty-Fifty-Programm. Das heißt, zusammen mit den Schülerinnen und Schülern wird geschaut: Wie kann man in der Schule Strom oder Wasser und somit auch Geld einsparen? Die Hälfte der Gelder, die eingespart worden sind, bekommt die Schule dann zurück. In den letzten zehn Jahren konnten somit über 1,7 Mio. Euro und 7.600 Tonnen CO₂ gespart werden.

Eine weitere Frage ist, wie man die Unternehmen mit ins Boot bekommt. Da realisieren wir jetzt schon in der zweiten Runde ein Umweltmanagementprogramm für Unternehmen namens „Ecofit“, das von der Landesregierung mitfinanziert wird. Mit Experten analysieren wir die Produktionsprozesse, um verschiedene Vorschläge zur Veränderung und zur Einsparung zu unterbreiten, so dass diese auch umgesetzt werden können. Dies verlief im letzten Jahr schon sehr erfolgreich, es konnten 510.000 Kilowattstunden Strom und Gesamtkosten in Höhe von über 180.000 Euro eingespart werden. Man muss dabei versuchen, auch Sympathieträger zu gewinnen. Bei uns in Freiburg ist einer der Sympathieträger der Fußballclub SC Freiburg. Das Projekt „Ecofit“ machen wir im zweiten Jahr und dieses Jahr ist der SC Freiburg mit dabei und lässt seine Anlagen und Prozesse überprüfen.

Die Ausgestaltung einer umweltverträglichen Mobilität ist ein weiteres zentrales Handlungsfeld, insbesondere der Ausbau unseres Straßenbahnnetzes sowie verbesserte Angebote für Radfahrer/innen und Fußgänger/innen. Wir versuchen auch durch ungewöhnliche Aktionen die Bürger/innen direkt anzusprechen. So haben wir bei der bundesweiten Kampagne „Kopf an, Motor aus“ mitgemacht. Zwei Bürgermeister haben vor Ort Tipps an die Autofahrer/innen verteilt. Das kam gut an, weil der Autofahrer doch etwas überrascht ist, wenn er vom Bürgermeister oder von der Bürgermeisterin unmittelbar angesprochen wird.

Eine weitere Form, die Bürger zu beraten und zum Handeln zu motivieren, stellen

unsere Kampagnen „Free Sun“ und „CO₂-Diät“ dar. So können die Bürgerinnen im Internet alle Daten über das Potential ihrer Hausdächer für die Errichtung einer Fotovoltaikanlage erfahren und sich selbst eine Anlage auf das Dach stellen oder das Dach zur Vermietung bereit stellen.

Aus Freiburger Daten haben wir außerdem im Internet die sogenannte „CO₂-Diät“ erstellt. Die kann jede/r Freiburger/in für sich selbst ausfüllen und bekommt dann Hinweise, wie er oder sie im Vergleich zum Bundesverbrauch steht und wo der persönliche Handlungsbedarf liegt.

Ich habe jetzt vieles berichtet, wo man durch technische Maßnahmen auf den Klimaschutz und dessen Herausforderungen reagieren kann. Aber es geht ja letztendlich – davon bin ich zutiefst überzeugt – um unseren eigenen Lebensstil. Diese Fragestellung diskutieren wir schon seit mehreren Jahren mit der Bürgerschaft. Es gibt eine neue Aktivität, die wir bis zum Frühjahr nächstes Jahr unter dem Namen „200 Familien aktiv fürs Klima“ realisieren. Dies ist ein großes Partizipationsprojekt, welches wir von unserer Partnerstadt Besançon in Frankreich übernommen haben. Dort wird es bereits realisiert und wir beteiligen uns dieses Jahr daran. Wir haben 200 Familien aufgefordert einmal zu schauen: Wie kann der eigene Lebensstil nachhaltiger werden? Für dieses Projekt „200 Familien“ haben wir ein Übungsheft entwickelt. Eine interessante Übung ist zum Beispiel: „Ernähren sie sich eine Woche lang durch Produkte, die aus maximal 50 Kilometern Entfernung kommen.“

Eine andere Frage lautet: „Was haben sie für neue Gemüsesorten kennen gelernt, gekauft und gekocht?“ Im Oktober fahren wir dann nach Besançon und tauschen uns mit den französischen Familien aus. Das ist sehr interessant auch einmal zu schauen, wie verschiedene Kulturen mit der Frage Klimaschutz und nachhaltiger Lebensstil umgehen.

Dies alles sind nur einige Beispiele von einer Vielzahl an Projekten, die wir als Kommune initiieren, aber nur mit vielen verschiedenen Partnern realisieren können. Nur diese vielen einzelnen Maßnahmen gewährleisten, dass man dann auch in der Bilanz positive Erfolge aufweisen kann.

Wie ist Ihre Erfahrung bezüglich der Beteiligung der einzelnen Akteure in den vielen angesprochenen Prozessen? Wer beteiligt sich und sind es nur bestimmte Gruppen?

Man erreicht natürlich nie alle, das ist vollkommen klar. So machen wir zum Beispiel bei dem Förderprogramm „Energieeffizient Sanieren“, wo wir den privaten Gebäudebesitzern Geld für energetische Sanierung zur Verfügung stellen, die Erfahrung, dass Menschen, die als alleinige Eigentümer ein Haus besitzen, sehr viel besser angesprochen werden können als diejenigen mit gemeinschaftlichem Wohneigentum. Da merken wir, dass wir viel mehr Aufwand an Kommunikation und Motivation aufbringen müssen, um Eigentümergemeinschaften zu einer Sanierung des gesamten

Gebäudes oder der Heizungsanlage zu mobilisieren. Auch ab einem bestimmten Alter sagen Gebäudebesitzer, dass sie in den nächsten Jahren nichts mehr am Gebäude verändern wollen, da es eh bald vererbt werden wird. So gibt es immer wieder auch Grenzen, aber da muss man sich etwas einfallen lassen. Wir entwickeln gezielt neue Formen der Ansprache, um gerade Eigentümergemeinschaften und Gesellschaften, die Wohneigentum verwalten, noch einmal persönlich anzusprechen.

Gibt es Unterschiede in der Beteiligung von Privatpersonen, vielleicht auch durch den wirtschaftlichen oder den Bildungshintergrund?

Das „200 Familien“-Projekt ist ein Projekt, an dem sich alle Altersgruppen mit unterschiedlicher sozialer Herkunft beteiligen. Wir haben aber auch gezielte Ansprachen. So bieten wir Menschen mit geringen Einkommen eine spezielle Energieberatung an. In Kooperation mit der Arbeitsagentur und dem VABE mobilisieren wir das Energieeinsparpotential im Strom- oder Heizungsbereich. Diese Einsparungen kommen finanziell den Menschen und ökologisch der Umwelt zugute.

Welche Vorteile sehen Sie darin, die Bürger und die Unternehmen zu beteiligen?

Klimaschutzmaßnahmen sind nur möglich und erfolgreich, wenn sich alle beteiligen. Das kann keine Regierung oder auch keine kommunale Verwaltung alleine machen.

Sie ist ein Teil davon und muss auch immer Vorbild sein. Zum Beispiel bei den Fragen, wie der Fuhrpark aufgestellt ist oder die kommunalen Gebäude saniert sind. Das muss vorbildlich von der Kommune gemacht werden. Aber erfolgreicher Klimaschutz ist immer ein Gemeinschaftsprojekt aller Bürger/innen einer Stadt und hier in Freiburg eben der Erfolg der Freiburger Bürgerinnen und Bürger, zahlreicher NGOs und der engagierten Unternehmen.

Nur wenn sie von allen mitgetragen werden, lassen sich Klimaschutzmaßnahmen nachhaltig durchsetzen. Dennoch kann es manchmal zu Hindernissen oder Schwierigkeiten im Prozess kommen, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Haben Sie dafür Beispiele?

Zum Teil habe ich schon erwähnt, dass es sehr schwierig ist die Gebäudesanierung dort voran zu bringen, wo es Eigentümergemeinschaften gibt, also wo viele entscheiden müssen. Das gilt auch für den Einsatz von KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) in solchen Gebäudestrukturen. Ich denke da muss auch der Gesetzgeber noch einmal verbesserte Rahmenbedingungen schaffen. Und dann glaube ich auch, dass es bestimmte Bereiche gibt, in denen wir uns als Kommune noch so sehr anstrengen können: Wenn die Industrie nicht durch den Gesetzgeber gefordert wird Energieeffizienz in den technischen Geräten umzusetzen, dann können wir mit unserer Steckerleiste-Kampagne auch nicht alles heben. Das heißt also, wir sind auch als Kommune



© Mesto Koprivnice
Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz – Antworten europäischer Städte und Gemeinden

auf die Rahmenbedingungen von Bund und Land angewiesen.

Was sollten kommunale Akteure und lokale Politiker in anderen Städten und Kommunen berücksichtigen, wenn sie Beteiligungs- und Partizipationsprozesse in ihren kommunalen Klimaschutzbemühungen einbauen wollen?

Die klare Ansage, dass Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe ist, die jeden angeht. Zusätzlich sollte die Kommune gezielte Ansprachen an Teilgruppen vornehmen.

Wie ist die Rückmeldung von Seiten der Beteiligten zu den vielen Aktionen in Freiburg?

Das Feedback ist: Wir sind auf dem richtigen Weg, aber wir müssen uns noch mehr anstrengen. Zurzeit fertigen wir zusammen mit dem Ökoinstitut und dem Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme eine Studie an, wie wir bis 2050 eine klimaneutrale Stadt werden können. Die Daten werden wir dann im Herbst in der Stadt diskutieren und vereinbaren, welche zusätzlichen Anstrengungen auf diesem Weg notwendig sind und natürlich wer welchen Beitrag leisten sollte.

TINA BÄR (Geburtsjahr 1983) hat Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam studiert. Während des Studiums war sie Referentin für Ökologie im Allgemeinen Studierendenausschuss der Universität Potsdam, Sprecherin im Bundesvorstand des Bündnisses Grün-Alternativer Hochschulgruppen sowie studentische Hilfskraft am Kommunalwissenschaftlichen Institut der Universität Potsdam. Seit 2005 arbeitet sie bei der Heinrich-Böll-Stiftung – zur Zeit als Bildungsreferentin mit Schwerpunkt auf Umweltprojekten.

STEFAN BOUZAROVSKI (Geburtsjahr 1977) ist ein Experte für Energie- und Stadtpolitik im europäischen Kontext. Er ist Autor der von den Kritikern gepriesenen Forschungsmonografie „Energy Poverty in Eastern Europe“ (Ashgate 2007) und hat eine Reihe europäischer Regierungen sowie die Europäische Kommission zu diesen Themen beraten. Er ist Hauptdozent für Humangeographie an der Universität Birmingham und Gastprofessor für Wirtschaftsgeografie an der Universität Danzig.

JANA CICMANOVÁ (Geburtsjahr 1980) ist Projektleiterin bei Energy Cities, dem europäischen Zusammenschluss von Gemeinden, die sich eine langfristige lokale Energiepolitik zum Ziel gemacht haben. Seit Januar 2009 gehört sie dem Büro des Konvents der Bürgermeister an und ist verantwortlich für die Förderung der Initiative des Konvents der Bürgermeister, in deren Rahmen sich Gemeinden dazu verpflichten, ihre CO₂-Emissionen durch die Umsetzung ihrer Aktionspläne für nachhaltige Energie bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent zu verringern.

CÉCILE CUNY (Geburtsjahr 1979) ist Lehrbeauftragte für Stadtplanung am Institut Français d'Urbanisme. Seit 2005 arbeitet sie an verschiedenen vergleichenden Forschungsprojekten auf europäischer Ebene zum Thema Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtpolitik, die vom Centre Marc Bloch in Berlin durchgeführt werden.

KRISTINA DELY (Geburtsjahr 1976) leitet das Büro des Konvents der Bürgermeister seit dessen Gründung im Januar 2009. Das Büro koordiniert den Konvent der Bürgermeister, eine Initiative der Europäischen Kommission. In der Vergangenheit war Frau Dely verantwortlich für die europäischen Angelegenheiten des Städtenetzwerks Energy Cities. Sie hat einen Masterabschluss in Wirtschaft und Umweltmanagement der Technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Universität Budapest und der École de Management Lyon.

ZUZANA DRHOVA (Geburtsjahr 1963) arbeitet zurzeit als Forscherin am Zentrum für soziale und ökonomische Strategien (CESES) der Karls-Universität in Prag und ist spezialisiert auf Methoden der Bürgerbeteiligung sowie auf nachhaltige Entwicklung und Umweltpolitik. Seit 10 Jahren leitet sie den tschechischen NGO-Dachverband Green Circle. Außerdem ist sie in der Politik aktiv: Seit 2006 ist sie Mitglied des Prager Rathauses, und seit 2010 gehört sie dem Gemeinderat in einem der Stadtbezirke Prags an.

BURGHARD FLIEGER (Geburtsjahr 1952) ist Doktor der Wirtschaft und der Soziologie. Er ist der Geschäftsführer der Genossenschaft Energie in Bürgerhand eG,

die sich mit der Organisation der Bürgerbeteiligung im Zusammenhang mit öffentlichen Energieversorgern und öffentlichen Versorgungsnetzen beschäftigt. Außerdem ist er der Geschäftsführer und wissenschaftliche Leiter der Genossenschaft Innova eG, die Gruppen und Einzelpersonen bei der Gründung und Führung von Selbsthilfegenossenschaften unterstützt.

ANDREAS KARSTEN (Geburtsjahr 1975) ist Forscher, Autor, Pädagoge und Coach in den Bereichen Partizipation, Bürgerschaft, Befähigung, Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Gleichstellung, Lernen und Veränderung. Er ist Mitbegründer von „Frankly Speaking – Training, Research & Development“, einem kleinen Think-and-Do-Tank an der Schnittstelle zwischen Forschung, Politik und Praxis. Er lebt zur Zeit in Berlin, wo er sowohl neue als auch alte Medien permanent in seine katalytische Arbeit einbezieht.

ZBIGNIEW MICHNIOWSKI (Geburtsjahr 1945) ist seit 2003 stellvertretender Bürgermeister der Stadt Bielsko-Biala. Er studierte Energietechnik und absolvierte ein Nachdiplomstudium in den Bereichen Unternehmenswirtschaft und Industriedesign an der Fakultät für Architektur. Im Laufe seiner Karriere war er Industriedesigner, Präsident der Polnischen Agentur für Energieeffizienz (KAPE) und Bürgermeister der Stadt Bielsko-Biala. Als Vertreter der Stadt ist er auch Präsident des polnischen Energie-Cités-Netzwerks (PNEC) und Vizepräsident des europäischen Zusammenschlusses Energy Cities.

MAREK MUISTE (Geburtsjahr 1979) ist ein unabhängiger Energieexperte, der auf Energiemanagement und

die Entwicklung nachhaltiger Energie spezialisiert ist. Er hat einen Bachelor of Science im Bereich ländliche Energie von der Estnischen Universität für Biowissenschaften. Zurzeit arbeitet er als Leiter der im Jahr 2010 geschaffenen Regionalen Energieagentur Tartu (Tartu Regional Energy Agency, TREA).

MIRJAM NEEBE (Geburtsjahr 1977) ist diplomierte Soziologin. Zurzeit ist sie Gastforscherin am Institut für Klimafolgenforschung in Potsdam (PIK), wo sie ihre Masterarbeit im Fach Umweltmanagement zum Thema bürgerschaftliche Teilhabe beim lokalen Klimaschutz in Potsdam und Münster schreibt. Ihr Forschungsinteresse gilt den administrativen Prozessen auf Nachhaltigkeit orientierter Städte sowie nachhaltiger Lebensweise und Konsum.

HECTOR PAGAN (Geburtsjahr 1976) arbeitet seit 2007 als Dozent am Institut für Regierung und Politik der Universität Tartu. Der Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit liegt auf den Themen öffentliche Verwaltung, Bürgergesellschaft und Dienstleistungssektor. Zur Zeit ist er daneben als Berater für verschiedene NGOs in Estland tätig, darunter die Innovationsagentur Baltic Innovation Agency und die regionale Energieagentur Tartu (Tartu Regional Energy Agency, TREA). Er hat einen Master in öffentlicher Verwaltung von der Robert F. Wagner Graduate School of Public Service der New York University.

RUMEN PETROV (Geburtsjahr 1988) ist Politikreferent des bulgarischen Photovoltaikverbandes sowie ein junger Experte für erneuerbare Energien. Er besitzt einen

Bachelor in Politikwissenschaften und hat verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen zum Thema Lobbying in der EU und in Bulgarien sowie zum politischen und wirtschaftlichen Übergang in Mittel- und Osteuropa verfasst. Er ist ein Aktivist im Bereich Jugend-NGOs sowie einer der Gründer des nationalen Jugendforums Bulgariens (Bulgarian National Youth Forum).

SASKA PETROVA (Geburtsjahr 1979) ist eine Forscherin, deren Hauptinteresse den Themen Öffentlichkeitsbeteiligung und lokale Regierungsführung in Südost- und Mitteleuropa gilt. Sie hat zahlreiche akademische Artikel verfasst und beschäftigt sich mit diesen Fragen im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen Beratungs-NGOs. Zurzeit befasst sie sich als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Birmingham in Großbritannien mit kohlenstoffarmen Gesellschaften.

IVANA RAŠKOVÁ (Geburtsjahr 1984) ist seit 2007 Koordinatorin des Projekts „Gesunde Städte“ und der Lokalen Agenda 21 in der Stadt Kopřivnice. Sie verfügt über umfassende Erfahrung im Bereich der Öffentlichkeitsbeteiligung und der aktiven bürgerschaftlichen Teilhabe bei Planung und Entscheidungsfindung. Sie hat einen Abschluss in Betriebswirtschaft und Management der höheren Berufsschule Kopřivnice.

FRITZ REUSSWIG (Geburtsjahr 1958) studierte Soziologie und Philosophie an der J. W. Goethe Universität in Frankfurt. Er promovierte im Jahr 1992 in Frankfurt mit einer Doktorarbeit über Hegels System. Im Jahr 2008 folgte seine Habilitation an der Universität Potsdam mit einer Arbeit zu den Umweltfolgen der modernen Konsumkultur. Seit 1995 arbeitet er am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und beschäftigt sich mit den Themen Klimawandel, Lebensstil und Städte.

GERDA STUHLIK (Geburtsjahr 1958) ist seit 1997 Bürgermeisterin und Dezernentin für Umwelt, Abfallwirtschaft, Forst, Jugend, Schule und Bildung der Stadt Freiburg. Zuvor war sie Geschäftsführerin des Klimabündnisses der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. und arbeitete als persönliche Referentin des ehemaligen Umweltdezernenten der Stadt Frankfurt Tom Koenigs.

INKA THUNECKE (Geburtsjahr 1960) ist seit 2004 Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg. Sie hat einen Magisterabschluss in Osteuropäischer Geschichte und Romanistik. Im Laufe ihrer Karriere arbeitete sie für eine Vielzahl von NGOs und Projekten, hauptsächlich in den Bereichen Migrations-, Asyl- und Beschäftigungspolitik.



Interessante Projekte und Initiativen:

BELIEF (Building in Europe Local Intelligent Energy Forums)

<http://www.belief-europe.org>

Deutsche Zusammenfassung des BELIEF-Leitfadens zur Einbeziehung von Bürger/innen und Interessenvertretern durch Lokale Intelligente Energieforen

http://belief-europe.org/IMG/pdf/belief_guide_final.pdf

Konvent der Bürgermeister

<http://www.konventderbuergermeister.eu>

Leitfaden zur Erstellung eines Aktionsplans für Nachhaltige Energie des Konvents der Bürgermeister (Kapitel 4: „Aufbau der Unterstützung durch Interessengruppen“)

http://www.eumayors.eu/IMG/pdf/seap_guidelines_en-2.pdf

Energy Cities

<http://www.energy-cities.eu/>

ICLEI Europe

<http://www.iclei-europe.org/>



Leitfäden und Handbücher:

List of Community Participation Techniques

<http://www.dca.ga.gov/development/PlanningQualityGrowth/programs/SPRs/SPR.PartTechniques.pdf>

EU Water Framework Directive's Public Participation Techniques <http://www.wrrl-info.de/docs/Annex1.pdf>

Guidebook: Planning for Community Involvement

<http://www.dca.state.ga.us/development/PlanningQualityGrowth/programs/downloads/guidebooks/Planning-CommunityInvolvement.pdf>

Citizen's Handbook <http://www.vcn.bc.ca/citizens-handbook/>

Participation Toolbox IAP2, in two useful versions

http://www.vcn.bc.ca/citizens-handbook/participation_toolbox.pdf

<http://www.iap2.org/associations/4748/files/toolbox.pdf>

Guidance on Enhancing Public Participation

<http://www.communities.gov.uk/documents/localgovernment/pdf/155523.pdf>

World Bank Participation Sourcebook

http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSCContentServer/WDSP/IB/1996/02/01/000009265_3961214175537/Rendered/PDF/multi_page.pdf

Community Toolbox

<http://www.nps.gov/nero/rtcatoobox/>

Guide to Online Participation

<http://www.e.govt.nz/guidance-and-resources/agency-guides/participation/guide-online-participation>

Good Community Engagement Practices

<http://www.goodpracticeparticipate.govt.nz/>

Citizen Participation Handbook

<http://siteresources.worldbank.org/INTBELARUS/Resources/eng.pdf>

Action Guide for Citizen Participation

<http://www.justassociates.org/ActionGuide.htm>

Dieses Projekt wurde unterstützt durch das Citizenship-Programm der Europäischen Kommission. Die alleinige Verantwortung für den Inhalt dieser Publikation liegt bei den AutorInnen, sie gibt nicht unbedingt die Meinung der Europäischen Union wieder. Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung für jegliche Verwendung der darin enthaltenen Informationen.

Städte spielen eine zentrale Rolle für den Klimaschutz. Sie sind die Orte, an denen ein Großteil der klimaschädlichen Treibhausgasemissionen entsteht, und wo am meisten Energie verbraucht wird. Ihr Engagement ist daher eine entscheidende Voraussetzung für die Erreichung der europäischen Klimaschutzziele.

Der Erfolg städtischer Klimaschutzmaßnahmen hängt maßgeblich von der Beteiligung der Bevölkerung ab. Die Emissionen der staatlichen Stellen selbst machen nur einen kleinen Teil der Gesamtemissionen einer Stadt aus, gleichzeitig ist kommunale Klimaschutzpolitik oft so weitreichend, dass sie auf breite Akzeptanz der Bevölkerung angewiesen ist. Nur zusammen mit der Zivilgesellschaft kann städtischer Klimaschutz also sein volles Potenzial ausschöpfen.

Diese Publikation untersucht, wie dieser gemeinsame Ansatz am besten umgesetzt werden kann. Sie enthält sowohl theoretische Beiträge als auch Erfahrungen aus der Praxis, mit einem besonderen Fokus auf Mittel- und Osteuropa. Die Rahmenbedingungen für Bürgerbeteiligung in verschiedenen europäischen Ländern werden diskutiert, eine Vielzahl von Partizipationsmodellen vorgestellt und inspirierende Beispiele aus neun europäischen Städten präsentiert.



Diese Publikation kann auf www.boell-brandenburg.de kostenfrei heruntergeladen werden. Eine gedruckte Version kann bei organisation@boell-brandenburg.de bestellt werden.

Bürgerbeteiligung im kommunalen Klimaschutz Antworten europäischer Städte und Gemeinden

Redaktion und Herausgeber: Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
© Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg e.V. 2011
Alle Rechte vorbehalten

Design und Layout: Ulf Meyer zu Kueingdorf
Titelbild: © Mesto Koprivnice
Bilder Seite 4, 7, 12, 21, 34, 56, 66/67, 79, 90/91, 101, 114 © Mesto Koprivnice, www.koprivnice.org
Bilder Seite 41 © DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co.KG
Bilder Seite 97 © Office de Tourisme de Strasbourg, www.otstrasbourg.fr
Druck: Druckerei Hermann Schlesener KG

 **HEINRICH BÖLL STIFTUNG**
Brandenburg

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg
Dortustraße 52, 14467 Potsdam
Tel +49 331 2005780, Fax +49 331 20057820

www.boell-brandenburg.de
organisation@boell-brandenburg.de

